



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 91 SITZUNG

15.4.1992



STATE OF NEW YORK
IN SENATE
January 12, 1910.

REPORT
OF THE
COMMISSIONERS OF THE LAND OFFICE
IN ANSWER TO A RESOLUTION PASSED BY THE SENATE
MAY 12, 1899.

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BETTA Claudio <i>(Gruppo Repubblicano Italiano)</i>	pag.	1–10
BRUGGER Siegfried <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	2
FRANZELIN WERTH Rosa <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	4–58
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano–Destra Nazionale)</i>	"	7–38
NEGHERBON Livio <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	8–24
LEVEGHI Mauro <i>(Gruppo Socialdemocratico Italiano)</i>	"	9
CASAGRANDA Sergio <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	"	11
MERANER Gerold <i>(Gemischte Fraktion)</i>	"	13
ANDREOTTI Carlo <i>(Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)</i>	"	17
MORANDINI Pino <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	19
KASERER Robert <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	26–31
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	26–34–37–49–55–60–66–71
ROMANO Francesco <i>(Gruppo Socialista Italiano)</i>	"	30–61
MONTALI Luigi <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano–Destra Nazionale)</i>	"	32

PAHL Franz (<i>Gruppo Südtiroler Volkspartei</i>)	pag.	56
TRIBUS Arnold (<i>Gruppo Lista Verde – Grüne Fraktion – Grupa Vërc</i>)	"	57
VIOLA Romano (<i>Partito Democratico della Sinistra</i>)	"	59
FRANCESCHINI Roberto (<i>Gruppo Lista Verde – Grüne Fraktion – Grupa Vërc</i>)	"	73

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 68:

Interventi in materia di previdenza integrativa (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 2

Gesetzentwurf Nr. 68:

Maßnahmen auf dem Sachgebiet der Ergänzungsfürsorge (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 2

Disegno di legge n. 63:

Nuove norme sullo stato giuridico ed il trattamento economico dei dipendenti dei Comuni e dei segretari comunali (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 23

Gesetzentwurf Nr. 63:

Neue Bestimmungen über die rechtliche Stellung und die Besoldung der Gemeindebediensteten und der Gemeindesekretäre (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 23



Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.10

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen und mit dem Namensaufruf zu beginnen.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto e di procedere all'appello nominale.

MORELLI: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

MORELLI: (segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Betta, Sie haben das Wort zum Protokoll.

PRESIDENTE: Prego, cons. Betta, a Lei la parola sul processo verbale.

BETTA: Sentendo la lettura del processo verbale, non risulta che nella seduta pomeridiana io avevo giustificato la mia assenza, quindi pregherei di voler correggere. Grazie.

(Interruzione)

BETTA: Serve, perché ogni tanto mi vedo applicate le 100.000 lire di multa e non capisco il perché, se sono assente mi si applichino tutte le misure repressive previste, ma se uno giustifica la propria assenza, credo che allora sia giusto e corretto segnalarlo.

PRÄSIDENT: Abg. Betta, die Abwesenheiten werden im Appell vom Vormittag festgehalten und Schluß. Aber Ihre Entschuldigung scheint natürlicherweise in den Akten auf. Aber wir können es nachher hier auch klären.

PRESIDENTE: Cons. Betta, le assenze vengono stabilite al momento dell'appello che viene effettuato nella mattinata e basta. Ma ovviamente la Sua giustificazione risulta agli atti. Comunque possiamo chiarire il tutto anche qui, in un secondo momento.

PRÄSIDENT: Sind weitere Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Altre osservazioni al processo verbale? Non vedo nessuno. Quindi il processo verbale si considera approvato.

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich die Abg. Ferretti, Micheli, Frasnelli, Ricci, Duca, Nicolini, Jori, Klotz, Craffonara, Kußtatscher, Angeli, Grandi und Malossini entschuldigt.

PRESIDENTE: Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i cons. Ferretti, Micheli, Frasnelli, Ricci, Duca, Nicolini, Jori, Klotz, Craffonara, Kußtatscher, Angeli, Grandi e Malossini.

PRÄSIDENT: Jetzt bitte ich einen Moment um Aufmerksamkeit und würde Sie bitten, sich hinzusetzen.

Wir setzen jetzt die Abgabe der Stimmabgabeerklärungen laut vorgesehener Rednerliste fort.

Das Wort hat der Abg. Brugger.

PRESIDENTE: Un attimo di attenzione, per cortesia. Vi prego di prendere posto.
Proseguiamo con le dichiarazioni di voto in base alla lista prevista.
La parola al cons. Brugger.

BRUGGER: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen heute zu einem vorläufigen Ende eines langen Weges und ich glaube, daß wir mit diesem Gesetz einige Rekorde geschlagen haben. Rekorde im negativen, aber auch im positiven Sinn. Rekorde im negativen Sinn, weil es wahrscheinlich kein einziges Gesetz in den letzten Jahren gegeben hat, das so lange Zeit auf dem Weg war, um zwischen Kommission und Aula verabschiedet zu werden. Wir haben mit diesem Gesetz alles erlebt, was man in einem demokratisch gewählten Regionalparlament erleben kann. Aber trotzdem war es dann wieder ganz bezeichnend, daß wir am gestrigen Tage – nachdem wir in stundenlangen Verhandlungen imstande waren, mit den verschiedenen Parteien, mit allen Parteien in diesem Regionalrat Kompromisse zu schließen – das Gesetz praktisch zu verabschieden, d.h. alle 36 Artikel zu genehmigen. Somit haben wir in einem Nachmittag mehr gemacht, als in vielen Monaten zuvor. Was natürlich nicht heißt, daß wir gestern alles nur aus dem Ärmel haben machen können. Es war klar, daß eben die Diskussion vorher erforderlich war, um zu dieser raschen Verabschiedung am gestrigen Tage zu kommen.

Bilanz ziehen heißt – glaube ich – von seiten meiner Partei, die vom ersten Tag an ganz stark hinter diesem Gesetz gestanden hat, den zuständigen Regionalassessor für seine zum Teil unglaublichen Bemühungen zu danken, das Gesetz zur Verabschiedung zu bringen, aber auch den übrigen Parteien – keine ausgeschlossen – zu danken, die geholfen haben, daß dieses Gesetz trotzdem bis zu diesem Punkt kommen konnte. Wir haben einiges erreicht, aber wir können nicht sagen, daß wir Sieger bei diesem Gesetz sind. Ganz im Gegenteil. Wir haben auch einiges an Kompromissen einstecken müssen und insbesondere natürlich haben wir unseren Standpunkt, was die vierjährige Ansässigkeit für all diese Maßnahmen betrifft, nicht durchsetzen können. Wir sind aber der Meinung, daß dies nicht der Grund sein kann, um dieses wichtige Gesetz hier nicht zu verabschieden oder zumindest von seiten unserer Partei nicht die Ja-Stimme zu geben. Somit werden wir in der Gesamtbetrachtung dieses Gesetz sehr positiv beurteilen. Wir hoffen nur eines, daß dieses Gesetz auch dann in Rom den Sichtvermerk bekommen wird. Und auch da wollen wir uns darauf verlassen, daß der zuständige Regionalassessor dieses Gesetz und die einzelnen Artikel dieses Gesetzes in ganz enger Absprache mit den zuständigen Ämtern in Rom gepflogen hat: Somit können wir schon davon ausgehen, daß dieses Gesetz auch den Sichtvermerk erhält. Dieses Gesetz ist allerdings – wie wir wissen – ein erster Teil. Wir haben erklärt – und es ist nicht nur eine ad-hoc-Erklärung hier –, daß wir damit nicht das Problem der Aufwertung der Familie erledigt haben wollten, sondern daß das das erste Gesetz ist und daß ein zweites und ein drittes Gesetz kommen werden.

Wir möchten diesbezüglich auch die Oppositionsparteien nicht nur beruhigen,

sondern ihnen auch mit aller Klarheit sagen, daß wir auch diesbezüglich zu den Abmachungen stehen. Abmachungen, die uns um vieles leichter fallen, da ja auch wir ganz stark interessiert sind, den zweiten Teil dieses Gesamtpaketes auch über die Bühne bringen zu können und zwar noch sicher vor diesem Sommer. Wir gehen davon aus, daß wir technisch die Möglichkeit haben, auch den zweiten Teil zu genehmigen, wobei insbesondere die bereits in der Kommission genehmigten Gesetzentwürfe über die ergänzenden Maßnahmen für die Bergbauern, über die freiwillige Rentenweiterzahlung und auch über die Saisonarbeiter, ganz sicherlich noch vor der Sommerpause hier im Regionalrat genehmigen können, wenn der Regionalrat die entsprechenden Voraussetzungen schafft und auch für diese Gesetze eine zügige Behandlung garantiert.

Wir sind der Meinung, daß wir mit diesem Gesetz tatsächlich das wichtigste Gesetz verabschieden, daß wir in dieser Legislatur zu verabschieden haben. Wir sind uns dessen bewußt. Wir glauben, daß wir zur Aufwertung der Familie einen guten Beitrag geleistet haben und wir glauben vor allen Dingen, daß wir die seit einigen Jahren vermehrten Haushaltsmittel in der Region so sinnvoll als möglich mit diesem Gesetz einsetzen.

Deshalb das klare Ja der Südtiroler Volkspartei zu diesem Gesetz und auch das klare Ja zu dem zweiten und dritten Teil dieses Gesamtpaketes, das so rasch als möglich hier zu verabschieden ist.

(Illustrissimo signor Presidente, Colleghe e colleghi! Oggi siamo giunti provvisoriamente alla fine di una lunga strada, e credo che con questo disegno di legge abbiamo battuto molti record. Sia in senso negativo che positivo. In senso negativo perché probabilmente negli ultimi anni non c'è stato nessun disegno di legge che ha richiesto un iter così lungo per poter essere approvato dalla Commissione e dall'aula e noi con questo disegno di legge abbiamo praticamente vissuto tutte le esperienze possibili di un parlamento regionale eletto democraticamente. Ma ciononostante è stato molto significativo il fatto che ieri, a seguito di trattative interminabili e dopo essere stati in grado di raggiungere dei compromessi con i vari partiti, con tutti i partiti di questo Consiglio regionale, ieri, dicevo, siamo riusciti in pratica ad approvare questa legge, ovvero ad approvare tutti i 36 articoli che la compongono e quindi in un pomeriggio abbiamo fatto molto di più che non nei molti mesi precedenti. Ovviamente ciò non significa che ieri il tutto ci sia costato poca fatica. Infatti era evidente che c'è stata una opportuna discussione preliminare, per poter giungere, ieri, a questa rapida approvazione.

Per il mio partito, che sin dal primo giorno è stato dietro a questa legge in modo molto attivo, tirare le somme credo significhi ringraziare l'Assessore di merito per il suo impegno in parte incredibile per far approvare questa legge, ma anche ringraziare gli altri partiti, nessuno escluso, che hanno contribuito a far sì che questo disegno di legge comunque giungesse a questo punto. Abbiamo ottenuto qualcosa, ma non possiamo dire di essere i vincitori di questa legge. Al contrario. Abbiamo dovuto accettare anche dei compromessi, e in particolare non abbiamo potuto imporre la nostra posizione per quanto riguarda la clausola della residenza quadriennale per poter beneficiare di queste provvidenze. Ma siamo dell'avviso che questa non sia una ragione per non approvare una legge così importante come questa o quantomeno da parte del nostro partito per non dare un voto favorevole. Nell'analisi globale daremo una valutazione molto positiva e speriamo solo che questa legge possa ottenere il visto governativo. E anche qui vogliamo confidare nel fatto che l'Assessore di merito ha curato questa legge e i singoli articoli che la compongono con gli uffici competenti di Roma e quindi possiamo supporre che questa legge otterrà il benestare del Governo. Comunque questa legge — come tutti sappiamo — è una prima parte. Abbiamo dichiarato — e questa non è una dichiarazione ad hoc — che non vogliamo esaurire qui il problema della valorizzazione del ruolo della famiglia, ma che questa è una prima legge e ne seguiranno una seconda e una terza.

A questo proposito vogliamo non solo tranquillizzare anche i partiti di opposizione, ma anche dire loro in tutta chiarezza, che rispetteremo gli accordi. Accordi, che ci risultano tanto più facili, in quanto anche noi siamo molto interessati ad approvare questa seconda parte del pacchetto e di certo prima di quest'estate. Partiamo dal presupposto che tecnicamente abbiamo la possibilità di approvare anche la seconda parte, ed in particolare poter approvare sicuramente ancora prima di quest'estate i disegni di legge già approvati in Commissione in materia di previdenza integrativa a favore dei contadini che operano in particolari condizioni svantaggiate, per la prosecuzione volontaria, e anche per i lavoratori stagionali, se il Consiglio regionale creerà i presupposti necessari e garantirà anche per questi disegni di legge una celere trattazione.

Siamo dell'avviso che con questo disegno di legge noi abbiamo licenziato effettivamente la legge più importante che dovevamo approvare in tutta la legislatura. Ne siamo consapevoli. Crediamo di aver fornito un fattivo contributo per la valorizzazione della famiglia e soprattutto crediamo che con questa legge le maggiori risorse finanziarie di cui la Regione dispone da alcuni anni vengano impiegate in modo giusto e sensato.

Pertanto un chiaro "Sì" della SVP a questa legge, e anche un chiaro "Sì" alla seconda e terza parte di questo pacchetto, che dovrà essere approvato quanto prima.)

PRÄSIDENT: Als nächstes hat die Frau Abg. Franzelin das Wort.

PRESIDENTE: La prossima iscritta a parlare è la cons. Franzelin.

FRANZELIN: Hohes Haus! Teils kann ich mich dem anschließen, was mein Vorredner und Fraktionsvorsitzende gesagt hat. Eigentlich fällt es mir schwer, heute das auszudrücken, was mich bewegt. Für mich ist es jedenfalls ein historischer Tag, denn mit der Verabschiedung dieses Gesetzes wird die Familie und vor allem die Erziehung der Kinder aufgewertet. Es ist auch schon gesagt worden, daß die Behandlung dieser Gesetzesmaßnahme alle bisherigen Rekorde gebrochen hat. Ich möchte dies auch kurz anschnitten, denn es sind nun 5 Jahre her, seit der Beschlußantrag einstimmig in diesem hohen Hause – also wir waren auch hier in Bozen – genehmigt wurde, wonach die Geburtsbeihilfe allen Müttern zuerkannt hätte werden sollen. Nun wird mit der Verabschiedung dieses Gesetzes dieser Beschluß eingelöst. 21 Entwürfe waren im Umlauf, bis am 21. Mai 1991 der Gesetzentwurf, den wir nun zur Verabschiedung haben, zumindest teilweise, von der Regionalregierung verabschiedet wurde. Seit Oktober 1991, also 6 Monate, sprechen wir hier in diesem hohen Hause über die Familie. Sehr oft, sehr divergierend, aber es war einmal ein Thema dieses hohen Hauses. Ich möchte auch unterstreichen, daß noch nie so viel zwischen Mehrheit und Minderheit gesprochen wurde und um einen tragfähigen Kompromiß gerungen wurde.

Aber noch etwas möchte ich hinzufügen, nämlich daß noch nie so viele Hausfrauen auf der Zuschauertribüne in diesem Hause waren und noch nie sind so viele Frauen dem Fortgang der Arbeiten gefolgt. Noch nie haben sich Frauen so viel um eine Gesetzesmaßnahme gesorgt oder haben darum gebangt. Und sicher haben noch nie Männer so viel über Familien, nicht nur über die eigene, und Frauen nachdenken müssen. Somit haben sehr viele Dinge hier diese Gesetzesmaßnahme und sicher noch die beiden folgenden Maßnahmen in Bewegung gebracht. Die Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes leistet Pionierarbeit im Staate Italien und zwar verabschieden wir eine Maßnahme zugunsten der Familie und zwar nach den Wahlen. Denn vor den Wahlen sprechen alle über die Familie, nachher hat man es wieder vergessen. Ich möchte hier auf die Aussagen vom Minister Formica verweisen, der einige Tage vor den Wahlen erklärt hat, welche steuerrechtlichen Besserstellungen man den Familien mit Kindern gewähren möchte. Ich frage oder ich werde sehr wohl darauf achten, was aus diesem

Versprechen wird. Ich gebe also meiner Hoffnung Ausdruck, daß diese Gesetzesmaßnahme in Rom die Zustimmung findet. Die Regierung ist mit der Genehmigung dieses Gesetzentwurfes auf dem Prüfstand.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß ich die Regionalregierung ersuchen möchte, sofort nach der Behandlung oder während der Zeit, wo das Gesetz in Rom zur Verabschiedung kommt, daß man bereits darangegangen wird, alle Vorbereitungen zu treffen, daß in der Stunde x die Durchführung möglich ist. Denn es das Gesetz sieht für die Durchführung sehr kurze Termine vor. Denn wenn im Gesetz "neunzig Tage nach der Genehmigung des Gesetzes" drinnen steht, daß dort die Delegation von statten gehen soll, es müssen die Durchführungsbestimmungen auf Länderebene gemacht werden, es müssen die Bürger informiert werden wie sie die Maßnahmen beanspruchen sollen. Das erfordert wirklich ein Timing und der Countdown läuft. Also diese Bitte möchte ich haben, ich möchte auch die Gemeinden ersuchen, dann behilflich zu sein, um alle Bürger die Information zu geben, daß niemand von den Wohltaten des Gesetzes ausgeschlossen wird, nur weil die Information die Personen nicht erreicht hat.

An Abg. Benedikter, der immer wieder die Zuständigkeit für die Verabschiedung dieser Maßnahmen hier in Frage gestellt hat, möchte ich doch die Frage stellen: Wenn er schon so überzeugt ist, daß das alles hätte im Lande genehmigt werden müssen, warum hat er 1987, als wir den Beschlußantrag in den Regionalrat gebracht haben, als der Gesetzentwurf für die Geburtsbeihilfe für Bäuerinnen hier anstand, nicht gesagt: "Nein, diese ganzen Maßnahmen müssen auf Landesebene gemacht werden". Er wäre damals in der Landesregierung gewesen. Auch die Geldmittel wären damals verfügbar gewesen und deshalb kann er jetzt nicht die Zuständigkeitsfrage so in den Vordergrund stellen, um etwas zu verhindern, was man bislang auf Landesebene nicht gemacht hat, mit der Begründung, man hätte keine Zuständigkeit auf diesem Sachgebiet.

Ich weiß, daß mit diesem Gesetz nicht alle zufrieden sind. Auch ich bin nicht hundertprozentig zufrieden, aber ich habe schon gesagt, wir haben einen tragfähigen Kompromiß gefunden und hundertprozentige Gerechtigkeit sind wir nie imstande walten zu lassen. Ich bin aber der Meinung, daß das Positive überwiegt und infolge dessen können wir uns heute nur freuen und ich stimme mit großer Genugtuung diesem Gesetz zu. Hoffe allerdings auch, daß nach diesem ersten Abschnitt – den steinigen Weg, den wir gegangen sind – der Rest der Strecke eher ein ebener Weg sein wird und daß wir so schnell als möglich auch die anderen zwei Gesetze verabschieden können, sodaß wir hier wirklich sagen können, es ist uns gelungen, eine Vorreiterrolle im Staat Italien zu spielen. Gleichzeitig möchte ich der Hoffnung auch Ausdruck geben, daß Rom so schnell als möglich es uns nachmacht und wir somit hier die Gelder dann vielleicht für noch bessere Maßnahmen einsetzen können. Danke!

(Signor Presidente, in parte posso condividere le argomentazioni dell'oratore che mi ha preceduto, il capogruppo della SVP. In verità non mi è facile esprimere ciò che provo. Per me si tratta comunque di un giorno storico, poiché con l'approvazione di questo disegno di legge la famiglia e soprattutto l'educazione e la cura dei figli vengono valorizzati. E' già stato detto che la trattazione di questo disegno di legge ha superato tutti i records. Ed io desidero brevemente ricordare che sono trascorsi 5 anni da quando questo consesso ha approvato all'unanimità una mozione con cui si prevedeva che venisse concesso l'assegno di maternità a tutte le madri. Con l'approvazione di questa legge però questa mozione viene ad essere ormai cosa superata. Sono stati elaborati 25 diversi provvedimenti legislativi, finché il 21 maggio 1991 la Giunta regionale ha approvato per lo meno una parte del disegno di legge che ora ci apprestiamo a licenziare. Dall'ottobre 1991, da 6 mesi, discutiamo in questa Assemblea sulla famiglia. Spesso le opinioni sono state divergenti, ma

nonostante ciò la famiglia è stata oggetto di discussioni. Desidero anche sottolineare che mai c'erano stati dei contatti così intensi tra maggioranza e minoranza per giungere ad un compromesso soddisfacente.

Tuttavia desidero aggiungere anche che mai fino ad oggi così tante donne avevano assistito, dalle tribune per il pubblico, ai lavori di questo consesso. Mai fino ad ora così tante donne si sono occupate ed hanno lottato per un disegno di legge. E sicuramente mai fino ad ora così tanti uomini hanno discusso così spesso sulla famiglia e riflettuto sulle condizioni delle donne. Con questo provvedimento legislativo ed anche con gli altri due concernenti misure in materia di previdenza integrativa abbiamo sicuramente innescato discussioni e processi che non si esauriscono qui. L'approvazione di questo disegno di legge concernente misure a favore della famiglia, rappresenta un'innovazione per lo Stato italiano, tenendo conto anche del fatto che si è arrivati alla sua votazione ad elezioni politiche ormai avvenute. Generalmente prima delle elezioni la famiglia è tema dominante, dopo invece spesso cade nel dimenticatoio. Desidero ricordare anche quanto ha dichiarato il Ministro Formica, il quale, alcuni giorni prima delle elezioni, ha preannunciato sgravi tributari per le famiglie numerose. Mi chiedo cosa ne sarà di questa promessa. Mi auguro che questa misura venga approvata a livello governativo. Questo disegno di legge sarà quindi il banco di prova per il nuovo Governo.

Desidero inoltre rivolgere alla Giunta regionale l'invito affinché, mentre la legge verrà sottoposta all'esame governativo, si attivi in modo tale da far sì, che al momento opportuno, tutto sia pronto per la sua attuazione, poiché, come ben sappiamo, i termini che per l'attuazione delle leggi sono molto brevi. Se nella legge sta scritto "entro novanta giorni dall'approvazione della legge", significa che si deve provvedere subito alla delega, che debbono venir emanate le norme di attuazione a livello provinciale, che i cittadini debbano venir informati sulle possibilità di beneficiare di questa legge. Si rende quindi necessario un timing perfetto, poiché i termini iniziano a decorrere con la sua approvazione. Desidero inoltre invitare i Comuni a rendersi disponibili ed assicurare il proprio aiuto, fornendo ai cittadini le informazioni necessarie, affinché nessuno rimanga escluso dai benefici della legge, perché non era stato sufficientemente informato.

Dal momento in cui il cons. Benedikter ha sollevato costantemente il problema della dubbia competenza della Regione in questa materia, desidero rivolgergli una domanda: "se è convinto che la competenza spetti alle Province, allora perché nel 1987, quando abbiamo approvato la mozione, il disegno di legge concernente l'assegno di maternità per le coltivatrici dirette, non ha sollevato il problema e affermato che la competenza spettava alle Province?" A quel tempo era un membro della Giunta provinciale e avevamo anche a disposizione i mezzi finanziari necessari. Quindi, ritengo che non si possa sollevare il problema della competenza ora, semplicemente per ostacolare l'attuazione di quelle misure che fino ad ora non sono state realizzate a livello provinciale, non essendovi la competenza necessaria.

Sono conscia del fatto che con questo disegno di legge non accontenteremo tutti, ed io stessa ne sono soddisfatta solo in parte, tuttavia, come ho già avuto modo di dire, abbiamo raggiunto un compromesso accettabile ed in ogni caso non saremmo sicuramente stati in grado di arrivare ad una soluzione che soddisfacesse completamente.

Sono tuttavia convinta del fatto che gli elementi positivi di questa legge prevalgano ed oggi possiamo rallegrarcene, per cui darò il mio voto favorevole a questo disegno di legge.

Auspico comunque che l'impervia strada fino ad ora percorsa, sia il preludio di una strada priva di difficoltà e che possiamo giungere anche alla rapida approvazione degli altri due disegni di legge concernenti questa materia, onde poter affermare con diritto di essere dei precursori all'interno dello Stato italiano ed affinché Roma prenda spunto da questa legge per licenziare provvedimenti analoghi che ci consentano di utilizzare i mezzi finanziari a disposizione per provvedimenti che qualitativamente superino i precedenti. Grazie per l'attenzione!

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Taverna.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo oratore iscritto a parlare è il cons. Taverna.
Prego, Lei ne ha la facoltà.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, il M.S.I. come ha avuto modo di occuparsi diffusamente nel corso del dibattito in discussione generale e come ha avuto modo attraverso il sottoscritto, con la presentazione di una apposita relazione di minoranza, ha posto in modo molto chiaro e netto i termini della questione, che veniva affrontata da un disegno di legge della Giunta regionale che, a giudizio del M.S.I., rappresentava un'inversione di tendenza nei confronti di un modo edonistico con il quale per troppi anni questa società è stata educata, soprattutto da una classe politica che aveva come obiettivo primario quello di determinare le condizioni per il continuo trasferimento del potere attraverso generazioni di politici, i quali militando in alcuni determinati partiti non si preoccupavano al di fuori di questo obiettivo, che a nostro giudizio è alquanto scadente, delle condizioni di ordine morale, etico, dei principi e dei valori che nel frattempo la società civile, priva di una guida all'altezza dei compiti e della situazione, vedeva sempre più sgretolarsi il complesso dei valori al quale noi del M.S.I., comunque, continuamente vogliamo crederci e riferirci. Se volessimo nel contesto di questa dichiarazione di voto approfittare del poco tempo che ovviamente è riservato per la dichiarazione di voto, analizzare, seppure in maniera molto sintetica, le condizioni per le quali siamo giunti al voto del 5 e 6 aprile, possiamo verificare come il voto del 5 e del 6 aprile in larga misura rappresenti la rivolta delle pance piene e delle teste vuote, e mi sia consentito sottolineare questo aspetto del voto del 5 e 6 aprile, e di poter quindi verificare come in effetti la ribellione della società sia soprattutto una ribellione nei confronti di chi meno ha e sia soprattutto una ribellione di coloro che più hanno, è evidente che noi del M.S.I. quando andiamo a votare convintamente questa legge non possiamo non avere come punto di riferimento quelle condizioni e quello scenario di cui prima avevo prefigurato con una modestissima sintesi la vera essenza del problema.

Ci troviamo allora di fronte ad una auspicabile inversione di tendenza, che ha come punto di riferimento la ricostruzione della società attraverso la difesa e la tutela ferma, decisa e coraggiosa della famiglia, tutela e difesa della famiglia che non può non essere disgiunta dalla tutela e dalla difesa della patria ed i concetti di famiglia e di patria non possono essere disgiunti, concludo questo concetto con la necessità della rifondazione dello Stato.

In questo triangolo famiglia-patria-Stato, a giudizio del M.S.I., stanno le premesse dell'inversione di tendenza e stanno anche le motivazioni del voto convinto del M.S.I. a questo disegno di legge; e si badi bene, questa non è una frettolosa riconversione nei confronti di un disegno di legge della maggioranza e della Giunta, né questa posizione può essere considerata come un appiattimento sulle posizioni della maggioranza e della Giunta, mi fa piacere che in quest'aula si siano verificate le condizioni per le quali e con le quali questa inversione di tendenza possa avere uno sbocco positivo al di là delle solite mozioni, al di là dei soliti proclami, ma questa inversione di tendenza si sia potuta trasformare in un istituto giuridico come è quello determinato dal disegno di legge n. 68. Allora il contributo del M.S.I., che è un contributo di partito che si onora di essere all'opposizione, di restare all'opposizione, che si onora di rappresentare quello spaccato di società civile che intende innanzi tutto la ribellione come una ribellione morale e non già come una difesa egoistica di una visione edonistica della società, allora il M.S.I., già lo aveva detto nella sua relazione di minoranza, viene a trovare un

punto di sintesi che si è potuto costruire attraverso il riconoscimento da parte della Giunta regionale e della maggioranza di due condizioni che erano sostenute in linea di diritto e di principio, sotto il profilo morale ed etico, dal M.S.I.; per quanto riguarda il requisito della residenza abbiamo ritenuto di dover giungere ad un compromesso, che non ci può soddisfare a pieno titolo, ma che comunque è una constatazione di come il tabù quadriennale voluto ed imposto dal S.V.P. sia stato quanto meno demolito sul piano del suo contenuto politico, ma noi del M.S.I. siamo ancora più convinti quando, se arriveremo, come arriveremo all'unificazione europea, anche questo discorso sarà superato dalla logica degli eventi e degli avvenimenti. Anche sotto questo profilo mi posso onorare, a nome del gruppo del M.S.I., di poter dire che anche in questa occasione il gruppo del M.S.I. sicuramente non ha calato brache, non siamo soliti farlo in nessuna occasione e circostanza, anche perché mi sia consentito, a questo proposito, fare una formulazione, e cioè come sia possibile, ad esempio, da parte della D.C. in Trentino poter aprire al P.D.S., quando il P.D.S. su posizioni di valori, quindi di principio, morali, si trova in una situazione diametralmente opposta ed è contestatore delle scelte, non di carattere materialistico, ma di valori e di principi etici sui quali evidentemente il M.S.I. si riconosce, ma non per questo rivendica che sia aperta nei suoi confronti alcuna porta, le porte ci sono, non abbiamo bisogno di vederne altre. Quello che effettivamente, allora con cognizione andiamo a concludere questo intervento in dichiarazione di voto, non può che rappresentare per il M.S.I. e per l'Assemblea legislativa nel suo complesso una soluzione onorevole non tanto e soltanto perché quanto meno, come dicevo poc'anzi, il principio che sembrava essere un tabù della residenza quadriennale è stato demolito, ma anche perché l'altra questione sollevata dal M.S.I. circa l'indisponibilità del nostro gruppo ad acconsentire a soluzioni tipo quelle della creazione di due istituti autonomi, destinati alla gestione degli istituti giuridici che sono derivati da questo disegno di legge – concludo, signor Presidente – e dai due successivi, ha messo in evidenza come l'opposizione quando viene condotta in modo serio, convinto ed anche intelligente, consentitemelo, ha la possibilità di incidere ed anche di migliorare il testo che ci era stato presentato laddove sia possibile il miglioramento.

Quindi il voto del M.S.I. è positivo per le osservazioni che in questa, seppur sintetica, dichiarazione di voto, mi sono sentito in dovere di fare a nome di tutto il gruppo del M.S.I.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Negherbon.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Negherbon.
Prego, ne ha facoltà.

NEGHERBON: Grazie, signor Presidente. Chi mi ha preceduto ha avuto modo di esprimere delle valutazioni su questo disegno di legge, esprimendo dei giudizi positivi. Si è detto per bocca del capogruppo del S.V.P. che questa è la legge più importante di questa legislatura, si è detto che questa è una giornata storica per la cons. Franzelin, intervenuta prima di me; senz'altro posso dire che questa è una legge molto importante, che sicuramente è ed è stata impegnativa, ha impegnato lo sforzo di elaborazione, di disponibilità, di intuizione della Giunta regionale e dell'assessore in particolare, che l'ha curata più da vicino e senz'altro ha richiesto impegno, disponibilità e sforzi. Una legge impegnativa sì dal punto di vista finanziario, in quanto richiede dei notevoli impegni finanziari all'ente Regione, ma quello che più è stato impegnativo è stato lo sforzo di formazione politica ed è con piacere che notiamo dall'inizio, dalla presentazione in aula o in Commissione di questo disegno di legge e dei disegni di legge che insieme a questo

verranno discussi più avanti, c'è stato anche un mutamento di posizione di alcune forze politiche nei confronti di questo dispositivo, c'è stata un'evoluzione in positivo, sono state qui portate delle note e dei giudizi che sono completamente modificate rispetto all'inizio e quindi sono delle valutazioni positive e questo fa piacere e si deve opportunamente ringraziare chi ha permesso questa composizione di interessi e di vedute nell'interesse più generale degli utenti e di chi potrà beneficiare di questi interventi.

Certamente il campo in cui verrà ad operare questo provvedimento è ancora inesplorato, qualcuno ha detto che siamo dei pionieri, credo che forse non siamo dei pionieri, ma quanto meno i primi a produrre una legislazione di questo genere in un campo non ancora percorso, esplorato e sperimentato di provvedimenti di questo tipo. Si è dovuto procedere interpretando una competenza, quella della previdenza integrativa della Regione, cercando di modificare e di attivare questa competenza al fine di produrre degli interessi più generali che garantissero anche quella opportuna giustizia sociale fra categorie e fra persone che ancora non hanno potuto finora beneficiare degli interventi di carattere previdenziale, sociale, di carattere di giustizia sociale e quindi sono rimasti esclusi, e questo credo sia un dovere imprescindibile di chi governa ed ha delle responsabilità di amministrare il denaro pubblico e quindi credo che questo risponda ad un dovere preciso di chi fa politica.

Certamente le leggi, gli strumenti legislativi, le norme, eccetera, strumenti che consentono di venire incontro a queste esigenze sono opera e strumenti predisposti dall'uomo, potranno in futuro essere migliorati, quello che conta è la volontà di partenza, la volontà politica dalla quale nascono questi strumenti ed i principi sui quali essi si basano.

Non voglio caricare di particolari significati ideologici, non li ha in sé, si è visto infatti come parti sostanzialmente diverse per quanto riguarda la percezione della famiglia, dell'individuo e della persona umana hanno potuto comporsi, perché questo è uno strumento che consente opzioni, che offre libertà ed opportunità, garantisce la libertà dell'individuo e questo indubbiamente possiamo dirlo a voce alta; in questo senso abbiamo avuto delle valutazioni positive e quindi è una legge ampia, che offre possibilità di utilizzazione senza intravedere forzature ideologiche e quindi è una legge moderna.

Questo volevo esprimere con forza e precisione, perché lo merita e nel campo della famiglia, dell'individuo, l'educazione dei figli sono delle competenze che spettano all'individuo, alla famiglia, eccetera, nell'interesse più generale di una società compiuta, corretta e libera.

Credo che questa legge vada in questa direzione e quindi il nostro giudizio è positivo ed essa è vista in un contesto molto più ampio, quanto meno nell'insieme degli altri dispositivi che verranno avanti e che saranno discussi successivamente.

Quindi questa legge va vista in un complesso più ampio, in un contesto nel quale famiglia, casalinghe, categorie meno protette e finora escluse dai benefici di una previdenza che quanto meno ponga o cerchi di porre sullo stesso piano individui che compongono questa società, è vista complessivamente positiva, quindi il voto è favorevole, nell'auspicio che trovi ulteriori apprezzamenti e consensi in questo Consiglio.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Levegghi.

Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Levegghi.

Prego, ne ha facoltà.

LEVEGHI: Signor Presidente e signor assessore, devo confermare il giudizio negativo del mio

partito su questo primo cosiddetto pacchetto famiglia, pur riconoscendo che il dibattito di questi mesi ha portato all'interno del disegno di legge alcuni importanti e significativi aggiustamenti, che vanno riconosciuti.

Ritengo comunque che non si sia evitato completamente il disegno che a mio avviso sta sempre dietro questo disegno di legge, cioè quello di portare in qualche modo la donna a dover optare se lavorare o meno, e quindi a rinunciare anche al suo ruolo professionale esterno alla famiglia, che in qualche modo è il filo conduttore di tutto il disegno di legge.

Vi è poi la considerazione che credo vi sia un investimento ed un vincolo di risorse finanziarie future notevole, senza aver fatto una scelta di investimento di carattere strutturale a favore della famiglia e della società, ma favorendo solo alcuni segmenti di questa, ed in particolare all'interno della famiglia e della donna che non lavora, favorendo chi si trova in una fascia media del ceto economico e quindi non facendo un'azione di giustizia sociale, o quanto meno facendolo a metà, non fino in fondo e per questi motivi, che già ho avuto modo di sintetizzare all'inizio della discussione generale di questo disegno di legge, confermo il voto negativo.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Betta.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Betta.
Prego, ne ha facoltà.

BETTA: Grazie, signor Presidente. Ho già avuto occasione di dire in un precedente intervento che dubbi e perplessità sono stati sollevati nel corso di un approfondito esame di questo pacchetto famiglia sia da parte del mio partito, sia da parte delle forze femminili che in tale partito operano, sia da parte mia.

Ritengo che anche sulla base di quelle che sono state le prese di posizione del mio partito che questo disegno di legge oscilli fra intuizioni indubbiamente positive, ma anche concezioni della famiglia non corrispondenti alla composita realtà dei nostri tempi. Viene infatti a delinearsi una concezione troppo patriarcale della famiglia ed un privilegiare le donne che scelgono come unico lavoro l'accudire alla stessa, tutto ciò a scapito di coloro che per necessità o per libera scelta hanno optato per il duplice ruolo di lavoratrici e di casalinghe, in particolare vediamo del tutto inopportuna, costosa ed anche rischiosa l'ipotesi di creare due nuovi istituti provinciali previdenziali autonomi, o come si chiameranno, per la gestione della previdenza prevista da questa legge. Anzi tutto siamo contrari da sempre ed in tutti i settori alla creazione di carrozzoni di qualsiasi ordine e genere, che non fanno che appesantire la spesa pubblica e non fanno che rendere più difficoltosa la gestione delle leggi.

Riteniamo che le sedi dell'istituto nazionale della previdenza sociale, con le opportune differenziazioni del caso, dovrebbero essere ampiamente in grado di fornire i servizi richiesti, questo anche per l'art. 1 della legge n. 88 del 1989: "Ristrutturazione dell'INPS e dell'INAIL", che prevede, cito testualmente "tra gli scopi istituzionali dell'istituto entra anche la gestione di previdenza integrativa nell'ambito delle disposizioni generali derivanti da leggi e regolamenti".

Osserviamo inoltre che il cosiddetto assegno di natalità ci suona come un semplice premio ed un anacronistico incentivo alla natalità, non è che siamo contrari, per carità, o favorevoli alla limitazione delle nascite, ma indubbiamente se questa è una scelta che il mondo moderno che il ruolo della donna e della famiglia deve recitare in questo particolare momento, non vedo perché si debbano mettere degli incentivi, anche involontariamente, allo sviluppo di

queste nascite, mi rendo conto che per la storia il M.S.I. sia molto favorevole a questo stato di cose, perché non vuole negare un certo passato che ha avuto.

L'assegno di educazione dovrebbe essere previsto anche per chi, non madre, si occupa effettivamente del bambino e qui non è previsto, un assegno di questo tipo dovrebbe essere esteso anche alle persone che nella famiglia si occupano di congiunti anziani o disabili, se proprio vogliamo andare avanti di questo passo sull'assistenzialismo.

In quanto alla pensione alle casalinghe, temiamo che così come è strutturata possa divenire una facile occasione per dare un qualcosa in più a quelle donne che hanno già molto a discapito di quelle che versano realmente in condizioni di disagio.

Esprimiamo anche forti perplessità sul contenuto troppo assistenzialistico – l'ho già detto, ma lo ripeto – del disegno di legge nel suo complesso e sull'eccessivo onere finanziario che verrà a gravare sul bilancio regionale, perché non so se avete fatto dei conti precisi, li avrete fatti sicuramente, ma ritengo veramente che si arriverà ad un ulteriore aggravamento; se questo vuol dire "spendiamo dei soldi della Regione perché altro non si sa o non si può fare", va bene anche questo, ma se invece abbiamo anche altre prospettive ed altri programmi, ritengo che questo sia un appesantimento di quelli che saranno i futuri bilanci.

Si va comunque verso un assistenzialismo puro e semplice, invece di intervenire sulle strutture per tutte le donne, per esempio incrementare il discorso sugli asili nido, sulle banche del latte e su altre strutture che sollevino la donna da certi impegni stressanti, cosa che non viene fatta, una donna che lavora non trova un aiuto in questa sua attività.

Penso, perché l'ho anche sentito, non è un'idea mia, che molte donne si sentiranno addirittura offese da questi provvedimenti legislativi, in quanto si sentiranno ancora una volta, se non strumentalizzate, quanto meno oggetti o soggetti di interventi che le appiattiscono in un ruolo di sudditanza verso il potere, al quale sempre e comunque dovranno rivolgersi per ottenere una forma di contributo, ripeto, offensiva del loro ruolo, senza invece aver ottenuto l'incremento ed il miglioramento di certe strutture, che senza forme assistenzialistiche possono far recitare quel ruolo che la donna intende recitare nella nostra società.

Per questi motivi che ho cercato sinteticamente di esporre, il mio voto sarà quello della forma negativa, cioè voteremo contro il disegno di legge. Grazie.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Casagrande.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Casagrande.
Prego, ne ha facoltà.

CASAGRANDE: Grazie, signor Presidente. Come partito abbiamo presentato una dettagliata interrogazione ancora in data 7 gennaio 1991, poi una mozione in data 11 febbraio 1991, che è stata approvata il 14 maggio 1991, nella quale si chiedeva che venisse discusso e portato a buon fine entro l'anno 1991.

Credo che non possiamo, anche volendolo, ritornare indietro e non approvare questo disegno di legge. Da tempo si parla a vari livelli della necessità della predisposizione di un disegno di legge, che è stato proposto dalla Giunta regionale, che riconosca finalmente la pensione alle casalinghe, in modo da fornire loro una apposita copertura assicurativa e previdenziale. In tal senso risulta che sia attivato recentemente l'assessorato alla previdenza sociale ed all'ordinamento degli enti sanitari della Regione Trentino-Alto Adige, nel dare certezza ad una sua iniziativa tendente a valorizzare la famiglia ed a riconoscere il lavoro che

dall'interno di essa sostengono le persone che vi si dedicano.

Così è nata una proposta di legge, non ancora ufficializzata, ma lo sarà tra poco, che dovrebbe mettere a fuoco i vari aspetti del problema principale, che è sempre quello del riconoscimento della pensione alle casalinghe, nonché definire alcune incertezze di ordine giuridico. Finalmente dopo dibattiti di gruppo di lavoro e convegni sul tema, si è deciso di dare concretezza e riferimento certo di una politica regionale previdenziale, che, tenendo conto delle relative disposizioni di carattere giuridico in campo nazionale, prevedesse una serie di interventi previdenziali finalizzati a capire e risolvere le esigenze della categoria delle casalinghe, che nel Trentino, non dimentichiamolo, sono 80 mila circa, ed in ultima analisi della famiglia stessa, intesa come cellula base della società attuale; seppure con limiti e nell'ambito delle competenze regionali in materia previdenziale, una proposta legislativa che riconosce il lavoro casalingo quale attività che concorra al progresso sociale ed attesa ed ora diverso studiarla ed approfondirla. Credo che con i diversi emendamenti portati anche in questo Consiglio si sia intervenuti sui vari aspetti.

La sua funzione credo sia indispensabile ed essenziale all'interno del vivere familiare e quindi sociale, non sempre infatti è lavoro solo l'attività che produce reddito, occorre invece in un orizzonte culturale più ampio e moderno riconoscere l'importanza del ruolo della famiglia quale cellula base della società e di conseguenza dell'attività della casalinga nell'ambito familiare vero e proprio.

Ora quello che viene richiesto a viva voce è che le istituzioni regionali vengano incontro alle esigenze delle casalinghe, appunto con riferimento alla giuridicità della loro posizione e con riferimento alla loro posizione assicurativa, pensionistica e cioè economica.

In ultima analisi, perché non abbiamo molto tempo a disposizione, una soluzione comunque deve obiettivamente e realisticamente essere trovata al problema in argomento, che seppur datato finora non è riuscito mai a trovare una seria e concreta soluzione e che non deve connotarsi come un assegno assistenziale, bensì come un doveroso e dovuto riconoscimento al lavoro svolto dalla donna tra le pareti domestiche.

Noi del P.A.T.T., signor assessore, difendiamo la legge, che rappresenta un passo significativo per la tutela della famiglia. La legge è stata emendata, nel senso di garantire una maggiore giustizia sociale, i cittadini dell'Alto Adige e del Trentino si aspettano il varo delle provvidenze.

Abbiamo assistito a diverse persone che sono venute ad ascoltare, c'era gente di Rovereto, di Trento e dell'Alto Adige e questo credo sia un segno che le persone sono coinvolte ed interessate a questa cosa.

Ormai la famiglia è profondamente cambiata e non è più possibile parlare di famiglia al singolare, ma più correttamente si deve parlare di famiglie, sappiamo le difficoltà di certe famiglie che purtroppo devono separarsi o vivere da soli. Sono molti milioni di persone che non vivono più nel nucleo familiare tradizionale, marito e moglie ed i figli, avendo scelto di stare soli e convivere in mille modi diversi, ci sono anche questi casi, credo che ognuno abbia la propria storia ed anche questi casi fanno riflettere.

In Europa e nel Trentino questo fenomeno sociale è molto marcato, in una tendenza molto forte delle persone a costruire liberamente i propri legami.

Un'ultima osservazione: la discussione, bisogna dirlo, di questi giorni, ha chiaramente definito due schieramenti: uno moderato centrista e l'altro delle sinistre che tentavano disperatamente di stoppare a favore delle famiglie di fatto, abbiamo assistito anche a questo lungo dibattito, ognuno poi fa quello che crede ed in democrazia si può fare, ma abbiamo osservato anche questo grosso dibattito che si è protratto per mesi, nel quale abbiamo visto anche questi schieramenti, che prima forse non c'erano, sulla donna e sul pacchetto famiglia

invece ci sono stati.

Abbiamo ascoltato con soddisfazione la ritrovata storia della donna attraverso i secoli, il dibattito a mio parere ha portato anche un'utilità per la donna, in quanto è stato sviscerato in questi mesi di dibattito, da secoli non se ne parlava ed è da ammettere l'apporto determinante della sua intelligenza e del suo lavoro. Pertanto con questo disegno di legge offriamo un premio che certamente la donna merita. Grazie.

PRÄSIDENT: Als Nächster hat der Abg. Meraner das Wort.

PRESIDENTE: Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Meraner. Prego, ne ha facoltà.

MERANER: Im Verlauf der Behandlung dieses Gesetzes haben die verschiedensten Repräsentanten der Mehrheit immer wieder versucht, die politische Minderheit in diesem Hause in die Enge zu treiben, sie öffentlich an den Pranger zu stellen als diejenigen, die dieses wichtige Gesetz verzögern wollen und somit den Hausfrauen Schaden zufügen möchten. Meine Damen und Herren, das Gesetz, das wir uns nun anschicken zu verabschieden, beweist ganz klar, daß das Gegenteil der Fall ist. Das Gesetz ist nicht schlechter geworden, sondern wesentlich besser, als es die Vorlage war und dies ist wohl in erster Linie ein Verdienst der Opposition. Die Mehrheit kann sich nicht, wie das von Vorrednern gesagt worden ist, diesen Verdienst zurechnen, denn sie war in keiner Weise bereit, mit den politischen Minderheiten zu reden, bis diese nicht ein zwar sehr unsympathisches, aber anscheinend doch wirksames Instrument, nämlich jenes der Obstruktion, angewandt haben. Nicht aus freiem Willen, nicht aus Demokratieverständnis und nicht aus Toleranz hat die Mehrheit nachgegeben, sondern einzig und allein aufgrund des unausweichbaren Druckes, der von den politischen Minderheiten gekommen ist. Der Herr Assessor schüttelt zwar den Kopf und verneint dies, aber so war es tatsächlich. Hätten wir nur 10 Änderungsanträge eingebracht, wären sie allesamt abgelehnt worden und ihr hättet euch überhaupt nicht gerührt. Ihr habt euch auf ganz genaue Berechnungen gestützt, von denen ihr nachher, aufgrund der Intervention der Opposition, zugeben mußtet, daß sie falsch waren und so sind wir jetzt nicht Dank der Mehrheit, sondern Dank der Opposition doch zu einem besseren Gesetz gekommen als es die Mehrheit ursprünglich wollte.

Zweitens: Es ist durchaus nicht wahr, daß den Hausfrauen durch diese Verzögerung der Gesetzesverabschiedung Schaden zugefügt wurde. Dies ist deswegen nicht wahr, weil im Gesetz ja die Bestimmung enthalten ist, daß es rückwirkend ab 1. Jänner 1992 gelten soll. Ob wir nun dieses Gesetz zwei Monate früher oder zwei Monate später verabschieden, die Hausfrauen oder wer immer der Betroffene ist, kommt ab demselben Datum in den Genuß dieser vom Gesetz vorgesehenen Begünstigungen. Freilich ist es auch im Zuge der Verhandlungen mit der Mehrheit nicht gelungen, alle Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten auszuräumen. Ich sage dies jetzt in subjektiver Weise, weil ja jeder Abgeordnete auch das Recht haben muß, das Gesetz subjektiv aus seiner Sicht zu interpretieren.

Aus meiner Sicht gesehen ist aber sicher eine ganz wichtige Ungerechtigkeit, ein Prinzip vom Gesetz herausgenommen worden, nämlich jenes Prinzip, aufgrund welches es bei der Vorlage geheißen hat, alle selbständig arbeitenden Menschen hinterziehen mindestens 40 Prozent Steuern. Diese Klausel ist vom Gesetz herausgekommen, man hat sie durch eine bessere ersetzt, durch ein Prinzip der objektiven Feststellung des Einkommens. Freilich hat man auch diesbezüglich der Regionalregierung noch zu großen Spielraum gelassen. Aber ich will nicht von vornherein sagen, daß sie diesen mißbrauchen wird. Wir wollen es abwarten, vertrauensvoll in die Zukunft sehen und ihr solange vertrauen, bis sie uns nicht den Beweis

liefert, daß sie die neu eingeführten Prinzipien mißbraucht. Ich hoffe nicht.

Was am Gesetz nach wie vor sicherlich scharf zu kritisieren ist, ist die einseitige Vertretung in den Gremien ausschließlich durch Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber sind überhaupt nicht vertreten. Man hat den Eindruck, als ob wir hier ein reine Gewerkschaftsstaat wären. Ja, wo nehmt ihr dieses Recht eigentlich her? Ich kenne kein einziges Steuergesetz, wo ihr die Freiberufler oder die selbständig arbeitenden Menschen jemals vergessen hättet. Ich kenne keine einzige Steuer, wo ihr sie vergessen hättet. Aber dort, wo es darum geht, mitzureden, wenn diese Steuergelder einmal verteilt werden, dort vergißt man sie immer, dort haben sie keinen Platz, dort gibt es dann Leute, wie die Kollegin Zendron, die weiß Gott wie empört sind, daß man auch nur auf diese Idee kommen könnte. Ja, woher dieser Protest? Woher überhaupt diese Meinung? Haben sich diese Gewerkschaftler jeweils wählen lassen, frage ich einmal? Solange wir die gewählten Vertreter sind, haben wir die Pflicht, aus eigenem Ermessen möglichst objektiv, ohne einseitige Interessenvertretung, die Gesetze zu machen.

Daß die Aufenthaltspflicht von vier auf drei Jahre herabgesetzt worden ist, erachte ich ebenfalls als einen schwarzen Punkt in diesem Gesetz. Denn, meine Damen und Herren, hier geht es nicht um ein Politikum. Hier geht es ganz objektiv darum, daß Steuergelder von unseren Bürgern, von den Steuerzahlern in dieser Region, verteilt werden sollen und zwar für Bedürfnisse, die zwar außerordentlich wichtig sind, die aber nicht zu den Grundbedürfnissen gehören, sondern darüber hinausgehen. In diesem Sinne muß es nach dem Prinzip der Gerechtigkeit wohl möglich sein, daß man verlangt, daß diejenigen, die solche Leistungen in Anspruch nehmen auch zumindest einen geringen Teil an Eigenleistung vorher auch erbracht haben, sonst kommen wir ja zu einem Zustand völliger Ungerechtigkeit.

Aber in diesem Zusammenhang möchte ich mir doch noch eine politische Anmerkung erlauben. So sehr ich den Mehrheiten zustimme, daß diese vier bzw. jetzt auf drei Jahren reduzierte Aufenthaltspflicht notwendig, gerecht und richtig ist, möchte ich Sie doch daran erinnern, daß aus meiner Sicht gesehen es sich in diesem Zusammenhang um eine völlige politische Scheinheiligkeit handelt. Denn wenn ich daran denke, daß diese Mehrheit auf die Aufenthaltspflicht beim passiven Wahlrecht vor einigen Jahren verzichtet hat, dann muß ich mich fragen, wie konsequent sie politisch ist.

Was die Kompetenzen betrifft – und dieser Bereich scheint mir für den größten Teil dieses Gesetzes ein sehr wesentlicher zu sein, denn im dritten Abschnitt sind eigentlich die Leistungen drinnen, für die die Region sicher kompetent ist. Die übrigen Kompetenzen arrogiert sie sich meines Erachtens; das sind Kompetenzen, die nicht bei der Region, sondern beim Land liegen. Aber wir wissen, daß die Region momentan im Geld schwimmt, daß sie aufgrund der ihr zustehenden Kompetenzen gar nicht weiß, was sie mit dem Geld anfangen soll und deshalb arrogiert sie sich in arroganter Weise immer wieder neue Kompetenzen, die ihr gar nicht zustehen und es scheint mir so zu sein, daß führende Politiker beider Landesregierungen ohne weiteres bereit sind, um ein paar Silberlinge die Kompetenzen des Landes nach und nach auszuverkaufen.

Noch ein Wort zu den Ausführungen der Kollegin Franzelin. Sie ist jetzt nicht im Saal, aber ich kann das nicht ungesagt lassen. Sie hat vorher in ihrer Rede dem Kollegen Benedikter – und ich habe überhaupt keinen Grund, ein Benedikter Verteidiger zu sein; es soll nur die Objektivität gelten – sie hat vorher dem Kollegen Benedikter vorgeworfen, er kritisiere immer wieder die Kompetenzen und wenn schon das Land kompetent gewesen wäre, warum er dann als so langjähriges Mitglied der Landesregierung nicht die Initiative ergriffen hätte. Erstens war er nicht zuständig und dann muß ich umgekehrt fragen, warum hat die Kollegin Franzelin in ihren zwanzig Jahren nichts getan? Ich habe vor 15 Jahren diese Forderungen gestellt und bin damals von der SVP als politisch unzurechnungsfähig erklärt worden.

Deshalb möchte ich den Hausfrauen und allen anderen Betroffenen sagen, sie haben der Mehrheit nicht zu danken, daß dieses Gesetz jetzt kommt, sie haben es diesen Mehrheiten zu verdanken, daß es 15 Jahre zu spät kommt. Es ist dies im ganzen aber ein institutionell unsicheres Gesetz. Wir müssen sehen, ob es möglich wird, durch politische Abmachungen die Verfassung teilweise außer Kraft zu setzen. Die Region selbst hat erkannt – ich komme zum Abschluß, Herr Präsident – daß sie den enormen Geldsegen, den sie jetzt hat, für die Zukunft nicht mehr rechtfertigen kann. Deshalb hat sie sozusagen mit negativen Vorzeichen ein Haushaltssicherungsgesetz verabschiedet. Sie verschuldet sich langfristig so stark, daß in Zukunft niemand daran denken wird, ihr weniger Geld zu geben. Das ist der eigentliche Sinn, auch ein Sinn in diesem Gesetz.

Ich erkenne die positiven Aspekte in diesem Gesetz an, daß die Hausfrauenarbeit anerkannt wird, daß den Hausfrauen etwas mehr soziale Würde und Sicherheit zuerkannt wird, aber insgesamt ist das Gesetzeswerk ein eher negatives. Wir hätten im Zuge von Landesgesetzen etwas wesentlich Besseres und Vernünftigeres machen können und deshalb gebe ich, unter Abwägung der positiven und negativen Aspekte, meine Stimmhaltung zu diesem Gesetz. Ich danke Ihnen Herr Präsident, daß Sie mir eine halbe Minute länger gewährt haben.

(I vari rappresentanti della maggioranza hanno ripetutamente cercato, nel corso della trattazione di questo disegno di legge, di mettere in difficoltà la minoranza, facendola passare come quella che voleva ostacolare l'iter di questa legge e arrecare danno alle casalinghe. Signore e signori, il disegno di legge che ora ci apprestiamo a votare, dimostra chiaramente come sia avvenuto l'esatto contrario. La legge non è peggiorata, anzi è sensibilmente migliorata rispetto alla sua versione originaria; e questo merito va senz'altro attribuito all'opposizione. La maggioranza non può vantare alcun merito a tal proposito come avrebbero voluto far credere alcuni oratori che mi hanno preceduto, poiché non è stata assolutamente in grado di interloquire con le minoranze politiche fino al momento in cui queste non hanno adottato uno strumento alquanto efficace, quello dell'ostruzionismo. Poi la maggioranza ha ceduto, ma non per sua volontà, non per il principio democratico e nemmeno per tolleranza, bensì unicamente perché costretta dall'incalzante pressione cui era stata sottoposta da parte delle minoranze. L'Assessore ora scuote la testa in segno di diniego, ma in effetti le cose sono andate proprio così. Se noi avessimo presentato solo 10 emendamenti, sarebbero stati tutti respinti e voi non vi sareste nemmeno mossi. In effetti vi siete basati su calcoli, di cui più tardi – a seguito dell'intervento dell'opposizione – avete dovuto riconoscere l'infondatezza; e così ora, grazie alla minoranza e non alla maggioranza, siamo arrivati ad approvare una legge migliore di quella originariamente ideata dalla maggioranza.

Secondo: Non è assolutamente vero che alle casalinghe sono stati arrecati dei danni a causa di questo ritardo. Non è vero, poiché il disegno di legge contiene una norma che lo rende retroattivo al 1 gennaio 1992. Quindi è di per se indifferente se ora questa legge viene approvata con due mesi di anticipo o di ritardo, poiché i benefici previsti per le casalinghe o gli interessati saranno comunque gli stessi. Va anche detto che nel corso delle trattative la maggioranza non è nemmeno riuscita ad eliminare tutte le incongruenze e ingiustizie che il disegno di legge contiene. E questa è una naturalmente una mia valutazione personale del disegno di legge, ma del resto ogni consigliere deve avere la possibilità di esprimere la sua posizione secondo il suo punto di vista.

Comunque da questo disegno di legge è stato fortunatamente tolto un elemento di ingiustizia, ovvero quell'elemento che nella versione originaria stabiliva che i lavoratori autonomi compiono un'evasione fiscale del 40 per cento. Questa norma ora è stata cancellata dal disegno di legge ed è stata sostituita da una norma più equa che si basa sull'obiettivo determinazione del reddito. Naturalmente si è comunque lasciato ampio spazio di manovra alla Giunta. E con questo

non intendo dire che essa necessariamente abuserà di questo suo potere. Vedremo. Per intanto siamo fiduciosi e aspettiamo finché i fatti non ci daranno torto. Speriamo che ciò non avvenga.

Ciò che in questo disegno di legge è assolutamente discutibile è la unilaterale rappresentanza dei lavoratori nei vari organi. I datori di lavoro, invece, non sono stati nemmeno menzionati. Si ha quasi l'impressione di essere in uno stato organizzato su base sindacale. Ma chi vi dà questo diritto? Io non conosco una legge fiscale, nella quale non vi siate ricordati anche dei liberi professionisti o dei lavoratori autonomi. Non conosco una norma fiscale dalla quale questi ultimi siano stati esclusi. Tuttavia quando si tratta di farli partecipare, ovvero quando le risorse fiscali devono essere ridistribuite, li si dimentica, non vengono rappresentati; e ci sono persone come la cons. Zendron che addirittura si scandalizzano che si possa addirittura pensare ad una loro rappresentanza. Ma perché questa protesta? Perché pensare una cosa del genere? Dopotutto i sindacalisti si sono mai fatti eleggere? E finché noi siamo i rappresentanti eletti dal popolo noi abbiamo l'obbligo di valutare i disegni di legge possibilmente in modo obiettivo e senza interessi di parte.

Un altro neo di questa legge è costituito dal fatto che la clausola di residenza sia stata ridotta da quattro a tre anni. E qui non si tratta di una questione politica, signore e signori. Si tratta unicamente del fatto che gli introiti fiscali dei cittadini di questa Regione vengano distribuiti secondo le esigenze, le quali anche se qui non sono primarie sono comunque molto importanti. Se si vuole un minimo di giustizia, allora bisogna pretendere un minimo contributo anche da coloro che beneficiano di tali provvidenze, perché altrimenti avremmo introdotto un principio alquanto iniquo.

In questo senso mi si permetta un'altra puntualizzazione. Anche nel caso si potesse dare ragione alla maggioranza che è giusto, necessario e opportuno ridurre l'obbligo di residenza da quattro a tre anni, si tratterebbe comunque di una pura finzione politica. Se penso che questa maggioranza ha rinunciato non più tardi di qualche anno fa alla causola di residenza quadriennale per l'elettorato passivo, allora mi chiedo se ci sia in tutto questo una coerenza politica!

Poi c'è la questione delle competenze — e questo problema mi sembra sostanziale all'interno dell'intero disegno di legge, per quanto vada anche detto che nella terza parte sono contenute provvidenze per le quali la Regione è sicuramente competente —. Le altre competenze invece se le arroga, poiché si tratta di competenze che non spettano alla Regione, bensì alle Province. Ma noi sappiamo che la Regione attualmente nuota nei soldi e alla luce delle competenze di cui dispone a tutt'oggi non sa cosa farne di tutta questa ricchezza: quindi si arroga nuove competenze che non le spettano. E a ciò si aggiunge che ci sono eminenti esponenti politici di ambedue le Giunte provinciali che sono pronti a svendere le competenze della Provincia per due soldi.

Ancora due parole su quanto affermato dalla cons. Franzelin che purtroppo al momento non si trova in aula. Comunque non posso tacere. Nel suo intervento di prima essa ha accusato il collega Benedikter — e con questo non vorrei sembrare il difensore di Benedikter, perché non c'è alcun bisogno di difenderlo; ma queste cose vanno dette soprattutto per chiarezza — di aver in continuazione messo in discussione la competenza della Regione, chiedendosi perché Benedikter, quale membro della Giunta provinciale per molti anni, non abbia intrapreso niente in questo senso. Innanzitutto non era competente. Poi vorrei chiedere alla collega Franzelin: perché non ha fatto lei qualcosa nei suoi vent'anni di politica? Io ho avanzato già 15 anni fa queste rivendicazioni e allora la SVP mi reputò politicamente incapace di intendere e di volere.

Per questa ragione vorrei dire alle casalinghe e a tutti gli altri interessati che essi non sono tenuti a ringraziare la maggioranza per questa legge, in quanto arriva con ben 15 anni di ritardo. E in più si tratta di una legge molto fragile dal punto di vista giuridico. Bisognerà attendere e vedere se sulla base di eventuali accordi politici sarà possibile prescindere almeno in parte dai dettami costituzionali. La Regione stessa ha riconosciuto — e concludo, signor Presidente — che in futuro non potrà più giustificare le enormi risorse che le sono state assegnate. Per questa ragione ora

approva una legge che potrà garantire anche in futuro il suo bilancio. E quindi a lungo termine si indebita in modo tale che in futuro nessuno potrà più privarla di tali risorse. Questo è il vero senso che sottende a questa legge.

Comunque riconosco anche gli aspetti positivi di questa legge, come quello che riconosce finalmente il lavoro casalingo come attività lavorativa, assicurando a chi lo compie maggiore dignità e sicurezza. Complessivamente il disegno di legge rimane comunque di segno negativo. Nell'ambito delle leggi provinciali forse saremmo riusciti a fare qualcosa di meglio. Dopo aver valutato complessivamente gli aspetti negativi e positivi di questa legge, posso dire che mi asterrò dal voto. La ringrazio, signor Presidente, per avermi concesso mezzo minuto in più.)

PRÄSIDENT: Danke!

Der nächste Redner ist der Abg. Andreotti.
Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Grazie!

Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Andreotti.
Prego, ne ha facoltà.

ANDREOTTI: Grazie, signor Presidente. Vorrei tentare, nel momento in cui ci apprestiamo a votare questo disegno di legge, che la collega Franzelin ha definito storico e che sicuramente è il disegno di legge più importante sin qui affrontato e discusso dall'Assemblea legislativa regionale, non soltanto dall'Assemblea, ma anche dalla Commissione, vorrei tentare di affrontare un discorso più generale e più completo.

Siamo all'indomani delle elezioni politiche del 5 e 6 aprile, che, oltre al responso per certi aspetti rivoluzionario, hanno messo in evidenza, a nostro avviso, soprattutto un tema, di un forte recupero nel senso della politica dei valori, inteso come politica più lontana dal palazzo e più vicina ai reali bisogni della gente; più lontana quindi da una gestione partitocratica, chiusa in se stessa e molto più vicina a quelle che sono, non le politiche dei grandi affari, dei grandi temi nazionali ed internazionali, che pure hanno un'importanza pregnante, ma quelli che sono i bisogni spiccioli, reali e direi anche quotidiani della gente. Quindi una politica di forte recupero dei valori, che parta dai valori della persona umana intesa come animale sociale e quindi persona umana che trova la prima propria affermazione all'interno del più piccolo nucleo del sociale, che è la famiglia, perché soltanto da un forte recupero e da una forte ripresa di attenzione nei confronti della famiglia può iniziare un autentico recupero di quella che viene tanto sbandierata come politica dei valori, però sulla quale non si riesce mai a mettere una parola decisiva come punto di inizio.

Voglio rivendicare al partito autonomista, che rappresento, il fatto di essersi sempre preoccupato di queste politiche dei valori e già in occasione della discussione generale su questo disegno di legge avevo avuto modo di sottolineare come proprio il programma operativo del nostro partito si apre con la pagina dedicata non soltanto alla famiglia, ma alla famiglia intesa in senso lato, quindi non la famiglia ridotta soltanto a padre, madre e figlio o, peggio ancora, ridotta al ruolo della casalinga, ma famiglia intesa come vera e propria comunità, nella quale vivono insieme padre, madre e figli, e nella quale spesso dovrebbero convivere anche gli anziani, ancorché vivano in unità abitative fisicamente diverse, i parenti stretti ed in particolare i genitori che poi diventano i nonni.

Questo non vuol dire che siamo per la difesa a tutti i costi di una famiglia patriarcale, ma siamo per la difesa di una riaffermazione dei valori e dei legami che devono unire fra di loro persone che danno luogo a quello che è il primo nucleo associativo, all'interno del

quale si deve sviluppare la politica complessiva della società, quindi famiglia intesa in senso ampio, come genitori che devono provvedere all'educazione dei figli ed alla preparazione dei cittadini del domani, ma anche famiglia che si deve preoccupare di chi ha generato la famiglia e quindi degli anziani. Dalla famiglia discende naturale l'attenzione verso il problema della casa, perché soltanto se la famiglia può vivere in un ambiente adeguato, idoneo e confortevole può esplicitare fino in fondo il proprio ruolo e la propria alta funzione sociale ed insieme alla famiglia, alla casa ed agli anziani anche la scuola e la sanità.

Mi rendo conto che il discorso sarebbe estremamente lungo e che rischia di portarci lontano dal compito di una semplice dichiarazione di voto finale su un disegno di legge, ed allora diciamo subito che questo disegno di legge che, non a caso, assessore Morandini, viene approvato il giorno dopo e non quello prima la consultazione elettorale del 5 e 6 aprile, ed anche questo ritengo vada sottolineato, perché anche qualche esponente del suo partito prima delle elezioni ha volutamente e deliberatamente rallentato l'iter di questo disegno di legge per arrivare ad oltrepassare la tornata elettorale, e credo che vada detto chiaramente, al di là di ogni reticenza, questo disegno di legge costituisce per noi, per il partito autonomista, sicuramente il primo passo, e quindi non il passo decisivo o l'unico o comunque un passo destinato a rimanere isolato, deve costituire soltanto il primo passo in direzione del recupero delle politiche sociali, dei valori e, in primo luogo, delle politiche nei confronti della famiglia. Certo, assessore Morandini, è un disegno di legge incompleto, che presenta tante luci con qualche inevitabile zona d'ombra, potrà anche essere migliorato in un futuro, ma a nostro avviso bisognava pur cominciare da un qualche cosa, se si vuole veramente dare un segnale forte che c'è questa volontà del politico locale di occuparsi concretamente e di smetterla una buona volta di fare vane ed inutili chiacchiere nei confronti delle politiche della famiglia.

Proprio per questo ci auguriamo che questo primo passo non rimanga isolato sul recupero forte della politica dei valori.

Anche qui devo sottolineare un paio di concetti che mi pare abbiano già espresso il collega Taverna ed il collega Casagrande per il partito autonomista, che proprio la discussione su questo disegno di legge, che comporta quindi non solo un'adesione non soltanto di carattere tecnico o tecnicistico, ma anche un'adesione di carattere ideologico, ha messo in luce la grande distanza e la grande differenza che ancora separano le forze che sostengono questa maggioranza, forze sostanzialmente moderate e centriste, da quelle che a questa maggioranza si contrappongono, ed in particolare il blocco delle sinistre, nel quale inserisco senza timori anche il P.S.I., che ritengo obtorto collo si appresti a votare questo disegno di legge, probabilmente ci sarà al massimo un voto, cioè quello dell'assessore regionale Romano.

Non dobbiamo fermarci qui né per quanto riguarda la politica della famiglia, né per quanto riguarda la politica dei valori in senso lato, quindi il rifiuto delle politiche affaristiche e proseguire per quanto riguarda anche la politica della casa, degli anziani, degli emarginati, dei disabili, degli ultimi, della sanità e così via.

Termino - anche perché ho solo 2 minuti a disposizione - auspicando che questo disegno di legge trovi l'approvazione in sede governativa e comunque invitando la Giunta e l'assessore di merito a tenere alta la guardia, nel senso di insistere con il Governo non soltanto perché questo disegno di legge trovi approvazione in sede governativa, ma perché anche il Governo incominci a preoccuparsi veramente di quelle che devono essere le politiche sociali ed in particolare quella della famiglia, fino ad oggi ed in questi ultimi anni, per non dire decenni, una famiglia penalizzata, tartassata, supertassata, impedita nella libera educazione dei figli ed impedita anche nella dovuta e necessaria assistenza agli anziani.

Ultimissima considerazione: come partito autonomista vediamo nell'approvazione di questo disegno di legge anche un recupero di dignità politico-istituzionale

del ruolo della Regione, ed anche questo non può che farci piacere, quindi riaffermo quello che era scontato fino dal giorno in cui si è iniziata la discussione di questo disegno di legge in aula, riaffermando il voto favorevole del P.A.T.T..

PRÄSIDENT: Assessor Morandini, es ist nicht üblich, daß der Einbringer eine Stimmabgabeerklärung abgibt.

...Gut, Sie haben das Wort, weil auch einige offene Fragen sind.

PRESIDENTE: Assessore Morandini, di solito il presentatore non interviene per la dichiarazione di voto.

...E va bene, a Lei la parola in quanto ci sono anche alcune questioni ancora aperte.

MORANDINI: Grazie, signor Presidente, intendo ringraziare tutti i colleghi che hanno partecipato a questo dibattito e per evidenziare che tutti i contatti avuti nei confronti delle opposizioni, anche di chi ha sostenuto dall'inizio la legge, sono stati frequenti e fruttuosi e vorrei anche evidenziare che questo disegno di legge ha dato mi pare una prova molto bella, non per merito nostro, di come la società si rapporta con la politica quando spontaneamente decide di non lasciarci in pace. Mi pare che siamo stati seguiti fino ad oggi anche da cittadini che hanno voluto direttamente vedere che cosa andavamo a proporre.

Le ragioni che mi spingono a chiedere la parola sono per dire, in riferimento ad alcuni interventi che sono emersi in aula, che questo disegno di legge non ha mai avuto secondi o terzi fini, ma ha avuto semplicemente queste finalità: la prima è il riconoscimento che anche la famiglia è un soggetto educativo, anzi è il soggetto educativo primario, che anche il lavoro casalingo è lavoro, e questo è riconosciuto espressamente nella legge che andiamo a votare, che c'è un principio di sussidiarietà, che vuol dire cercare di ridare responsabilità ai soggetti primari e che si cerca con questa proposta di ampliare gli spazi di libera scelta dei genitori. Il tutto, e vorrei riferirmi a quanto diceva poc'anzi il collega Meraner, anche perché giustamente il collega Benedikter è tornato su questo argomento, non per arrogarsi diritti di competenze che la Regione non ha, ma dentro la competenza previdenziale in seguito agli ultimi sviluppi che ha avuto il concetto di previdenza e non assistenziale che ha la Regione, previdenza integrativa di leggi statali, ma sempre previdenza. Questo dice che la Regione non poteva e non può, purtroppo, fare iniziative nella materia dei servizi sociali, più volte è stato chiesto qui che bisogna ridisciplinare questi servizi, non può essere chiesto alla Regione, né tanto meno può intervenire a disciplinare i tempi di lavoro. Per quanto riguarda i servizi, vorrei dire che è nostro intendimento considerare e sottolineare che finora l'unica politica perseguita è stata quella dei servizi e che ci possono essere accanto a questa altre strade di politica sociale, per esempio quelle che ridiano responsabilità a soggetti primari come la famiglia.

Con questa proposta vogliamo anche farci carico di rispondere per un verso all'appello dell'Europa, che ormai chiede agli Stati membri di intervenire su questi temi, ed anche di stare al passo con l'Europa, molti colleghi sanno che in molti Paesi europei, indipendentemente dalla colorazione dei Governi politici, molte di queste misure sono già in essere e questo l'ho scoperto dopo che avevamo iniziato a produrre le prime stesure dei testi, la collega Franzelin ha ricordato giustamente che questo testo ha avuto 26 stesure, dicevo che l'ho scoperto con piacere per dire che siamo in pieno passo con l'Europa, perché indipendentemente dalla colorazione dei Governi molti Paesi europei prevedono questo tipo di interventi.

Non mi soffermo sui contenuti dei singoli interventi, vorrei però soltanto dire che non intende né l'assegno di natalità, collega Betta, pagare un tipo di esperienza, la

maternità, così importante e decisiva, ma semplicemente cercare di chiudere una discriminazione che vede oggi le persone casalinghe, le donne casalinghe, le donne disoccupate e le studentesse penalizzate anche in termini finanziari nel caso dell'esperienza della maternità.

Non mi soffermo sull'assegno al nucleo familiare, rappresentando che bene sarebbe stato poterlo estendere a partire dal primo figlio, ma che oggi ragioni finanziarie – vi prego di credermi – non consentono questo e che quindi bisogna almeno partire dalle famiglie potenzialmente più deboli, che sono quelle numerose; né faccio riferimento all'assegno di educazione e di cura, semplicemente per sottolineare che qui non si vuole assolutamente ricacciare in casa nessuno, ma dare la possibilità di scelta ai genitori, il padre o la madre, che scelgono di stare con il proprio bimbo, di accudire a questo importante, per noi decisivo, lavoro educativo e soprattutto, collega Chiodi, davvero con questa legge, lo dico se vuole in periodo non sospetto, visto che è passato il 5 aprile, ma lo avrei detto allo stesso modo anche prima, con questa legge non si è mai voluto ingannare nessuno, non è vero che la proposta non sia per le persone casalinghe, c'è il riconoscimento esplicito in legge che ha un valore sociale anche il lavoro casalingo...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Abgeordneter Morandini, ich muß Sie daran erinnern, daß es eine Stimmabgabeerklärung sein soll, und nur unter diesem Vorzeichen haben Sie das Wort, sonst kann ich Ihnen das Wort nicht lassen.

PRESIDENTE: Consigliere Morandini, devo rammentarle che lei ha la parola in sede di dichiarazioni di voto e quindi lei può intervenire soltanto per tale dichiarazione, diversamente non potrei lasciarle la parola.

MORANDINI: E' stato detto di tutto negli interventi che mi hanno preceduto, signor Presidente...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Va bene, ma c'è stato un dibattito lungo ed ampio, ora ha la parola come dichiarazione di voto ed ho già detto che è un po' strano perché tutti presumono che lei sia a favore, comunque può motivare lo stesso.

MORANDINI: Dicevo che già in questa proposta vi sono interventi per questo tipo di soggetti e che questa proposta realizza in passo importante che è anche il presupposto giuridico e logico per il secondo pacchetto che è già all'ordine del giorno di questo Consiglio, perché approvato dalla Commissione.

Due ultime cose, perché giustamente i colleghi Tonelli e Berger hanno insistito molto su questo ed è stata nostra preoccupazione costante. Non è vero che è a favore delle fasce più abbienti: sono state fissate delle fasce di reddito sulla contribuzione, ci sono maggioranze di famiglie in cui ci sono persone casalinghe che non è assolutamente vero che appartengono alle fasce medio-alte della società, anche perché sapete che la scelta del lavoro casalingo è complessa, che dipende da molteplici fattori. Vorrei evidenziare fra l'altro, e mi pare che sia il primo caso di legge regionale o provinciale che si è approvato un computo del reddito particolarmente serio, che fa riferimento non solamente a criteri fiscali e patrimoniali, ma anche ad altri tipi di criteri, quindi da questo punto di vista possiamo essere molto tranquilli.

Un ultimo riferimento sulla congruità e la fondatezza della spesa: ci sono pareri di fattibilità finanziaria in prospettiva per moltissimi anni compiuti dalla Regione e confermati da studi fatti da esperti estranei e quanto si prevede oggi accanto alla spesa per il secondo pacchetto rappresenta, lo faceva notare un collega nel suo intervento, l'1,5% del bilancio delle due Province, cioè l'1,5% del bilancio che insieme fanno la Provincia di Trento e quella di Bolzano.

Naturalmente seguito sin qui il disegno di legge nei suoi contatti romani per l'ambito tecnico, sarà nostra cura, collega Franzelin, seguirlo fino in fondo. Grazie.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr, dann kommen wir endlich zur Abstimmung. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

PRESIDENTE: Non vedo nessun altro che intenda intervenire. Finalmente possiamo passare alla votazione.

Prego distribuire le schede.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen. Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben und bin sehr glücklich es nach diesen schwierigen Sitzungen bekanntgeben zu dürfen:

Abstimmende:	56
mit Ja haben gestimmt:	41
mit Nein:	13
weiße Stimmzettel:	2

Damit genehmigt der Regionalrat das Gesetz.

PRESIDENTE: Prego i signori Consiglieri di prendere posto. La votazione è conclusa.

Rendo noto l'esito della votazione, cosa che mi fa molto piacere, dopo queste sedute molto movimentate:

Votanti:	56
schede favorevoli:	41
schede contrarie:	13
schede bianche:	2

Il Consiglio regionale approva il disegno di legge.

PRÄSIDENT: Ich darf jetzt die Fraktionsvorsitzenden zu einer Sitzung einberufen, um den weiteren Arbeitsverlauf abzustimmen und den Sitzungskalender für die nächste Zeit festzulegen. Wir sehen uns, wie geplant, um 14.30 Uhr zu der Nachmittagssitzung wieder.

Die Sitzung ist aufgehoben.

PRESIDENTE: A questo punto è convocato il collegio dei capigruppo per concordare il successivo ordine dei lavori e stabilire il calendario delle sedute per il futuro. Ci rivedremo, come previsto, alle ore 14.30 per la seduta pomeridiana.

La seduta è tolta.

(ore 12.00)

(ore 14.33)

Vorsitz des Präsidenten Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen.
Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto.
Prego procedere all'appello nominale.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte einen Augenblick um Aufmerksamkeit. Ich möchte Ihnen ein paar Termine bekanntgeben und auch zum weiteren Verlauf der Arbeiten Stellung nehmen. Wir hatten ursprünglich geplant, nächste Woche am Dienstag und am Mittwoch Sitzung abzuhalten. Vor allem auf Wunsch der Vertreter aus dem Trentino hat man heute mittags in der Fraktionssprechersitzung beschlossen, diese beiden Termine zu verlagern. Also am nächsten Dienstag und Mittwoch, den 21. und 22. April, sind keine Sitzungen des Regionalrates. Dafür und angesichts des großen Arbeitspensums, das bevorsteht – ich erinnere an die Gemeindeordnung, an die noch fehlenden zwei Gesetze des Familienpakets und an andere anstehende Gesetzentwürfe – werden diese Termine am 11. und 12. Juni nachgeholt. Der übrige Terminkalender bleibt aufrecht. Also die nächste Sitzung des Regionalrates ist am 19., 20. und 21. Mai und der übernächste Termin dann am 11. und 12. Juni. Dann wiederum am 16., 17. und 18. Juni usw. Neu ist nur, daß die Termine vom 21. und 22. April abgesagt werden und daß sie am 11. und 12. Juni nachgeholt werden.

Zweitens: angesichts des großen Arbeitspensums hat das Fraktionssprecherkollegium ebenfalls beschlossen, in allen vorgesehenen Terminen mögliche Nachtsitzungen vorzusehen. Ich möchte jetzt nicht behaupten, daß immer Nachtsitzung ist, aber wir haben für alle vorgesehenen Termine mögliche Nachtsitzungen beschlossen. Dann werden wir von Fall und Fall, je nach dem Arbeitspensum und Notwendigkeit diese Nachtsitzungen auch abhalten müssen. Soweit zum Terminkalender.

Die heutigen Arbeiten werden folgendermaßen fortgesetzt: Man hat sich aufgrund der Tagesordnung darauf geeinigt, den Punkt Nr. 7, Gesetzentwurf Nr. 63, vorzuverlegen. Es geht hier um die rechtliche Stellung und die Besoldung der Gemeindebediensteten und der Gemeindesekretäre. Sie wissen, daß die Vertreter der Gemeinden vor einigen Wochen hier vorgesprochen haben und damals alle politischen Kräfte die Verpflichtung eingegangen sind, dieses Gesetz mit Vorrang zu behandeln und diesem Wunsch würde man damit nachkommen. Wenn ich keine Widersprüche sehe, dann brauche ich auch nicht abstimmen zu lassen. Wenn Widersprüche sind, dann würde ich um Vorverlegung dieses Punktes abstimmen lassen. Ich sehe keine Widersprüche.

PRESIDENTE: Un attimo di attenzione per cortesia. Vorrei comunicare alcune date e dare

alcuni ragguagli sul successivo ordine dei lavori. Originariamente erano state previste due sedute la prossima settimana, martedì e mercoledì. Su richiesta dei rappresentanti del Trentino, in particolare, questa mattina il collegio dei capigruppo ha deciso di spostare queste date. Quindi martedì e mercoledì prossimo, il 21 e il 22 aprile non ci sarà seduta. Per questa ragione e in considerazione della considerevole mole di lavoro che ci attende – ricordo l'ordinamento dei comuni, i due disegni di legge mancanti del pacchetto famiglia e altri disegni di legge pendenti – queste sedute verranno recuperate l'11 e il 12 giugno. Per il resto il calendario dei lavori rimane inalterato. Quindi le prossime sedute di Consiglio si terranno il 19, 20 e 21 maggio. Quelle successive a queste date l'11 e il 12 giugno. Poi il 16, 17 e 18 luglio e via dicendo. Di nuovo c'è soltanto che le sedute del 21 e 22 aprile sono state cancellate e verranno recuperate l'11 e il 12 giugno.

Secondo: in considerazione della notevole mole di lavoro, il Collegio dei capigruppo ha deciso di prevedere eventuali sedute notturne in tutti i giorni stabiliti. Con questo non voglio dire che ci saranno sempre sedute notturne, ma abbiamo deciso di prevederle come eventualità. Vedremo poi di volta in volta a seconda della mole di lavoro e della necessità, se dobbiamo tenere queste sedute notturne o meno. E questo per quanto concerne il calendario dei lavori.

I lavori odierni proseguiranno come segue: sulla base dell'ordine del giorno è stato concordato di anticipare il punto n. 7, il disegno di legge n. 63 sullo stato giuridico ed il trattamento economico dei dipendenti dei comuni e dei segretari comunali. Sapete che alcune settimane fa i rappresentanti dei Comuni sono venuti qui in Consiglio e tutte le forze politiche si sono impegnate a dare la precedenza a questa legge. Di conseguenza noi in tal modo esaudiremmo questo desiderio. Se non ci sono obiezioni non c'è bisogno di procedere alla votazione. Se ci sono obiezioni allora porrò in votazione l'anticipazione di questo punto all'ordine del giorno. Non vedo nessuna obiezione.

PRÄSIDENT: Dann kommen wir also zum Punkt Nr. 7 der Tagesordnung: Gesetzentwurf Nr. 63: Neue Bestimmungen über die rechtliche Stellung und die Besoldung der Gemeindebediensteten und der Gemeindesekretäre (eingebracht vom Regionalausschuss).

Ich bitte den Assessor Romano in Vertretung der Regionalregierung den Bericht zu verlesen.

...Ist in Ordnung. Wenn keine Widersprüche sind, dann gilt der Bericht als verlesen.

Dann bitte ich um Verlesung des Berichtes der Gesetzgebungskommission.

...Wenn keine Widersprüche sind, dann ist auch der als verlesen zu betrachten. Aber es geht jetzt um die Gesetzgebungskommission...

Es sind Einsprüche da, so bitte ich den Präsidenten der 2. Gesetzgebungskommission, den Abg. Negherbon, um die Verlesung des Berichtes der Kommission.

PRESIDENTE: Passiamo quindi al Punto 7 dell'ordine del giorno: disegno di legge n. 63: "Nuove norme sullo stato giuridico e il trattamento economico dei dipendenti dei Comuni e dei segretari comunali" (presentato dalla Giunta regionale).

Prego l'Assessore Romano, a nome della Giunta, di dare lettura della relazione accompagnatoria.

...D'accordo. Se non ci sono obiezioni la relazione viene data per letta.

Prego dare lettura della relazione della Commissione legislativa.

Se non ci sono obiezioni, anche questa viene data per letta. Ma si tratta della

Commissione legislativa....

Ci sono obiezioni. A questo punto prego il Presidente della seconda Commissione legislativa, il cons. Negherbon, di dare lettura della relazione della Commissione.

NEGHERBON:

Relazione

La II[^] Commissione legislativa ha esaminato in diverse sedute il disegno di legge n. 63, concernente nuove norme sullo stato giuridico ed il trattamento economico dei dipendenti dei comuni e dei segretari comunali.

L'esame del disegno di legge ha incontrato posizioni assai diversificate da parte di alcuni commissari, in particolare il cons. Benedikter ha criticato il provvedimento, in quanto disattende gran parte dei principi contenuti nella legislazione di riforma nazionale, tanto è vero che ai Comuni non si riconosce l'autonomia ampliata come introdotto dalla summenzionata normativa e soprattutto risulta disatteso il principio della partecipazione del cittadino alla vita pubblica, tesa a garantire una maggiore trasparenza dei servizi.

In merito alla figura del segretario comunale, il cons. Benedikter ha fatto notare che ai sensi del nuovo Statuto di autonomia questi sono considerati dipendenti comunali, mentre con il presente provvedimento non vengono assoggettati ai principi generali del rimanente personale dipendente, essendo previste specifiche normative. Ha rilevato inoltre che le funzioni del segretario comunale godono di una certa autonomia e risultano disciplinate dalla legge, per cui al sindaco non è data alcuna facoltà di affidare al segretario comunale incarichi non contemplati dalla rispettiva legislazione.

Il cons. Benedikter ha presentato, nel corso della discussione articolata precisi emendamenti, inerenti anche ad altre tematiche, che la Commissione ha opportunamente valutato.

Sin dall'esame dell'art. 2 i cons. Alber, Kaserer e Pahl hanno presentato un emendamento sostanziale, atto a porre, a loro avviso, le condizioni per applicare i criteri vigenti nelle rispettive Province anche nella determinazione delle qualifiche funzionali dei dipendenti dei Comuni e tanto per facilitare l'omogeneizzazione dei rispettivi trattamenti giuridici ed economici.

Il cons. Benedikter ha osservato che tale dizione è troppo generica e che nella legge vanno comunque inseriti i principi di riferimento e menzionata la rispettiva legislazione provinciale.

Il rappresentante della Giunta si è espresso nettamente contrario a tale proposta di modifica, ma ciò nonostante la Commissione a maggioranza, con i voti contrari dei cons. Benedikter, Leita, Morelli e Negherbon ha approvato l'emendamento.

Anche all'art. 3 i rappresentanti del SVP hanno presentato un ampio emendamento, sul quale si è aperto un approfondito confronto con l'assessore competente.

Dopo lunga discussione e, constatata l'impossibilità di giungere ad un accordo, su proposta dell'assessore Romano l'esame dell'art. 3 è stato sospeso al fine di ricercare una soluzione e la stessa sorte è toccata pure agli artt. 7 e 9, i quali sono stati esaminati nell'ultima seduta.

Per quanto riguarda l'art. 3 il rappresentante della Giunta regionale ha proposto un emendamento rispecchiante il contenuto della proposta di modifica dei rappresentanti del SVP; ciò ha determinato il ritiro dell'emendamento da parte dei cons. Alber, Kaserer e Pahl.

Pure per l'art. 7 è stata trovata una soluzione, diversa dalla proposta dei cons. Kaserer, Pahl e Alber, che intendevano introdurre nella normativa per la dirigenza comunale la stessa disciplina prevista per la dirigenza della Provincia autonoma di Bolzano. A proposito di tale articolo il cons. Benedikter osservava che tale materia è riservata agli statuti comunali e l'assessore Romano, accogliendo in sostanza tale osservazione, ha presentato un emendamento abrogativo, accolto dalla Commissione.

Nel corso dell'esame dell'art. 9 invece la Commissione non è riuscita a trovare una soluzione conciliante, dato che i cons. Alber, Kaserer e Pahl con un proprio emendamento intendevano ampliare l'autonomia contrattuale in materia di rapporti di lavoro a tempo parziale, ma insistendo il rappresentante della Giunta sulla necessità di disciplinare ad ampie linee con legge tale rapporto, il cons. Kaserer, a nome dei presentatori dell'emendamento, lo ha ritirato, riservandosi comunque di riaprire tale confronto in aula.

Anche l'art. 20 ha formato oggetto di una vivace discussione. Infatti i rappresentanti del SVP con un proprio emendamento proponevano l'abolizione della riserva dei posti per candidati interni, dovendo questi semmai risultare vincitori di pubblici concorsi, ammessi sulla base di requisiti inerenti il servizio prestato.

Il cons. Tribus ha ritenuto delicata la questione ed ha invitato la Commissione a non introdurre procedure diversificate nelle due Province e ritenendo che l'accesso al pubblico impiego debba avvenire per mezzo di un meccanismo equo, si è espresso per una limitazione dei concorsi interni, mentre il cons. Benedikter ha osservato che alla luce della legge quadro nazionale la disciplina per l'accesso al rapporto di pubblico impiego e le garanzie del personale vengono riservate alla legge, pertanto un'eventuale riserva dei posti a favore dei dipendenti in servizio deve essere ben definita in percentuale nel contesto dell'articolo in esame.

Infine la Commissione con il voto contrario dei cons. Negherbon, Duca, Leita e Morelli ha approvato l'emendamento, nonostante l'assessore abbia reso noto alla Commissione che i sindacati di categoria si erano dichiarati contrari all'annullamento di qualsiasi riserva di posti.

L'ultimo scoglio è stato superato nel corso dell'esame degli artt. 28, 29, 30, 32, 33 e 34, che i cons. Alber, Kaserer e Pahl intendevano abrogare in quanto, a loro avviso, le materie ivi trattate costituiscono riserva di contrattazione sindacale. Il cons. Benedikter ha osservato che ciò riguarda parzialmente la contrattazione e quindi, dimostrandosi sorpreso che simili articoli abbiano potuto formare oggetto di così vivace discussione, il cons. Alber con rammarico ha ritirato gli emendamenti soppressivi, facendo presente che era sua intenzione semplificare il provvedimento, sopprimendo articoli le cui materie risultano già disciplinate da altre leggi.

Infine l'ultimo articolo su cui la Commissione si è assai soffermata riguarda l'uso delle lingue materna e non materna in sede concorsuale. I rappresentanti del SVP hanno fatto notare che in provincia di Bolzano le prove d'esame devono essere sostenute nella lingua materna dichiarata al censimento, ma, essendo stato fatto presente che le rispettive norme di attuazione dello Statuto di autonomia non prevedono tale imposizione, la Commissione ha approvato l'articolo

nella stesura presentata dalla Giunta, con riserva di approfondimento, onde evitare che con legge regionale si introducano normative contrastanti con la rispettiva legislazione della Provincia di Bolzano.

La Commissione ha emendato inoltre altri articoli, che non hanno formato oggetto di discussioni particolari o di rilevanti confronti. Nel suo complesso il disegno di legge n. 63 è stato approvato a maggioranza con le astensioni dei cons. Kaserer, Tribus, Montali, e Meraner ed il voto contrario del cons. Benedikter, che ha annunciato una relazione di minoranza.

Si rimette pertanto il disegno di legge n. 63 all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)
(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

PRESIDENTE: Al disegno di legge n. 63 è stata presentata una relazione di minoranza da parte del cons. Benedikter.

Chiedo scusa, la parola al cons. Kaserer.

KASERER: Zum Bericht möchte ich etwas sagen: Im deutschen Text auf Seite vier steht: "Der letzte Artikel, den die Kommission eingehend beraten hat, betraf den Gebrauch der Muttersprache und der von der Muttersprache verschiedenen Sprache beim Wettbewerb. Die Vertreter der SVP wiesen darauf hin, daß in der Provinz Bozen die Prüfungen in der Sprache, die bei der Volkszählung angegeben wurde, abgehalten werden müssen." Das war ein Vorschlag, aber nicht die Bemerkung, daß es in Südtirol so geschieht. Deshalb muß der Bericht in dem Sinne geändert werden.

(Vorrei dire qualcosa sulla relazione e precisamente in merito alla pag. 4, dove si dice: "Infine, l'ultimo articolo su cui la Commissione si è assai soffermata riguarda l'uso delle lingue materna e non materna in sede concorsuale. I rappresentanti del SVP hanno fatto notare che in Provincia di Bolzano le prove d'esame devono essere sostenute nella lingua materna dichiarata al censimento." Si è trattato di una proposta, non di un'osservazione sul fatto che in Provincia di Bolzano le cose stanno così. Pertanto la relazione va modificata in questo senso.)

PRESIDENTE: La Presidenza si impegna di rettificare la relazione con le osservazioni che sono state rivolte ora dal collega Kaserer.

La parola al cons. Benedikter per la relazione di minoranza.

BENEDIKTER: Der gesamte Gesetzentwurf läßt die Grundprinzipien über die Ordnung der Lokalautonomien, das Staatsgesetz Nr. 142 v. 8. Juni 1990, insbesondere die Artikel 4 (Gemeindefestsetzungen) und 51 (Aufbau der Ämter und des Personals) außer acht.

Artikel 65 des Statuts legt als Verfassungsgesetz fest, daß die Personaldienstordnung der Gemeinden von den Gemeinden selbst erstellt wird. Dabei sind die allgemeinen Grundsätze, die mit Regionalgesetz verfügt werden, zu beachten. Der Artikel befreit jedoch nicht vom Einbezug jener effektiven Grundprinzipien der Gemeindeordnung, die mit dem Gesetz über die Realisierung der Gemeindeautonomie festgelegt worden sind. Dies umso mehr, als die Zuständigkeit der Region konkurrierender Art ist, d.h. daß die Region selbst an die mit Staatsgesetz vorgeschriebenen Grundsätze gebunden ist. Unter den Grundsätzen, die mit Staatsgesetz eigens für die Region Trentino-Südtirol vorgesehen worden sind, ist der Titel

VI des Gesetzes Nr. 118 v. 11. März 1972 zu nennen: "Vorkehrungen für die Bevölkerung von Südtirol". Dies ist eine der Maßnahmen des sogenannten "Paketes" und betrifft den Einbezug der Gemeindegemeindefunktionäre in die Stellenplanordnung der Gemeinden. Mit Artikel 21 wird festgelegt, daß "in der Region Trentino-Südtirol die Gemeindegemeindefunktionäre Bedienstete der Gemeinde sind und vom Gemeinderat ernannt werden". Mit Artikel 23 dieses Gesetzes wird verfügt, daß die Klassifizierung der Gemeinden für die Ernennung der Gemeindegemeindefunktionäre, die Festlegung der Voraussetzungen, die Aufnahme und den Aufstieg in der Laufbahn einem Regionalgesetz vorbehalten werden. Damit soll ermöglicht werden, daß die Gemeindegemeindefunktionäre - wie die Bestimmungen des genannten Staatsgesetzes 118/1972 vorschreiben - von der Region in andere Provinzen überwechseln können und umgekehrt. Für alles andere gelten die Bestimmungen, die als Grundsätze im Gesetz zur Realisierung der Gemeindeautonomie vorgeschrieben werden, laut dem die Gemeindegemeindefunktionäre selbstverständlich wie Amtsdirigenten behandelt werden.

Absatz 8 von Artikel 51 des Staatsgesetzes 142 legt den Grundsatz fest, daß der Rechtsstatus und die Besoldung der Bediensteten der Lokalkörperschaften mit Kollektivverträgen geregelt wird, welche mit D.P.R. zur Durchführung gelangen. Dabei wird jedoch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Nr. 219/1984 ignoriert. Es kann angenommen werden, daß die Zuständigkeit der Provinzen und der Region für die Bediensteten der Provinzen bzw. der Gemeinden - Zuständigkeit, die von Verfassungsgerichtshof bei Punkt 10 des Teiles "Rechtslage" des genannten Erkenntnisses verankert worden ist - formell mit Artikel 1 Absatz 2 des Staatsgesetzes 142 zugesichert wird. Ich komme nun zu den Artikeln:

Im Artikel 2 fehlen die Punkte 8 und 9, die mit Artikel 2 des Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst Nr. 93 v. 29. März 1983 einer gesetzlichen Regelung vorbehalten werden. Sie betreffen die Höchststundenzahl der Überstunden und die Rechte der Bürger gegenüber den öffentlichen Bediensteten sowie das Recht der erstgenannten auf Einsichtnahme in die Akte und die Beteiligung an der Erstellung derselben.

Im Artikel 3 Absatz 4 ist die Beifügung: "der autonomen Provinzen Trient und Bozen" verfassungswidrig, da die Region auch nicht mit der Zustimmung der Mehrheit der Regionalratsabgeordnete, die auch Abgeordnete der Landtage sind, Verfügungsgewalt über die Bediensteten der Provinzen hat. Diese fällt ausschließlich unter die Gesetzgebungszuständigkeit der Provinzen selbst.

Laut Artikel 3 Absatz 6 wird die Überprüfung "der wirtschaftlich-finanziellen Vereinbarkeit der Abkommen" aufgrund der Zuständigkeit der Provinzen auf dem Gebiet der Lokal Finanzen gemäß Artikel 80 und 81 Absatz 2 des Statutes von den Landesausschüssen vorgenommen, "wobei die Verfügbarkeit der dafür bestimmten finanziellen Mittel in Betracht gezogen wird": Diese Verantwortung kann jedoch nicht mit einer "Abordnung der Vertragsparteien" (Gemeinde und Gewerkschaften) geteilt werden; der Grundsatz wird auch für die Gemeindebediensteten im Artikel 8 deutlich hervorgehoben, und zwar im Zusammenhang mit den Artikeln 6 und 15 des Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst.

Im Artikel 9 ist die Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Teilzeitbeschäftigung mit dem im Artikel 4 Absatz 2 und Artikel 51 Absatz 1 und 8 enthaltenen Grundsatz unvereinbar, da im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Grundsätze die Grundbestimmungen über die Organisation der Körperschaft und insbesondere die Festlegung und Größe des gesamten Stellenplanes von der Gemeindegemeindefunktionärsatzung vorgesehen werden.

Im Artikel 24 Absatz 3 und 4 widerspricht die Zusammensetzung der Disziplinarkommission der in Artikel 51 Absatz 10 des Gesetzes Nr. 142 enthaltenen Grundsatzbestimmung: Statt drei Mitglieder werden fünf vorgesehen, von denen drei der Landes- oder Regionalverwaltung angehören und zwei das Personal vertreten.

Bei Artikel 30: Gemäß Artikel 3 des Rahmengesetzes über den öffentlichen

Dienst ist die Überstundenarbeit durch gewerkschaftliche Abkommen zu regeln.

Artikel 32 sieht den bezahlten Sonderurlaub vor; dieser muß jedoch gemäß Artikel 3 Ziffer 1 des Rahmengesetzes durch gewerkschaftliche Abkommen geregelt werden.

Artikel 37 betrifft die Auswirkungen des Ausscheidens aus dem Dienst: Die Grundsätze für die Einschränkung der Satzungsbefugnis und Verordnungsgewalt der Gemeinde sind gemäß Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 51 Absatz 8 des Gesetzes 142 gesetzlich festzulegen, also nicht mit der Durchführungsverordnung zum Regionalgesetz. Im Artikel 42 wird die Gemeindegatzung absichtlich nicht genannt. Aus dem Gesetz 142 werden beinahe wortwörtlich die Absätze 2,3,4,5,6 und 9 des Artikels 5 übernommen, aber anstatt von der Satzung zu sprechen, auf die sich die Absätze 2,3,5 und 6 des genannten Gesetzes beziehen, spricht man im Absatz 1 von Gesetzentwurf und Verordnung bzw. bei Absatz 2, 4 und 5 von Verordnung, wobei die Wörter "Gesetz" und "Verordnung" sich natürlich auf das Regionalgesetz und auf die betreffende Durchführungsverordnung beziehen. Der neue Absatz 6 des Gesetzentwurfes übernimmt den Inhalt von Absatz 5 und bezieht sich auf Dienste und Ämter anstatt auf Funktionsbereiche; dies ist eine Wiederholung, obwohl diesmal auf die Satzung, wie Absatz 6 des Gesetzes 142 vorschreibt, Bezug genommen wird.

Artikel 42 Absatz 7 des Gesetzentwurfes übernimmt Absatz 9 des Artikels 51 des Staatsgesetzes 142, wobei die Bestimmungen dieses Absatzes nur auf die Amtsdirigenten beschränkt sind. Im Staatsgesetz 142 hingegen gilt dieser Absatz 9 für alle Gemeindebediensteten deshalb, weil er auf Absatz 8, der auf alle Bediensteten der örtlichen Körperschaften Bezug nimmt, folgt. Was Titel II über den Gemeindegsekretär anbelangt, ist im Hinblick auf die am Anfang dieses Berichtes angestellten Überlegungen Artikel 65 (ex Artikel 56) entsprechend Artikel 51 des Reformgesetzes anzuwenden. Dies, um den neuen Grundprinzipien dieses Artikels 51 des Staatsgesetzes 142 Rechnung zu tragen und um den Bestimmungen der Artikel 21 und 23 des Staatsgesetzes 118/1972 gerecht zu werden. Aus diesen Gründen muß die Bestimmung des Artikels 23 des Staatsgesetzes 118, wenn von "Voraussetzungen für die Zulassung und Fortsetzung der Laufbahn" die Rede ist, wortwörtlich interpretiert werden, wobei der Gemeindegsekretär nicht von einem Staatsbeamten in einen Beamten der Region umgewandelt werden darf und den Gemeinden gemäß Reformgesetz die größtmögliche Unabhängigkeit gewährt werden soll. Von den 26 Artikeln des Gesetzentwurfes, die sich mit dem Gemeindegsekretär und Vizegemeindegsekretär befassen, müssen all jene, die über den Grundsatz "Voraussetzungen für die Zulassung und Fortsetzung der Laufbahn" hinausgehen, gestrichen werden. Dasselbe gilt für jene Artikel, die die allgemeinen Grundsätze, wie sie im Artikel 65 des Autonomiestatutes verankert sind, der beinahe das Staatsgesetz 142 vorwegnimmt, überschreiten.

Deswegen vertrete ich die Ansicht, daß die Bestimmungen des Artikels 43 Absatz 2, der Artikel 44, 45 – im Hinblick auf Artikel 51 Absatz 9 des Staatsgesetzes 142 – sowie die Artikel 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58, 60, 61, 63, 64, 65, 66 und 67 die Autonomie der Gemeinde verletzen.

Zum Artikel 72 betreffend "Durchführungsverordnung": Gemäß Artikel 65 des Autonomiestatutes und aufgrund der Artikel 1 und 51 des Reformgesetzes ist die Ordnung des Gemeindepersonals – mit Ausnahme der Fälle, die ausdrücklich durch Gesetz geregelt werden müssen – der Satzung und der Gemeindeverordnung vorbehalten, wobei die allgemeinen Grundsätze, die mit Gesetz festgelegt werden können, zu beachten sind. Aus diesem Grund kann das Gesetz nicht auf die eigene Durchführungsverordnung verweisen.

Il disegno di legge nel suo complesso non rispetta i principi dell'ordinamento delle autonomie locali 8 giugno 1990, n. 142 ed in particolare quanto stabilito negli articoli 4

(Statuti comunali) e 51 (Organizzazione degli uffici e del personale).

L'articolo 65 dello Statuto-legge costituzionale nello stabilire che l'ordinamento del personale dei Comuni è regolato dai Comuni stessi, salva l'osservanza dei principi generali che potranno essere stabiliti con legge regionale, non esime dall'osservanza dei principi dell'ordinamento dei Comuni in quanto effettivamente tali stabiliti dalle legge di attuazione dell'autonomia comunale, tanto più che la competenza regionale è di carattere concorrente, cioè essa stessa vincolata ai principi stabiliti dalle leggi statali. Tra i principi stabiliti dalla legge statale ad hoc per la regione Trentino-Alto Adige c'è il Titolo VI della legge 11 marzo 1972, n. 118 "Provvedimenti a favore delle popolazioni altoatesine" una delle misure del cosiddetto "Pacchetto" concernente il passaggio dei segretari comunali alle dipendenze organiche dei Comuni con l'articolo 21 "Nella regione Trentino-Alto Adige i segretari comunali sono dipendenti dei Comuni e vengono nominati dal Consiglio comunale". Con l'articolo 23 della stessa legge viene riservata alla legge regionale la classificazione dei Comuni ai fini della nomina del segretario comunale e i requisiti di ammissione e di prosecuzione di carriera degli stessi anche per rendere possibile il passaggio di segretari comunali dalla Regione ad altre Province e viceversa, fermo restando quanto stabilito nella citata legge 118 del 1972, per il resto deve valere quanto stabilito come principio nella legge di attuazione dell'autonomia comunale, trattando ovviamente i segretari comunali come dirigenti.

Il comma 8 dell'articolo 51 della legge 142 ribadisce il principio che lo stato giuridico ed il trattamento economico dei dipendenti degli enti locali è disciplinato da contratti collettivi resi esecutivi con Decreto del Presidente della Repubblica, ignorando la sentenza della Corte costituzionale n. 219 del 1984, tuttavia è da presumere che la salvezza della competenza provinciale e regionale in ordine al personale delle Province, rispettivamente dei Comuni, sancita dalla Corte al punto 10 della parte "in diritto" della sentenza citata, sia formalmente assicurata dall'articolo 1, comma 2, della legge 142.

Vengo agli articoli!

All'articolo 2 mancano i punti 8 e 9 dei temi riservati alla disciplina di legge dall'articolo 2 della legge-quadro sul pubblico impiego n. 93 del 29 marzo 1983, concernenti la durata massima del lavoro straordinario e l'esercizio dei diritti dei cittadini nei confronti dei pubblici dipendenti ed il loro diritto di accesso e di partecipazione alla formazione degli atti.

All'articolo 3, comma 4, l'inciso "dalle Province autonome di Trento e di Bolzano" è incostituzionale, non potendo la Regione disporre comunque neanche con il consenso della maggioranza dei Consiglieri che sono anche Consiglieri provinciali, del personale delle Province, riservato alla competenza legislativa esclusiva delle Province stesse.

All'articolo 3, comma 6, la verifica "delle compatibilità economico-finanziarie degli accordi in riferimento alle disponibilità finanziarie a ciò destinate" spetta alle Giunte provinciali in base alla competenza provinciale in materia di finanza locale di cui agli articoli 80 e 81, comma 2, dello Statuto: questa responsabilità non può essere condivisa con la delegazione delle parti contraenti (Comuni e sindacati), il relativo principio è chiaramente enunciato anche per i dipendenti comunali dall'articolo 8 in connessione con gli articoli 6 e 15 della legge-quadro sul pubblico impiego.

All'articolo 9, la disciplina dettagliata dei rapporti di lavoro a tempo parziale non è compatibile con il principio espresso negli articoli 4, comma 2, e 51, commi 1 e 8, nel senso che nell'ambito dei principi fissati dalla legge lo Statuto del Comune stabilisce le norme fondamentali per l'organizzazione dell'ente ed in particolare la determinazione e la consistenza dei ruoli organici complessivi.

All'articolo 24, commi 3 e 4, la composizione della commissione di disciplina non corrisponde alla norma di principio del comma 10 dell'articolo 51 della legge 142: invece di

tre sarebbero cinque di cui tre appartenenti al personale anche provinciale o regionale o rappresentanti del personale.

All'articolo 30, ai sensi dell'articolo 3 della legge-quadro sul pubblico impiego, la disciplina del lavoro straordinario è riservata agli accordi sindacali.

All'articolo 32 concernente il congedo straordinario retribuito: la disciplina ai sensi dell'articolo 3, cifra 1 della legge-quadro è riservata agli accordi sindacali.

All'articolo 37 concernente gli effetti della cessazione del servizio: i principi idonei a vincolare l'autonomia normativa del Comune (Statuto e regolamenti) devono comunque essere stabiliti dalle legge ai sensi dell'articolo 2, comma 1, e 51, comma 8, della legge 142 e non nel regolamento di esecuzione della legge regionale.

L'articolo 42 ignora intenzionalmente l'esistenza dello Statuto dei Comuni. Vengono riprodotti quali letteralmente i commi 2, 3, 4, 5, 6 e 9 dell'articolo 5 della legge 142, ma al posto dello Statuto cui fanno riferimento i commi 2, 3, 5 e 6 di tale legge si parla nel comma 1 del disegno di legge e regolamento rispettivamente nei commi 2, 4 e 5 di regolamento, laddove la locuzione legge e regolamento ovviamente intende legge regionale e relativo regolamento. Il nuovo comma 6 del disegno ripete il comma 5 facendo riferimento a servizi ed uffici al posto delle aree funzionali il che è un doppione, ma questa volta si riferisce allo Statuto come scritto nel comma 6 della legge 142.

Il comma 7 dell'articolo 42 del disegno di legge ripete il comma 9 della legge 142, restringendone la portata ai dirigenti, mentre nella legge 142, essendo collocato dopo il comma 8 che tratta di tutti i dipendenti degli enti locali, il relativo comma vale alla stessa stregua per tutti i dipendenti.

In ordine al Titolo II sul segretario comunale: in connessione con quanto esposto in linea di principio all'inizio di questa relazione, di fronte ai nuovi principi stabiliti nell'articolo 51 della legge 142 e fermo restando quanto disposto negli articoli 21 e 23 della legge 118 del 1972 l'articolo 65 (ex 56) deve essere applicato alla stregua dell'articolo 51 della legge di riforma, ragione per cui la stessa disposizione dell'articolo 23 della legge 118 deve essere interpretata letteralmente cioè "requisiti di ammissione e prosecuzione di carriera" e non trasformando il segretario comunale da funzionario statale a funzionario regionale, lasciando il maggiore spazio possibile ai sensi della legge di riforma all'autonomia comunale. Dei 26 articoli del disegno di legge dedicati al segretario e vicesegretario comunale vanno stralciati tutti quelli che esorbitano dal concetto di requisiti di ammissione e prosecuzione di carriera, nonché di principi generali come dice quasi anticipando la 142 l'articolo 65 dello Statuto.

In tale senso ritengo che siano lesivi dell'autonomia comunale i disposti dettagliati degli articoli 43, comma 2, 44, 45 in connessione con il comma 9 dell'articolo 51 della legge 142, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 58, 60, 61, 63, 64, 65, 66 e 67.

All'articolo 72 "Regolamento di esecuzione": in base all'articolo 65 dello Statuto ed agli articoli 1 e 51 della legge di riforma, l'ordinamento del personale dei Comuni, salvi i casi espressamente riservati alla legge, spetta allo Statuto ed al regolamento del Comune, salva l'osservanza dei principi generali che possono essere stabiliti dalla legge, la quale perciò non può a sua volta rinviare al proprio regolamento di esecuzione.

PRESIDENTE: Siamo in discussione generale al disegno di legge. Qualcuno intende intervenire? Nessuno.

La parola all'assessore Romano.

ROMANO: Intervengo brevemente per chiarire un paio di concetti, perché mi sembrano importanti. Prima di tutto questo disegno di legge, come vedete, si compone di 74 articoli, per la

verità non è che ci siano 74 articoli nuovi o 74 articoli che reggono delle disposizioni innovative. Il trattamento economico e giuridico del personale dei Comuni è già regolato da un testo unico che è la somma di varie leggi che sono state via via approvate dal Consiglio regionale. Davanti ad alcune novità, davanti al quadro normativo che a livello nazionale era venuto evolvendosi, abbiamo pensato anche noi di predisporre una legge che tenesse conto delle novità, ma che riportasse in parte quella che è la normativa attuale. Questo lo voglio chiarire proprio perché questa legge sostituirà il testo unico sull'ordinamento giuridico e trattamento economico del personale. Questa era la prima cosa che volevo chiarire.

La seconda cosa, che mi sembra abbastanza importante e qualificante, è che per predisporre questo disegno di legge ci siamo avvalsi di un comitato di studio, nel quale oltre a studiosi erano presenti anche i rappresentanti dell'ANCI, dell'UNCEM, del Consorzio dei Comuni, dei sindacati confederali ed autonomi sia della Provincia di Trento che di Bolzano, è stato un lavoro unitario che si è protratto per oltre un anno e che ha trovato alla fine nella stesura di questo disegno di legge, così emendato in parte dalla Commissione, alcune cose ci hanno visto tranquillamente come Giunta d'accordo, quindi è il risultato di un lavoro comune. Questo volevo sottolinearlo all'aula, proprio perché dovrebbe essere, visto che le parti e le controparti, in quanto questo disegno di legge non costerà nulla alla Regione, ma è un disegno di legge molto importante e molto atteso dal personale dei Comuni; avete visto qualche tempo fa i risentimenti anche giustificati perché determinate normative, prendiamo quelle sulla buona uscita, il part-time o altre cose molto importanti come quella della mobilità, non potevano più attendere, dal momento che questo disegno di legge era dal 17 aprile 1991 all'attenzione della Commissione legislativa del Consiglio regionale.

Mi riservo eventualmente di fornire le spiegazioni sui vari articoli, ma mi premeva sottolineare le due cose: che questa legge costituisce un unicum che verrà a sostituire quella precedente e che per il lavoro svolto sono stati coinvolti Comuni e sindacati. Grazie.

PRESIDENTE: Altri intendono prendere la parola?

La parola al cons. Kaserer.

KASERER: Ich werde sehr kurz sein. Der Gesetzentwurf ist sehr umfangreich und betrifft das Gemeindepersonal. Ziel dieses Gesetzentwurfes war – vor allem auch die Abänderungen in der Kommission –, zu einer Gleichschaltung der Rechte und Pflichten der Angestellten der Region, des Landes bzw. der Gemeinde zu kommen. Einiges ist in der Kommission geschehen und anderes ist inzwischen noch angepaßt worden.

Ich möchte nur etwas bemerken: In der Vorlage des Gesetzes war dem Begleitbericht ein Inhaltsverzeichnis vorangestellt, und jetzt ist im Gesetz kein Inhaltsverzeichnis mehr. Das finde ich bei einem Gesetzentwurf dieses Umfangs einfach schlecht. Ich ersuche also daß das Inhaltsverzeichnis wieder vorangestellt wird, damit diejenigen – und es sind sehr viele, die mit diesem Gesetz zu tun haben – sofort finden, was dieses oder jenes Problem betrifft und auf diese Weise die Handhabung dieses Gesetzes, auch das abgedroschene Schlagwort, auch im Sinne von mehr Bürgernähe, erleichtert wird. Das stelle ich als Forderung. Es gibt eigentlich schon einen Beschluß des Regionalrates, der dies vorsieht, aber hier ist es nicht vorhanden und das muß einfach sein, denn sonst findet man nichts.

(Sarò molto breve. Questo disegno di legge concernente i dipendenti comunali è molto vasto ed il suo obiettivo è quello di giungere ad una equiparazione delle posizioni giuridica ed economica dei dipendenti regionali, provinciali nonché comunali. Alcune modifiche sono state apportate in sede referente, ed altre sono state proposte.

Desidero tuttavia ricordare che nella prima stesura del disegno di legge, dopo la relazione accompagnatoria della Commissione vi era anche un indice, che in seguito è stato stralciato, cosa che mi sembra negativa, dato che la legge comprende numerosi articoli. Invito quindi a provvedere all'inserimento dell'indice all'inizio del provvedimento legislativo, e questo prima che la legge venga pubblicata nel Bollettino Ufficiale, affinché le persone che la consulteranno, e saranno molte, la sua consultazione sia quindi facilitata, ed usando un termine molto usato, sia più vicino ai cittadini.

Sappiamo che il Consiglio regionale ha adottato una delibera concernente l'inserimento degli indici, ma essendo stato stralciato in questo provvedimento, chiedo formalmente che l'indice venga reinserito, altrimenti la consultazione del disegno di legge non sarà facile).

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sul disegno di legge? Se nessuno intende intervenire pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata.

MONTALI: Chiedo la verifica del numero legale.

PRESIDENTE: Dobbiamo procedere per votazione per appello nominale.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Siamo in votazione. I consiglieri sono pregati di prendere posto.
Prego procedere alla votazione per appello nominale.
Iniziamo con il nominativo del cons. Andreotti.

MORELLI: Andreotti (sì), Angeli (non presente), Bacca (non presente), Bazzanella (non presente), Berger (non presente), Betta (sì), Boato (astenuto), Casagrande (sì), Chiodi-Winkler (astenuta), Craffonara (non presente), Degaudenz (sì), Duca (non presente), Franceschini (astenuto), Giordani (sì), Grandi (non presente), Jori (non presente), Leita (sì), Leveghi (non presente), Lorenzini (sì), Malossini (non presente), Marzari (non presente), Micheli (non presente), Morandini (sì), Morelli (sì), Negherbon (sì), Nicolini (non presente), Rella (non presente), Ricci (non presente), Romano (sì), Tarolli (sì), Taverna (no), Tonelli (sì), Tononi (non presente), Tretter (sì), Achmüller (non presente), Alber (ja), Bauer (ja), Benedikter (nein), Benussi (sì), Bolognini (non presente), Bolzonello (sì), Brugger (ja), Durnwalder (non presente), von Egen (ja), Feichter (non presente), Ferretti (non presente), Franzelin-Werth (ja), Frasnelli (non presente), Frick (ja), Giacomuzzi (ja), Holzmann (sì), Hosp (ja), Kaserer (ja), Klotz (non presente), Kofler (non presente), Kußtatscher (non presente), Mayr (ja), Meraner (enthaltend), Montali (sì), Oberhauser (ja), Pahl (non presente), Pellegrini (non presente), Peterlini (ja), Saurer (ja), Sfondrini (non presente), Tribus (enthaltend), Valentin (ja), Viola (astenuto), Zendron (astenuta), Andreolli (sì).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione per appello nominale:

Votanti	40
voti favorevoli	33
voti contrari	2
astensioni	5

Il Consiglio approva.

Siamo all'art. 1.

TITOLO I
DISPOSIZIONI GENERALI SULLO STATO GIURIDICO ED ECONOMICO DEL
PERSONALE DEI COMUNI DELLA REGIONE TRENINO-ALTO ADIGE

Articolo 1
(Finalità della legge)

1. La presente legge stabilisce i principi generali sullo stato giuridico ed economico del personale dipendente dai Comuni e loro Consorzi e dei segretari comunali.

2. I Comuni adottano i regolamenti organici del proprio personale nel rispetto dei principi fissati dalla presente legge e dagli accordi sindacali stipulati ai sensi degli articoli 3, 4 e 5.

I. TITEL
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN ÜBER DIE RECHTLICHE STELLUNG UND DIE
BESOLDUNG DES PERSONALS DER GEMEINDEN DER REGION TRENINO-
SÜDTIROL

Art. 1
(Zielsetzung des Gesetzes)

1. Dieses Gesetz legt die allgemeinen Grundsätze über die rechtliche Stellung und die Besoldung des bediensteten Personals der Gemeinden und ihrer Konsortien sowie der Gemeindegemeinschaften fest.

2. Die Gemeinden erlassen die Personalordnungen für das eigene Personal in Beachtung der Grundsätze, die durch dieses Gesetz und durch die im Sinne der Artikel 3, 4 und 5 getroffenen gewerkschaftlichen Abkommen festgelegt worden sind.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 1. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 7 astensioni e tutti gli altri favorevoli l'art. 1 è approvato.

Articolo 2
(Disciplina di legge)

1. Sono regolate in ogni caso con legge, ovvero, sulla base della legge, con atto normativo o amministrativo del Comune competente, secondo quanto previsto dallo Statuto speciale e dall'ordinamento dei Comuni, sentite le organizzazioni sindacali, le seguenti materie:

- a) gli organi, le strutture le modalità di preposizione alle medesime, i principi fondamentali di organizzazione delle strutture e le relative attribuzioni;
- b) i procedimenti di costituzione, modificazione di stato giuridico ed estinzione del rapporto

- di pubblico impiego;
- c) i criteri per la determinazione delle qualifiche funzionali e dei profili professionali in ciascuna di esse compresi;
 - d) i criteri per la formazione professionale, l'aggiornamento ed il perfezionamento;
 - e) le garanzie del personale in ordine all'esercizio delle libertà e dei diritti fondamentali;
 - f) le responsabilità dei dipendenti, comprese quelle disciplinari.

(Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz)

(Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Wir kommen zum Art. 2:

PRESIDENTE: Passiamo all'articolo 2:

Art. 2
(Gesetzesregelung)

1. Auf jeden Fall sind mit Gesetz oder aufgrund des Gesetzes, mit Bestimmungs- oder Verwaltungsakt der zuständigen Gemeinde nach Maßgabe des Sonderstatutes und der Gemeindeordnung, nach Anhören der Gewerkschaftsverbände, die nachfolgenden Sachgebiete geregelt:

- a) die Organe, die Organisationseinheiten, die Einzelheiten zur Leitung derselben, die wesentlichen Grundsätze zur Organisation der Strukturen und die entsprechenden Aufgaben;
- b) die Vorgänge zur Schaffung, zur Änderung einer rechtlichen Stellung und Aufhebung des öffentlichen Dienstverhältnisses;
- c) die Maßstäbe zur Festlegung der Funktionsränge und der in jedem einzelnen Funktionsrang enthaltenen Berufsbilder;
- d) die Maßstäbe zur beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung;
- e) die Absicherungen des Personals hinsichtlich der Ausübung der grundsätzlichen Freiheiten und Rechte;
- f) die Verantwortungen der Bediensteten, einschließlich der disziplinarrechtlichen Haftung.

PRÄSIDENT: Der Abg. Benedikter hat sich zu Wort gemeldet.

PRESIDENTE: Il cons. Benedikter ha chiesto di intervenire.

BENEDIKTER: Ich habe im Minderheitenbericht eben geltend gemacht, daß die Punkte 8 und 9, die mit Art. 2 des staatlichen Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst, Nr. 93 vom 29. März 1983, einer gesetzlichen Regelung vorbehalten werden und die die Höchststundenzahl der Überstunden und die Rechte der Bürger gegenüber den öffentlichen Bediensteten sowie das Recht der erstgenannten auf Einsichtnahme in die Akte und die Beteiligung an der Erstellung derselben beinhalten, nicht enthalten sind in dieser Wiedergabe, die sich ja sonst mit dem Art. 2 des staatlichen Rahmengesetzes deckt. Ich glaube, ich habe schon ein Recht, daß der zuständige Regionalassessor auch dazu Stellung nimmt. Er hat es zwar nicht der Mühe wert erachtet, irgendwie zum Minderheiten überhaupt Stellung zu nehmen, aber ich bringe es eben jetzt Artikel für Artikel vor, in der Annahme, daß ich vielleicht gewürdigt werde, eine Antwort zu erhalten.

(Nella relazione di minoranza ho affermato che all'art 2 mancano i punti 8 e 9, riservati ad una disciplina di legge secondo l'art. 2 della legge quadro sul pubblico impiego del 29 marzo 1983, n. 93, concernenti la durata massima del lavoro straordinario, così come l'esercizio dei diritti dei cittadini nei confronti dei pubblici dipendenti ed il loro diritto di accesso e di partecipazione alla formazione degli atti. Credo di avere il diritto, di sentire quali sono le argomentazioni addotte dall'assessore regionale a proposito. Egli non ha ritenuto valesse la pena prendere la parola sulla mia relazione di minoranza. Ora tuttavia riproporrò, articolo per articolo, le mie argomentazioni, sperando che forse allora si degnerà rispondere ai miei quesiti).

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldung mehr. Dann stimmen wir über den Art. 2 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 6 Enthaltung ist der Art. 2 genehmigt.

PRESIDENTE: Dal momento in cui non ci sono altri oratori iscritti a parlare passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Chi si astiene?

Con 6 astensioni l'art. 2 è approvato.

Art. 3

(Regelung aufgrund gewerkschaftlicher Abkommen)

1. In Beachtung der Grundsätze nach Artikel 97 der Verfassung und der im Artikel 2 vorgesehenen Bestimmungen werden mit den in diesem Gesetz enthaltenen Verfahren und Abkommen auf jeden Fall die nachstehenden Aspekte der Organisation der Arbeit und des Anstellungsverhältnisses geregelt:

- a) die besoldungsrechtliche Behandlung und die zusätzlichen und ergänzenden Besoldungen, einschließlich der Außendienst- und Versetzungsentschädigung;
- b) die Maßstäbe zur Arbeitsorganisation im Rahmen der im Sinne des Artikels 2 Buchstabe a) festgesetzten Regelung;
- c) die Bestimmung der Funktionsränge, der Berufsbilder und der entsprechenden Obliegenheitsbereiche;
- d) die Maßstäbe zur Regelung der Arbeitsbelastung und der anderen Maßnahmen zur Gewährleistung der Leistungsfähigkeit und Wirksamkeit der Tätigkeit der Organisationseinheiten;
- e) die Arbeitszeit, ihre Dauer und Verteilung und die Verfahren zur Einhaltung;
- f) Überstunden, Urlaub, Wartestand und Kurzbeurlaubungen;
- g) die Maßstäbe für die Verwirklichung der Einrichtungen betreffend die berufliche Ausbildung, Fortbildung und Weiterbildung;
- h) die Verfahren betreffend die Verwirklichung der Sicherstellungen des Personals und der gewerkschaftlichen Freiheiten in den durch die Staatsgesetze festgesetzten Grenzen;
- i) die Maßstäbe zur Verwirklichung der Mobilität des Personals.

2. Die gewerkschaftlichen Abkommen nach Absatz 1 werden zwischen den Vertretungsorganisationen der Gemeinden der Provinzen Trient und Bozen und den auf Landesebene am stärksten vertretenen Gewerkschaftsverbänden der Gemeindesekretäre und der Bediensteten der Gemeinden getroffen.

3. Mit nachfolgender Verordnung werden die Verhandlungsverfahren sowie die Zusammensetzung der einzelnen an derselben Verhandlung teilnehmenden Delegationen

festgelegt.

4. Die Gewerkschaftsabkommen gemäß Absatz 1 und 2 müssen zur Homogenisierung der rechtlichen Stellung und Besoldung der Bediensteten der Region, der autonomen Provinzen von Trient und Bozen und der Gemeinden den Abkommen und Abmachungen Rechnung tragen, die mit den auf Landes- und Regionalebene erreichten intersektoriellen Abkommen getroffen wurden. Im besonderen: der Wartestand, die Beurlaubung und Freistellung auch wegen Krankheit und Mutterschaft, der Urlaub, die Besoldung für gleiche oder ähnliche Funktionsränge, die Kriterien für Versetzungen und für die Mobilität des Personals, die Außendienstvergütung und die Vergütungen für Versetzungen, sowie die Kriterien für die eventuelle Gewährung von ergänzenden Sonderzulagen, die mit besonderen Voraussetzungen und Diensterefordernissen verbunden sind.

5. Die Gemeinden sorgen dafür, die Bestimmungen, die sich aus der Regelung oder aus intersektoriellen und sektoriellen Abkommen ergeben, innerhalb von sechzig Tagen ab Erlaß des Dekretes über das intersektorielles Abkommen bzw. ab Überprüfung des sektoriellen Abkommens gemäß Absatz 6 zu übernehmen.

6. Die Überprüfungen des Inhalts der gewerkschaftlichen Abkommen werden vor der Unterzeichnung derselben Abkommen durch eine Abordnung der Vertragsparteien zusammen mit einer durch den gebietsmäßig zuständigen Landesauschuß bestellten Delegation mit Bezug auf die intersektoriellen Abkommen und auf die wirtschaftlich-finanzielle Vereinbarkeit dieser Abkommen vorgenommen, wobei die Verfügbarkeit der dafür bestimmten finanziellen Mittel in Betracht gezogen wird.

Articolo 3

(Disciplina in base ad accordi sindacali)

1. Nell'osservanza dei principi di cui all'articolo 97 della Costituzione e di quanto previsto dall'articolo 2, sono disciplinati con i procedimenti e gli accordi contemplati dalla presente legge, in ogni caso, i seguenti aspetti dell'organizzazione del lavoro e del rapporto di impiego:

- a) il regime retributivo e i trattamenti accessori ed integrativi, compresi quelli di missione e trasferimento;
- b) i criteri per l'organizzazione del lavoro nell'ambito della disciplina fissata ai sensi dell'articolo 2, lettera a);
- c) l'identificazione delle qualifiche funzionali, dei profili professionali e delle relative declaratorie mansionistiche;
- d) i criteri per la disciplina dei carichi di lavoro e le altre misure volte ad assicurare l'efficienza e l'efficacia dell'attività delle strutture;
- e) l'orario di lavoro, la sua durata e distribuzione ed i procedimenti di rispetto;
- f) il lavoro straordinario, i congedi, le aspettative ed i permessi;
- g) i criteri per l'attuazione degli istituti concernenti la formazione professionale, l'aggiornamento ed il perfezionamento;
- h) le procedure relative all'attuazione delle garanzie del personale e delle libertà sindacali nei limiti fissati dalle leggi dello Stato;
- i) i criteri per l'attuazione della mobilità del personale.

2. Gli accordi sindacali di cui al comma 1, sono stipulati fra le organizzazioni rappresentative dei Comuni delle province di Trento e di Bolzano e le organizzazioni sindacali maggiormente rappresentative, su scala provinciale, dei segretari comunali e dei dipendenti dei Comuni.

3. Con successivo regolamento verranno individuate le procedure della contrattazione nonché la composizione delle singole delegazioni partecipanti alla contrattazione medesima.

4. Al fine di pervenire all'omogeneizzazione delle posizioni giuridiche ed economiche del personale dipendente dalla Regione, dalle Province autonome di Trento e di Bolzano e dai Comuni, gli accordi sindacali di cui ai commi 1 e 2 devono rispettare gli accordi e le intese raggiunte negli accordi intercompartimentali di livello regionale e provinciale. In particolare: le aspettative, i congedi ed i permessi, ivi compresi quelli per malattia e maternità, le ferie, il regime retributivo di attività per qualifiche funzionali uguali o assimilate, i criteri per i trasferimenti e la mobilità, i trattamenti di missione e di trasferimento, nonché i criteri per la eventuale concessione di particolari trattamenti economici integrativi rigorosamente collegati a specifici requisiti e contenuti delle prestazioni di lavoro.

5. I Comuni provvedono a recepire le norme risultanti dalla disciplina prevista dagli accordi intercompartimentali e compartimentale entro sessanta giorni dall'emanazione del decreto contenente l'accordo intercompartimentale, rispettivamente dalla verifica dei contenuti dell'accordo compartimentale di cui al comma 6.

6. Le verifiche dei contenuti degli accordi sindacali sono effettuate preventivamente alla firma degli accordi medesimi da una delegazione delle parti contraenti, congiuntamente ad una delegazione designata dalla Giunta provinciale territorialmente competente con riferimento agli accordi intercompartimentali di settore ed alle compatibilità economico-finanziarie degli accordi medesimi, in riferimento alle disponibilità finanziarie a ciò destinate.

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)
(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 3?
La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich mache nochmals geltend, was ich schon im Minderheitenbericht vorgebracht habe. Im Art. 3 Absatz 4 ist die Beifügung der autonomen Provinzen Trient und Bozen verfassungswidrig, da die Region auch nicht mit Zustimmung der Mehrheit der Regionalratsabgeordneten, die auch Abgeordnete der Landtage sind, Verfügungsgewalt über die Bediensteten der Provinzen hat. Diese fällt ausschließlich unter die Gesetzgebungszuständigkeit der Provinzen selbst. Laut Art. 3 Absatz 6 wird die Überprüfung der wirtschaftlich-finanziellen Vereinbarkeit der Abkommen aufgrund der Zuständigkeit der Provinzen auf dem Gebiete der Lokalfinanzen gemäß Art. 80 und 81 Absatz 2 des Statutes von den Landesausschüssen vorgenommen, wobei die Verfügbarkeit der dafür bestimmten finanziellen Mittel in Betracht gezogen wird: Diese Verantwortung kann jedoch nicht mit einer "Abordnung der Vertragsparteien" (Gemeinde und Gewerkschaften) geteilt werden; der Grundsatz wird auch für die Gemeindebediensteten im Artikel 8 deutlich hervorgehoben, und zwar im Zusammenhang mit den Artikeln 6 und 15 des Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst.

(Riproporrò, ciò che ho già avuto modo di esporre nella relazione di minoranza. All'art. 3, comma 4, l'inciso "dalle Province autonome di Trento e di Bolzano" è anticostituzionale, poiché la Regione non ha potestà regolamentare in materia di dipendenti provinciali. Questo compete esclusivamente alla Provincia stessa. Ai sensi dell'art. 3, comma 6, la verifica delle "compatibilità economico-finanziaria degli accordi in riferimento alle disponibilità finanziarie a ciò

destinate" spetta alle Giunte provinciali, e questo in base alla loro competenza in materia di finanza locale di cui agli art. 80 ed 81, comma 2 dello Statuto. La responsabilità di verificare le disponibilità finanziarie non può essere assunta da una "delegazione delle parti contraenti" (Comuni e sindacati); il relativo principio è chiaramente enunciato anche per i dipendenti comunali dall'art. 8 in connessione con gli art. 6 e 15 della legge quadro sul pubblico impiego.)

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire?

La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo art. 3 costituisce una conseguenza di un'impostazione che si sta sempre più affermando nell'ambito della concezione del contratto del pubblico impiego e costituisce, a mio parere, un atto di per sé contrastante con l'opinione dominante, che oltre tutto è confortata da una consolidata giurisprudenza del Consiglio di Stato.

Attraverso l'art. 3 di questo disegno di legge noi arriviamo, così come del resto hanno fatto altre pubbliche amministrazioni e come sta facendo lo Stato attraverso i provvedimenti legislativi che a questo proposito sono stati recentemente emanati dal Parlamento, ad una completa inversione di tendenza, perché attraverso una concezione, che secondo me resta pur sempre valida, del rapporto di lavoro intercorrente tra dipendenti ed ente pubblico datore di lavoro, natura di questo rapporto di impiego veniva ad essere contemplato o qualificato come concezione di tipo unilateralistico, rispetto ad una concezione del resto presente in dottrina secondo una posizione minoritaria della cosiddetta concezione contrattualistica del pubblico impiego.

L'art. 3 ripropone in termini molto evidenti questa polemica, questa posizione dialettica intercorrente tra la concezione unilateralistica e quella contrattualistica del pubblico impiego. Di conseguenza se spostiamo l'ottica di valutazione dalla concezione unilateralistica a quella contrattualistica, debbono discendere ovviamente diverse ed opposte conclusioni.

Secondo la mia modesta opinione, che del resto è legittimata da una consolidata giurisprudenza del Consiglio di Stato, il quale a più riprese, anche recentemente, propende per la natura e quindi per la concezione unilateralistica del pubblico impiego, per la quale la manifestazione di volontà dell'ente pubblico datore di lavoro è di per sé sufficiente e necessaria, perché possa instaurarsi il rapporto di lavoro medesimo; mentre nelle concezioni contrattualistiche, oltre che alla determinazione della volontà espressione del datore di lavoro ente pubblico, si restituisce cittadinanza anche alla manifestazione di volontà di colui che è chiamato a svolgere le funzioni di pubblico dipendente.

Sotto questo profilo allora si viene a determinare una situazione diversa rispetto a tutta una serie di considerazioni che a questo proposito sono state svolte sul piano della dottrina, e quindi sul piano più generale del diritto pubblico ed amministrativo in particolare, ma anche sul piano della giurisprudenza, ed a questo proposito, per essere esatti fino in fondo, vi è da dire che su questo argomento vi è una netta distinzione tra la giurisprudenza della Corte costituzionale, che in ultima analisi ha ritenuto di dover capovolgere i principi che sono sempre stati sottolineati e riconosciuti dalla giurisprudenza del Consiglio di Stato e di conseguenza la Corte costituzionale viene a recepire, soprattutto nelle più recenti sentenze, quella concezione contrattualistica cui prima facevo cenno.

Il sottoscritto ritiene, per la verità, che ancora oggi la concezione unilateralistica del pubblico impiego sia quella che possa assicurare quell'efficacia e quell'efficienza che oltre tutto i cittadini richiedono da parte degli enti pubblici, che più direttamente sono vicini alle istanze dei cittadini e della pubblica opinione ed allora se noi nell'ambito della nostra competenza di Assemblea legislativa, chiamata a rispondere sul piano

degli istituti giuridici, alla necessità di dare una configurazione giuridica al rapporto di pubblico impiego ed alla disciplina che al rapporto del pubblico impiego si accompagna, gli accordi di squisita natura salariale e quindi sindacale, riteniamo di dover, anche in questa occasione, richiamare l'attenzione del legislatore sulla necessità della salvaguardia di quei principi di cui prima facevo espresso riferimento.

Com'è possibile, allora, pur nella salvaguardia dei principi costituzionali, che ovviamente si riferiscono alle norme di natura garantistica per quanto riguarda la tutela del lavoro in senso generale, dobbiamo pur sempre fare riferimento alla necessità, del resto richiamata al primo comma dell'art. 3 del rispetto dell'art. 97 della Costituzione, articolo che recita: "I pubblici uffici sono organizzati secondo disposizioni di legge, in modo che siano assicurati il buon andamento e l'imparzialità dell'amministrazione. Nell'ordinamento degli uffici sono determinate le sfere di competenza, le attribuzioni e le responsabilità proprie dei funzionari. Agli impieghi nelle pubbliche amministrazioni si accede mediante concorso, salvo i casi stabiliti dalla legge.". Allora anche sotto questo profilo pensiamo che la cosiddetta delegificazione, cioè il procedimento attraverso il quale si ritiene di dover accogliere quanto viene ad essere concluso dal dibattito, dal confronto e soprattutto dall'accordo fra le parti, in questo caso tra i rappresentanti degli enti pubblici ed i rappresentanti dei pubblici dipendenti, si viene ad incrinare quel principio di cui prima avevo fatto espresso riferimento, laddove il principio, pur in presenza tuttavia di una progressiva soluzione anche a livello nazionale del problema rispetto alle due grandi correnti di pensiero che a questo proposito sono le espressioni di due modi di intendere il funzionamento dell'ente pubblico e quindi di verificare se il buon funzionamento dell'ente pubblico e degli uffici debba essere riferito al diritto positivo in senso assoluto, cioè nel senso che l'istituto giuridico viene ad essere parte determinante nella valutazione dell'efficacia e dell'efficienza della pubblica amministrazione e di conseguenza del ruolo che i dipendenti pubblici, nel nostro caso dei dipendenti degli enti locali, debbono assolvere in relazione alla macchina organizzativa, la quale sempre più si discosta dai criteri di efficacia e di efficienza di cui prima parlavo, e che sempre meno risponde alle esigenze, ai bisogni del cittadino ed alle necessità che quotidianamente si presentano di fronte all'apparato amministrativo degli enti locali, che molto spesso non riesce nemmeno a soddisfare le piccole istanze e le piccole richieste.

Allora ecco che non a caso, signor assessore, mi sono permesso di sviluppare questo intervento, che ha l'ambizione non tanto e non già, sarei un illuso di poter attraverso il mio modesto ragionamento essere capace di modificare l'assetto dell'art. 3, quanto soprattutto per lasciare testimonianza – si dice a futura memoria – che ancora esiste qualcuno che si pone carico di questi problemi, che cerca soprattutto di rispondere a questi problemi con la dovuta attenzione, soprattutto con il necessario approfondimento.

Non è allora, signor assessore, del tutto oziosa la polemica cui prima facevo riferimento circa le radici di un profondo contrasto che esiste tra coloro – e mi onoro di far parte di questa schiera – che ritengono ancora di dover sostenere, sul piano della dottrina e quindi sul piano dei principi, la necessità di preservare e salvaguardare le caratteristiche che ho definito rispondenti alla filosofia, alla dottrina della concezione unilateralistica del pubblico impiego e quindi sono tra coloro che, forse come un sopravvissuto, ritengono di dover sprecare non dico qualche minuto, perché non credo che questo sia tempo buttato via, almeno mi auguro che non lo sia, sono dell'avviso peraltro che valga ancora la pena di sostenere questo tipo di battaglia e questo tipo di testimonianza, perché ritengo che una vera riforma del pubblico impiego e quindi della macchina burocratica intesa in senso più ampio, a cominciare dallo Stato, naturalmente riferita al rapporto di lavoro intercorrente fra la Regione ed i suoi dipendenti, che prossimamente andremo comunque ad affrontare, unitamente alla necessità di disciplinare la

materia fra gli enti locali ed i propri dipendenti, valga almeno la pena di richiamare queste brevi annotazioni per far sì che su questo argomento non si possa pensare che una semplice alzata di mano per l'approvazione di questo art. 3 siffatto sia di per sé sufficiente, non dico per risolvere i problemi, perché questo disegno di legge comunque non sarà nella condizione di apportare alcuna modificazione sostanziale per quanto riguarda il raggiungimento di quegli obiettivi cui prima facevo riferimento, vale a dire dell'efficacia e dell'efficienza della pubblica amministrazione, ma mi consenta, signor assessore, della necessaria trasparenza che agli uffici pubblici ed al pubblico dipendente si debba pur riconoscere da un lato, e si debba dall'altro anche garantire.

Forse siamo arrivati ad una situazione di totale disaffezione nei confronti di queste problematiche, che pur rivestono, a mio modesto parere, ancora una grande importanza, o quanto meno dovrebbero rivestirla, ma in un contesto di completo sfascio della macchina burocratica, uno sfascio che si viene a riconoscere in qualsiasi manifestazione nella quale l'ente pubblico è chiamato a rispondere non solo alla proprie responsabilità, ai propri doveri, al proprio ruolo, una situazione di sfascio nei confronti del quale mi pare che anche il voto del 5 e 6 aprile abbia dato la più ampia dimostrazione, se è vero come è vero che nei confronti di questo sfascio l'opposizione extra-istituzionale o extra-parlamentare ha trovato linfa e sostegno, diventando essa con il voto del 5 e 6 aprile opposizione istituzionale e parlamentare; staremo a vedere se l'opposizione già extra-istituzionale, oggi istituzionale, sarà nella condizione di saper assolvere al ruolo che la pubblica opinione e gli elettori l'hanno chiamata ad assolvere. Questa non è la sede per poter fare dei pronostici o delle valutazioni, che ovviamente mi condurrebbero fuori tema, ma questo accenno mi sembrava opportuno richiamare alla vostra attenzione, non tanto per giustificare l'intervento che sto sviluppando, che ha origini diverse e che mira a diverse conclusioni, quanto se non altro per testimoniare un diffuso malcontento, tanto più emblematico se questo malcontento nasce non già da una burocrazia cosiddetta romana, a noi tanto lontana, dal momento che siamo gratificati dal regime dell'autonomia, ma che, guarda a caso, il regime della co-autonomia non ha consentito, o meglio, ha favorito quello che nessuno dei commentatori politici avrebbe potuto immaginare all'indomani dello scioglimento del Parlamento e comunque fin tanto che si fosse arrivati addirittura al giorno prima delle elezioni, pensando che il nostro cosiddetto regime dell'autonomia, che molto spesso è risultato un mito, addirittura un falso dio, se è vero come è vero che pure in presenza del regime delle autonomie e quindi pure in assenza di una contestazione diretta nei confronti dello sfascio dello Stato, questa contestazione si è invece riversata e si è potuta contare anche nei confronti evidentemente di un malessere che ha per destinazione o motivazione lo sfascio degli enti locali presenti sul nostro territorio e sulla nostra realtà regionale.

Allora il legislatore che è chiamato a questo proposito a tenere conto non già o soltanto delle necessarie conclusioni, al quale ovviamente il responsabile politico è chiamato all'indomani del voto e quindi sotto questo profilo non auspico e nemmeno chiedo che alla Giunta in carica o all'assessore competente possano nascere i dubbi che sono nati nella testa del Presidente della Giunta provinciale di Trento, il quale ha ritenuto di dover rassegnare le proprie dimissioni dall'incarico di Presidente della Giunta provinciale della Provincia autonoma di Trento e nel momento in cui ha ritenuto di dover rassegnare le sue dimissioni, nella più tradizionale concezione partitocratica della vita politica, ha ritenuto di dover rassegnare queste dimissioni non già all'organo che lo ha eletto al vertice della responsabilità del governo della Provincia autonoma di Trento, ma si è ritenuto in dovere di rassegnare le proprie dimissioni al partito di appartenenza e quindi alla D.C. e quindi all'interno del sinedio della D.C.. Il problema politico delle dimissioni del Presidente della Giunta provinciale viene a ricevere una sua legittimazione, che invece non dovrebbe avere mai avuto, se è vero come è vero che

l'elezione, fino a prova contraria, il collega Tarolli mi guarda e sorride e penso che a questo punto sia d'accordo con me nel ritenere che la legittimazione dell'incarico e della responsabilità di Presidente della Giunta provinciale debba risiedere nel Consiglio e non già nel partito della D.C..

Allora, signor assessore competente, non la invito sicuramente alle dimissioni, ma a riflettere su quello che ho detto finora e sulla necessità che questo art. 3 debba essere radicalmente modificato nella sua ispirazione. Credo non sia possibile, sempre in relazione a quella concezione di cui prima parlavo, cioè della necessaria determinazione e precisazione che il pubblico dipendente rientra nella visione di una regolamentazione che si riferisce ai principi di cui il Consiglio di Stato in più occasioni si è fatto portavoce e non già nei principi della delegificazione di cui invece l'art. 3 si fa legittimo rappresentante e si fa promotore di quell'altra concezione che prima contestavo, e cioè della concezione cosiddetta contrattualistica del pubblico impiego e di conseguenza di tutto quello che a quella concezione ne consegue.

Ritengo pertanto allora, ritenendo che si debba comunque censurare questo art. 3 per queste valutazioni che in estrema sintesi ho cercato di analizzare, sostenendo le ragioni che mi vedono essere contrario al modo di concepire la pubblica amministrazione, quasi fosse un modello da richiamare rispetto all'organizzazione dell'azienda privata, mentre in realtà gli obiettivi dell'azienda privata e dell'ente pubblico sono naturalmente diversi e diversa deve essere la concezione che presiede anche alla regolamentazione dei rapporti di natura normativa, economica e sindacale che debbono essere intrattenuti tra gli enti datori di lavoro ed i loro dipendenti rispetto all'organizzazione ed alla regolamentazione delle relazioni sindacali che su questo stesso argomento invece possono essere intrattenute tra le aziende private ed i propri dipendenti.

La ragione di fondo della mia contestazione a questo art. 3 risiede e risale a questa diversa impostazione, che trova, come ho avuto modo di ricordare in questo intervento, sostegno in validissime ed esemplari pronunce del Consiglio di Stato, che su questo argomento mi pare essere ancora l'unico organo dello Stato che richiami con energia ed efficacia la necessità di un doveroso inquadramento del rapporto intercorrente tra ente e pubblico dipendente, in relazione anche ai principi di efficienza, efficacia e trasparenza di cui all'art. 97 è richiamato del resto dal primo comma di questo art. 3.

Per queste ragioni e sulla base delle analisi che mi sono permesso di svolgere, il voto contrario da parte mia non può che essere la logica conseguenza del ragionamento che ho abbozzato in questo intervento.

(Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz)

(Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Redner mehr auf der Rednerliste. Somit stimmen wir über den Artikel ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 5 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen ist der Art. 3 genehmigt.

PRESIDENTE: Non vedo nessun altro iscritto a parlare. Passiamo quindi alla votazione dell'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

Con 5 astenuti e 5 voti contrari l'art. 3 è approvato.

Art. 4
(Inhalt der Abkommen)

1. Mit den Vorgängen und den Abkommen nach Artikel 3 werden Bestimmungen zur Regelung der Verfahren für die Vorbeugung und die Beilegung der Arbeitskonflikte getroffen.

2. Den Gemeinden und ihren Konsortien ist es untersagt, als Ergänzung zu den Abkommen wirtschaftliche und normative Behandlungen anzuwenden, auch wenn diese keine zusätzlichen Belastungen mit sich bringen.

3. Die Gewerkschaftsverbände nach Artikel 3 müssen als Voraussetzung für die Beteiligung an den oben vorgesehenen Vorgängen eine eigene Regelung zur Bestimmung des Streikrechtes gemäß den im Gesetz vom 12. Juni 1990, Nr. 146 festgesetzten Grundsätzen und Verfügungen angewandt haben. Die Eigenregelungen müssen den Abkommen nach Artikel 3 beigelegt werden.

Articolo 4 (Contenuto degli accordi)

1. Con i procedimenti e gli accordi di cui all'articolo 3) sono dettate norme dirette a disciplinare le procedure per la prevenzione ed il componimento dei conflitti di lavoro.

2. E' fatto divieto ai Comuni e loro Consorzi di applicare trattamenti economico – normativi integrativi degli accordi ancorché non comportanti oneri aggiuntivi.

3. Le organizzazioni sindacali di cui al precedente articolo debbono aver adottato, come condizione per la partecipazione alle procedure ivi previste, codici di autoregolamentazione del diritto di sciopero secondo i principi e le disposizioni fissate dalla legge 12 giugno 1990, n. 146. I codici di autoregolamentazione devono essere allegati agli accordi di cui all'articolo 3.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand.

...Wer schließt sich an? Mit Namensaufruf. Dem Antrag wird stattgegeben. Es ist ein Antrag um Namensaufruf und um geheime Abstimmung gewesen. Vorrang hat die geheime Abstimmung, wenn 5 Abgeordnete sich dem Antrag anschließen. Wer ist für die geheime Abstimmung? Danke.

Damit wird geheim abgestimmt.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

PRESIDENTE: Chi intende intervenire? Nessuno.

Chi si associa? Per appello nominale. La richiesta è accolta. C'è stata una richiesta di votazione per appello nominale e una a scrutinio segreto. Ha precedenza la votazione a scrutinio segreto, se 5 Consiglieri si associano alla richiesta. Chi è favorevole alla votazione per scrutinio segreto? Grazie!

Di conseguenza verrà effettuata la votazione a scrutinio segreto.

Prego distribuire le schede.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	46
mit Ja haben gestimmt:	30

mit Nein: 6
weiße Stimmzettel: 10

Damit genehmigt der Regionalrat diesen Artikel.

PRESIDENTE: La votazione è conclusa.

Rendo noto l'esito della votazione:

Votanti: 46
schede favorevoli: 30
schede contrarie: 6
schede bianche: 10

Il Consiglio regionale approva questo articolo.

PRÄSIDENT: Wir kommen zum Art. 5:

PRESIDENTE: Passiamo all'articolo 5:

Art. 5
(Gültigkeitsdauer der Abkommen)

1. Die im Sinne dieses Gesetzes getroffenen Abkommen besitzen eine Dauer von drei Jahren.
2. Die aufgrund der Abkommen erlassene Regelung bleibt vorübergehend bis zum Inkrafttreten neuer Regelungen wirksam, wobei aufrecht bleibt, daß dieselben zum Zeitpunkt des Ablaufs der vorhergehenden Abkommen angewandt werden, sofern von denselben Abkommen kein anderer Gültigkeitsbeginn festgelegt worden ist.

Articolo 5
(Efficacia temporale degli accordi)

1. Gli accordi stipulati ai sensi della presente legge hanno durata triennale.
2. La disciplina emanata sulla base degli accordi conserva provvisoriamente efficacia fino all'entrata in vigore di nuove discipline, fermo restando che le stesse si applicano dalla data di scadenza dei precedenti accordi, salvo diversa decorrenza stabilita dagli accordi medesimi.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 5 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 10.

Damit ist der Art. 5 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi intende intervenire? Nessuno. Pongo in votazione l'art. 5. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Nessuno. Astenuti? 10.

L'art. 5 è approvato.

Art. 6

(Einheitsstellenplan des Personals)

1. Die Gemeinden errichten in der eigenen Personalordnung den Einheitsstellenplan des bediensteten Personals, welcher nach Funktionsrängen unterteilt ist, die sich in Berufsbilder gliedern.

Articolo 6 (Ruolo unico del personale)

1. I Comuni istituiscono nel proprio regolamento organico il ruolo unico del personale dipendente, suddiviso in qualifiche funzionali, articolate in profili professionali.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 6 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 1.

Damit ist der Art. 6 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi intende intervenire? Nessuno. Pongo quindi in votazione l'art. 6. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Nessuno. Astenuti? 1

L'art. 6 è approvato.

PRÄSIDENT: Der Art. 7 ist durch die Gesetzgebungskommission abgeschafft.

Wir kommen zum Art. 8:

PRESIDENTE: L'art. 7 è stato abrogato dalla Commissione legislativa.

Passiamo così all'art. 8.

Art. 8 (Einstellung von Personal)

1. Die Einstellung des Personals erfolgt:

- a) durch öffentlichen Wettbewerb nach Prüfungen, nach Titeln mit Ergänzung durch eine praktische Prüfung, nach Titeln und Prüfungen, durch einen Wettbewerbslehrgang gemäß den Vorschriften, die in der Personalordnung in Beachtung der im Artikel 20 Absatz 1 und 2 des Gesetzes vom 29. März 1983, Nr. 93 vorgesehenen Bestimmungen festgelegt sind. Bei der Wahl des Wettbewerbssystems berücksichtigt die Personalordnung die besonderen für die verschiedenen Berufsbilder innerhalb der Funktionsränge vorgesehenen studienmäßigen und beruflichen Voraussetzungen;
- b) durch befristeten Vertrag mit Voll- und Teilzeitbeschäftigung, um besonderen und außerordentlichen Erfordernissen, auch mit Bezug auf besondere berufliche Kenntnisse nachzukommen und die Kontinuität des Dienstes zu gewährleisten. Der Vertrag darf die Dauer von einem Jahr nicht überschreiten und kann bis zu einer Gesamtdauer von höchstens zwei Jahren erneuert werden. Von dieser Zweijahresgrenze kann nur bei Einstellungen zur Ersetzung von Personal abgewichen werden, das aufgrund eines politischen oder eines gewerkschaftlichen Mandates bzw. im Sinne des Gesetzes vom 30. Dezember 1971, Nr. 1204 und der nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen in den Wartestand versetzt wurde. Falls es sich um Personal handelt, das dazu bestimmt ist, die Obliegenheiten eines Angestellten auszuüben, dürfen die Einstellungen mittels Vertrag das

Ausmaß von 20 Prozent der Beamtenstellen nicht überschreiten, und zwar mit Ausnahme des im vorhergehenden Satz angeführten Falles;

- c) durch Benützung der Einrichtung der Mobilität des Personals des öffentlichen Dienstes;
- d) durch öffentliche, externe oder interne Rangordnung oder durch öffentliche Selektion für jene Berufsbilder, für welche nur der Besitz des Abschluszeugnisses der Pflichtschule erforderlich ist.

2. Die Rangordnungen der öffentlichen bzw. der internen Wettbewerbe gelten für die Dauer von drei Jahren ab dem Zeitpunkt der Genehmigung der Rangordnungen für die Zwecke der Besetzung der in der Zwischenzeit frei gewordenen Planstellen. Die Wettbewerbe zur Besetzung von Stellen, die zu einem genau festgelegten Zeitpunkt frei werden, können neun Monate vor dem entsprechenden Zeitpunkt ausgeschrieben werden.

Articolo 8 (Assunzione del personale)

1. L'assunzione del personale avviene:

- a) mediante concorso pubblico per esami, per titoli integrato da prova pratica, per titoli ed esami, per corso – concorso secondo quanto stabilito dal regolamento organico del personale dipendente, nel rispetto delle disposizioni previste dall'articolo 20, commi 1 e 2 della Legge 29 marzo 1983, n. 93. Nella scelta del sistema di concorso il regolamento organico tiene conto dei particolari requisiti di studio e professionali previsti per i diversi profili professionali all'interno delle qualifiche funzionali;
- b) mediante contratto a termine con orario a tempo pieno e parziale per fronteggiare esigenze eccezionali o straordinarie anche con riferimento a professionalità specifiche o per assicurare la continuità del servizio. Il contratto non può avere durata superiore ad un anno ed è rinnovabile fino al limite complessivo di due anni. Tale limite biennale può essere derogato solo nel caso di assunzioni a fini sostitutori di personale collocato in aspettativa per mandato politico, sindacale o ai sensi della legge 30 dicembre 1971, n. 1204 e successive modificazioni ed integrazioni. Qualora si tratti di personale destinato a svolgere mansioni impiegate le assunzioni a contratto non possono superare il limite del venti per cento dei posti del ruolo organico del personale impiegatizio, eccettuato il caso di cui al precedente periodo;
- c) mediante l'utilizzo dell'istituto della mobilità del personale del pubblico impiego;
- d) mediante graduatoria pubblica, esterna ed interna, o per pubblica selezione per i profili professionali che richiedono solo il possesso del titolo di studio della scuola dell'obbligo.

2. Le graduatorie dei concorsi pubblici o interni hanno validità triennale dalla data di approvazione delle graduatorie ai fini della copertura dei posti in organico resisi nel frattempo vacanti. I concorsi per la copertura dei posti che si renderanno vacanti entro una data certa possono essere banditi con nove mesi di anticipo rispetto alla data stessa.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann stimmen wir ab.

...Es wird also die gesetzliche Anzahl festgestellt. Wer mit dem Artikel einverstanden ist, möge bitte zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben. Ich bitte um Zählung. 27 Ja–Stimmen. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 11.

Bei 27 Ja–Stimmen und 11 Enthaltungen ist der Artikel 8 genehmigt.

PRESIDENTE: Non vedo nessuno che intenda intervenire. Di conseguenza passiamo alla

votazione.

...E' stata chiesta la verifica del numero legale. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Prego procedere al computo dei voti. Voti favorevoli: 27. Contrari? Nessuno. Astenuti? 11.

Con 27 voti favorevoli e 11 astenuti, l'articolo 8 è approvato.

Art. 9

(Arbeitsverhältnisse mit Teilzeitbeschäftigung)

1. Die Gemeinden können gemäß den in diesem Artikel angeführten Maßstäben und Grenzen in den Personalordnungen die Einführung von Arbeitsverhältnissen mit Teilzeitbeschäftigung vorsehen.

2. Für das Arbeitsverhältnis mit Teilzeitbeschäftigung werden, unbeschadet der Bestimmungen dieses Artikels, alle für das Gemeindepersonal mit Vollzeitbeschäftigung vorgesehenen Vorschriften angewandt, und zwar einschließlich jener betreffend den Zugang, den Aufstieg, die Rechte, die Pflichten, die Unvereinbarkeit und den Verbot der Anhäufung von Anstellungen.

3. Die Bestimmungen dieses Artikels werden nicht auf die Bediensteten der leitenden Ränge sowie auf die Bediensteten angewandt, die mit der Leitung der Organisationseinheiten oder ihrer Unterteilung beauftragt sind.

4. Die Planstellen mit Vollzeitbeschäftigung können nur im Ausmaß von höchstens zwanzig Prozent der Gesamtstellen des Einheitsstellenplanes der Gemeinde in Arbeitsverhältnisse mit Teilzeitbeschäftigung umgewandelt werden, wobei für jede Gemeinde die Möglichkeit besteht, im Stellenplan auf jeden Fall eine Stelle mit Teilzeitbeschäftigung zu haben.

5. Im Einverständnis, daß jeder Stelle mit Vollzeitbeschäftigung zwei Stellen mit Teilzeitbeschäftigung entsprechen, darf die Anzahl der Arbeitsverhältnisse mit Teilzeitbeschäftigung auf keinen Fall die doppelte Anzahl der für jeden Tätigkeitsbereich, für jedes Berufsbild und für jeden Funktionsrang umgewandelten Stellen mit Vollzeitbeschäftigung nicht überschreiten.

6. Die Anzahl der für Arbeitsverhältnisse mit Teilzeitbeschäftigung eines jeden Tätigkeitsbereiches, Funktionsranges und Berufsbildes umwandelbaren Stellen wird im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsverbänden der Bediensteten festgelegt.

7. Die wöchentliche Arbeitszeit der Bediensteten mit Teilzeitbeschäftigung umfaßt 50 Prozent der für das Personal mit Vollzeitbeschäftigung vorgesehenen Arbeitszeit. Von dieser Grenze kann aus außerordentlichen und begründeten Diensterfordernissen abgewichen werden, wobei die oben angeführte Arbeitszeit um höchstens 20 Prozent verlängert bzw. gekürzt werden darf.

8. Das Personal mit Teilzeitbeschäftigung darf weder Überstundenarbeit leisten noch Begünstigungen erhalten, die aus jedwedem Grund zu Kürzungen der Arbeitszeit führen sollten.

9. Dem Personal mit Teilzeitbeschäftigung wird der ordentliche Urlaub zu denselben Bedingungen und in denselben Grenzen zuerkannt, wie sie für das Personal des gleichen Funktionsranges mit Vollzeitbeschäftigung vorgesehen sind.

10. Die Besoldung des Personals mit Teilzeitbeschäftigungsverhältnis ist der Dienstzeit angeglichen und umfaßt alle dem Personal mit Vollzeitbeschäftigung im entsprechenden Funktionsrang und mit gleichem Dienstalder zustehenden Honorare, einschließlich der Sonderergänzungszulage. Dem Personal mit Teilzeitbeschäftigung stehen

jedoch die aufgrund der geltenden Bestimmungen gebührenden Familienzulagen zu.

11. Die für das Personal mit Vollzeitbeschäftigung bestimmten Stellen werden unter Beachtung der für die Einstellung von Personal mit Vollzeitbeschäftigung in der selben Funktionsebene vorgesehenen Wettbewerbsbestimmungen besetzt. 20 Prozent der Stellen sind Behinderten vorbehalten. Die Probezeit beträgt hundertachtzig Tage.

12. Unbeschadet dessen, daß die Einstellungen in den Dienst mit Teilzeitbeschäftigung kein Vorrecht darstellen, die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses mit Vollzeitbeschäftigung zu erlangen, können die Bediensteten mit Vollzeitbeschäftigung und jene mit Teilzeitbeschäftigung nach ihrer Ernennung in den Stellenplan die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in Teilzeit- bzw. Vollzeitbeschäftigung verlangen, sofern in den entsprechenden Personalbeständen desselben Funktionsranges und desselben Berufsbildes Stellen verfügbar sind.

13. Die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in Teilzeit- bzw. Vollzeitbeschäftigung kann unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Verwaltung nur nach Ablauf von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einstellung in den Dienst oder ab dem Zeitpunkt der vorhergehenden Umwandlung verfügt werden. Die Umwandlung des Arbeitsverhältnisses ist ab dem 1. Jänner nach dem Zeitpunkt der Antragsannahme wirksam.

14. Bei der Umwandlung des Arbeitsverhältnisses von Vollzeitbeschäftigung auf Teilzeitbeschäftigung werden die Bediensteten mit Kindern im Vorschulalter oder mit behinderten Kindern oder mit beistandsbedürftigen Eltern bevorzugt. Bevorzugt werden bei der Umwandlung des Arbeitsverhältnisses von Vollzeitbeschäftigung auf Teilzeitbeschäftigung außerdem die Bediensteten, die das sechzigste Lebensjahr überschritten oder fünfundreißig Jahre tatsächlichen Dienstes erreicht haben, sowie die behinderten Bediensteten oder jene Bediensteten, die beistandsbedürftige Kinder oder Ehegatten haben, sowie die den geschützten Kategorien angehörenden Bediensteten.

15. Was die Ruhestands- und Fürsorgebehandlung anbelangt, wird die in den staatlichen Bestimmungen enthaltene einschlägige Regelung angewandt.

16. Die im Sinne des Artikels 5 des Dekretes des Präsidenten des Regionalausschusses vom 10. Mai 1983, Nr. 3/L bereits errichteten und in den Haushaltsstellenplänen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes vorgesehenen Planstellen auf bestimmte Zeit werden bei der Festsetzung der von Vollzeitbeschäftigung auf Teilzeitbeschäftigung umwandelbaren Stellenanteile nach Absatz 4 nicht berücksichtigt, doch werden sie in den Gesamtstellen des Einheitsstellenplanes der Gemeinde berechnet.

Articolo 9

(Rapporti di lavoro a tempo parziale)

1. I Comuni possono prevedere nei regolamenti organici la costituzione di rapporti di lavoro a tempo parziale secondo i criteri ed i limiti indicati nel presente articolo.

2. Al rapporto di lavoro a tempo parziale si applicano, salvo quanto disposto dal presente articolo, tutte le disposizioni previste per il personale comunale con rapporto a tempo pieno, ivi comprese quelle relative all'accesso, alla progressione, ai diritti, ai doveri, alle incompatibilità ed al divieto di cumulo di impieghi.

3. Le disposizioni del presente articolo non si applicano ai dipendenti appartenenti alle qualifiche dirigenziali nonché ai dipendenti preposti alle strutture organizzative o alle loro articolazioni.

4. I posti di organico a tempo pieno possono essere trasformati in rapporti di lavoro a tempo parziale nel limite massimo del venti per cento dei posti complessivi del ruolo

unico comunale, con la possibilità per ogni Comune di avere in organico comunque un posto a tempo parziale.

5. Nell'intesa che ad ogni posto a tempo pieno corrispondono due posti a tempo parziale, il numero dei rapporti a tempo parziale non può, in alcun caso, superare il doppio del numero dei posti a tempo pieno trasformati per ciascun settore d'attività, qualifica funzionale e profilo professionale.

6. Alla determinazione del contingente di posti trasformabili per rapporti di lavoro a tempo parziale di ciascun settore d'attività, qualifica funzionale e profilo professionale si provvede d'intesa con le organizzazioni sindacali del personale.

7. L'orario settimanale di lavoro del personale con rapporto a tempo parziale è pari al cinquanta per cento dell'orario di lavoro previsto per il personale a tempo pieno. Per eccezionali e motivate esigenze di servizio può derogarsi al limite predetto, in una misura percentuale non superiore al venti per cento in più o in meno dell'orario come sopra indicato.

8. Il personale con rapporto a tempo parziale non può eseguire prestazioni di lavoro straordinario, né può fruire di benefici che comportino a qualsiasi titolo riduzioni di orario di lavoro.

9. Il personale con rapporto a tempo parziale fruisce del congedo ordinario alle stesse condizioni e nei limiti previsti per il personale della medesima posizione funzionale che lavora a tempo pieno.

10. Il trattamento economico del personale con rapporto a tempo parziale è rapportato all'orario di servizio ivi comprese tutte le competenze fisse e periodiche spettanti al personale con rapporto a tempo pieno di corrispondente posizione funzionale e di pari anzianità, ivi compresa l'indennità integrativa speciale. Al personale con rapporto a tempo parziale spettano, tuttavia, per intero, gli assegni per il nucleo familiare in quanto dovuti in base alle norme vigenti.

11. I posti destinati al personale con rapporto a tempo parziale sono coperti nel rispetto delle normative concorsuali previste per l'assunzione di personale a tempo pieno della medesima posizione funzionale. Il 20 per cento dei posti è riservato a persone portatrici di handicap. La durata del periodo di prova è di centottanta giorni.

12. Fermo restando che le assunzioni a tempo parziale non precostituiscono diritto ad ottenere la trasformazione del rapporto in rapporto a tempo pieno, i dipendenti con rapporto di lavoro a tempo pieno e quelli con rapporto di lavoro a tempo parziale possono chiedere, dopo aver conseguito la nomina in ruolo, la trasformazione del rapporto, rispettivamente, a tempo parziale ed a tempo pieno, purché nelle relative dotazioni organiche della medesima qualifica funzionale e dello stesso profilo professionale esistano disponibilità di posti.

13. La trasformazione del rapporto a tempo parziale o a tempo pieno può essere disposta, tenuto conto delle esigenze dell'Amministrazione, solo dopo che siano trascorsi due anni dall'assunzione in servizio o dalla precedente trasformazione. Gli effetti della trasformazione del rapporto decorrono dal 1° gennaio successivo alla data di accoglimento della richiesta.

14. Hanno titolo di preferenza alla trasformazione del rapporto di lavoro da tempo pieno a tempo parziale i dipendenti con figli minori in età prescolare ovvero con figli portatori di handicap ovvero con genitori bisognosi di assistenza. Hanno altresì titolo di preferenza alla trasformazione del rapporto di lavoro da tempo pieno a tempo parziale i dipendenti che abbiano superato i sessanta anni di età ovvero compiuto trentacinque anni di effettivo servizio, nonché i dipendenti che siano portatori di handicap o che abbiano figli o coniuge bisognosi di assistenza, nonché i dipendenti appartenenti alle categorie protette.

15. Per tutto quanto attiene al trattamento di quiescenza e di previdenza, trova applicazione la disciplina in materia contenuta nella normativa statale.

16. I posti di ruolo a tempo definito, già istituiti ai sensi dell'articolo 5 del decreto del Presidente della Giunta regionale 10 maggio 1983, n. 3/L e previsti nelle piante organiche alla data di entrata in vigore della presente legge, non concorrono alla determinazione dei contingenti di posti da poter trasformare da tempo pieno a tempo parziale di cui al comma 4, ma sono conteggiati nei posti complessivi del ruolo unico comunale.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Il cons. Benedikter ha facoltà di parola.

BENEDIKTER: Ich habe zum Art. 9 geltend gemacht, daß die Regelung des Arbeitsverhältnisses mit Teilzeitbeschäftigung mit dem im Art. 4 Absatz 2 und Art. 51 Absatz 1 und 8 des Gemeindeautonomiereformgesetzes enthaltenen Grundsatz unvereinbar ist, da im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Grundsätze die Grundbestimmungen über die Organisation der Körperschaft und insbesondere die Festlegung und Größe des gesamten Stellenplanes von der Gemeindegliederung vorgesehen werden müssen.

(All'art. 9, la disciplina dettagliata dei rapporti di lavoro a tempo parziale non è compatibile con il principio espresso negli art. 5, comma 2 e 51, commi 1 e 8, nel senso che nell'ambito dei principi fissati dalla legge, lo Statuto del Comune stabilisce le norme fondamentali per l'organizzazione dell'ente ed in particolare la determinazione e la consistenza dei ruoli organici complessivi.)

PRÄSIDENT: Meldet sich niemand mehr zu Wort? Dann stimmen wir ab. Wer mit dem Artikel einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 1. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung ist der Artikel genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire. Nessuno, allora passiamo alla votazione. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? 1. Chi si astiene?

Con 1 voto contrario e 1 astensione l'art. è approvato.

PRÄSIDENT: Wir kommen zum Art. 10:

PRESIDENTE: Passiamo all'art. 10:

Art. 10 (Privatrechtliche Arbeitsverträge)

1. Die Gemeinden und ihre Konsortien können Personal zur direkten Verwaltung der in ihrem Eigentum stehenden Waldbestände und zur Durchführung von seasonsbezogenen landwirtschaftlichen Arbeiten auf ihrem Eigentum sowie zur Durchführung der damit zusammenhängenden Eingriffsmaßnahmen und Arbeiten einstellen.

2. Die Einstellung dieses Personals erfolgt durch privatrechtlichen Vertrag, wobei die Bestimmungen und die Besoldung angewandt werden, die im entsprechenden gesamtstaatlichen Kollektivvertrag der Arbeiter, die auf dem Gebiet der forstlichen und

landwirtschaftlichen Wasserlaufverbauungsarbeiten sowie in seasonsgebundenen landwirtschaftlichen Arbeiten tätig sind, und in den entsprechenden Ergänzungsverträgen auf Landes – und Betriebsebene vorgesehen sind.

Articolo 10 (Contratti di lavoro di diritto privato)

1. I Comuni ed i loro Consorzi possono assumere personale per condurre in amministrazione diretta le utilizzazioni boschive e le esecuzioni di lavori agricoli stagionali nella loro proprietà, nonché per eseguire gli interventi e le opere connesse.

2. L'assunzione di tale personale avviene con contratto di diritto privato, applicando le norme e il trattamento economico previsto dal corrispondente contratto collettivo nazionale di lavoro per gli operai addetti ai lavori di sistemazione idraulico – forestale e idraulico – agraria ed ai lavori agricoli stagionali e dai relativi contratti integrativi provinciali o aziendali.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 10 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Bei 9 Enthaltungen und dem Rest Ja – Stimmen ist der Art. 10 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno. Passiamo quindi alla votazione dell'art. 10. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Nessuno. Chi si astiene?

Con 9 astensioni ed il resto dei voti favorevoli l'art. 10 è approvato.

Art. 11 (Prüfungskommissionen für Wettbewerbe)

1. Die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen für die öffentlichen Wettbewerbe, für die Prüfungen durch Auswahl und für die Erstellung der Wettbewerbsrangordnungen muß in der Anzahl der Mitglieder und in den Rängen, die diese zu bekleiden haben, vorbestimmt sein, wobei jedenfalls eine angemessene Gewerkschaftsvertretung zu gewährleisten ist.

2. Die Mehrheit der Mitglieder derselben Prüfungskommissionen muß sich aus Sachverständigen zusammensetzen, welche spezifische, mit den im Wettbewerb vorgesehenen Prüfungsfächern zusammenhängende Fachkenntnisse besitzen.

3. Für die Gemeinden der Provinz Bozen muß die Kommission dem Bestand der Sprachgruppen angepaßt sein, wie er aus der letzten allgemeinen Volkszählung hervorgeht.

Articolo 11 (Commissioni giudicatrici di concorso)

1. La composizione delle commissioni giudicatrici per i concorsi pubblici, per le prove selettive e per la formazione delle graduatorie concorsuali, deve essere predeterminata nel numero dei componenti e nelle qualifiche che questi dovranno rivestire, garantendo una adeguata rappresentanza sindacale.

2. La maggioranza dei membri delle commissioni giudicatrici medesime deve essere formata da esperti dotati di specifiche competenze tecniche rispetto alle prove previste

dai concorso.

3. Per i Comuni della provincia di Bolzano la composizione delle commissioni deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici quale risulta dall'ultimo censimento generale della popolazione.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 11 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 6.

Damit ist der Art. 11 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire. Nessuno. Passiamo quindi alla votazione dell'art. 11. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Nessuno. Chi si astiene?

L'art. 11 è così approvato.

Art. 12 (Bewertung der Titel)

1. Bei den öffentlichen und internen Wettbewerben sowie bei den öffentlichen Prüfungen durch Auswahl wendet die Prüfungskommission die für die Bewertung der Titel festgelegten Maßstäbe auf der Grundlage der vom Regionalausschuß erlassenen einschlägigen Verordnungsbestimmungen an. Die Kommission muß außerdem die für die einzelnen Prüfungen zuzuteilende Punktwertung festlegen.

2. Die Bewertung der Titel muß jedenfalls vor der Durchführung der Prüfungen vorgenommen werden.

Articolo 12 (Valutazione dei titoli)

1. Nei concorsi pubblici, in quelli interni e nelle pubbliche selezioni, la commissione giudicatrice applica i criteri preordinati alla valutazione dei titoli sulla base delle disposizioni regolamentari emanate in materia dalla Giunta regionale. La commissione deve poi stabilire i punteggi da assegnare per le singole prove di esame.

2. La valutazione dei titoli deve comunque precedere l'espletamento delle prove di esame.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 12 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 1.

Damit ist der Art. 12 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno, allora passiamo alla votazione dell'art. 12. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Nessuno. Chi si astiene?

L'art. 12 è approvato.

Art. 13 (Prüfungsplan)

1. Der Plan der schriftlichen Prüfungen, der praktischen Prüfungen und der

mündlichen Prüfung muß jedem Bewerber wenigstens fünfzehn Tage vor ihrer Durchführung mitgeteilt werden.

Articolo 13
(Diario delle prove di esame)

1. Il diario delle prove scritte, delle prove pratiche e della prova orale deve essere comunicato a ciascun candidato almeno quindici giorni prima della loro effettuazione.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 13 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 4.

Damit ist der Art. 13 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno, allora passiamo alla votazione dell'art. 13. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Nessuno. Chi si astiene? 4 astensioni. L'art. 13 è approvato.

Art. 14
(Ausschluß von den Wettbewerben)

1. Der Ausschluß von den öffentlichen und internen Wettbewerben sowie von den öffentlichen Prüfungen durch Auswahl wird nur wegen Fehlens der subjektiven Voraussetzungen und mit begründeter Maßnahme verfügt.

Articolo 14
(Esclusione dai concorsi)

1. L'esclusione dai pubblici concorsi, da quelli interni e dalle pubbliche selezioni, è disposta solo per difetto dei requisiti soggettivi e con provvedimento motivato.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 14 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 2.

Damit ist der Art. 14 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno, allora passiamo alla votazione dell'art. 14. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Nessuno. Chi si astiene? 2 astensioni. L'art. 14 è approvato.

Art. 15
(Voraussetzungen für die Aufnahme bei den Gemeinden)

1. Zur Aufnahme bei den Gemeinden können, vorbehaltlich allfälliger fachlicher Voraussetzungen in bezug auf die Art der Stellen, jene zugelassen werden, die die nachstehenden allgemeinen Voraussetzungen besitzen:

- a) italienische Staatsbürgerschaft;
- b) Mindestalter von achtzehn Jahren und Höchstalter von fünfundvierzig Jahren, unbeschadet

der anderslautenden gesetzlichen Vorschriften. Von der Höchstaltersgrenze wird bei den planmäßigen Bediensteten des Staates und anderer öffentlicher Körperschaften abgesehen. Keine Beachtung findet in jedem Fall die Höchstaltersgrenze bei den Einstellungen von Personal mit Vertrag auf bestimmte Zeit und von Personal, das von Körperschaften, Vereinigungen und Organisationen übernommen wird, die de facto einen Dienst von öffentlichem Interesse versehen haben, der nun aufgrund gesetzlicher Bestimmungen direkt von den Gemeinden wahrgenommen wird;

- c) körperliche Eignung für den Dienst;
- d) die kulturellen Voraussetzungen für den Zugang zu jedem Berufsbild sind im Artikel 19 festgelegt.

2. Zu den Anstellungen können jene nicht zugelassen werden, die vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen sind, aus dem Dienst bei einer öffentlichen Verwaltung entlassen wurden und jene, die sich in einer von den geltenden Gesetzen vorgesehenen Unvereinbarkeitsstellung befinden.

3. Die in den jeweiligen Personalordnungen der Gemeinden vorgeschriebenen Voraussetzungen müssen bei Ablauf der in der Ausschreibung festgelegten Frist zur Einreichung der Gesuche um Zulassung zum Wettbewerb vorhanden sein.

4. Für die Einreichung der Gesuche muß eine Frist von nicht weniger als dreißig Tage ab dem Datum der Veröffentlichung der Wettbewerbsausschreibung festgelegt werden.

Articolo 15

(Requisiti per l'accesso all'impiego comunale)

1. Possono accedere agli impieghi dei Comuni, salvo eventuali requisiti di carattere tecnico riferiti alla natura dei posti, coloro i quali posseggono i seguenti requisiti generali:

- a) cittadinanza italiana;
- b) età non inferiore agli anni diciotto e non superiore agli anni quarantacinque, salve le diverse prescrizioni di legge. Si prescinde dal limite massimo di età per gli impiegati di ruolo dello Stato e degli altri enti pubblici. In ogni caso il limite massimo di età non si osserva nelle assunzioni di personale con contratto a termine e di personale proveniente da enti, associazioni ed organizzazioni che di fatto hanno svolto un servizio di interesse pubblico, che in seguito a disposizioni di legge o regolamentari è assunto direttamente dai Comuni;
- c) idoneità fisica all'impiego;
- d) i requisiti culturali per l'accesso a ciascun profilo professionale sono stabiliti dall'articolo 19.

2. Non possono accedere agli impieghi coloro che siano esclusi dall'elettorato attivo, coloro che siano stati dispensati dall'impiego da una pubblica amministrazione e coloro che si trovano in posizione di incompatibilità prevista dalle vigenti leggi.

3. I requisiti, prescritti dai rispettivi regolamenti comunali, devono essere posseduti alla data di scadenza del termine stabilito nel bando per la presentazione della domanda di ammissione al concorso.

4. Il termine per la presentazione delle domande non potrà essere inferiore a trenta giorni dalla data di pubblicazione del bando di concorso.

PRÄSIDENT: Keine Wortmeldungen. Dann stimmen wir über den Art. 15 ab. Wer damit

einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Enthaltungen ist der Art. 15 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno, allora passiamo alla votazione dell'art. 15. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Nessuno. Chi si astiene?

Con 4 astensioni l'art. 15 è approvato.

Art. 16 (Wettbewerbsausschreibung)

1. In der Wettbewerbsausschreibung oder in der Bekanntmachung der öffentlichen Prüfung nach Auswahl zur Einstellung des Personals müssen angeführt sein:

- a) die Anzahl der durch Wettbewerb oder durch Prüfung nach Auswahl ausgeschriebenen Stellen;
- b) die vorgeschriebenen Unterlagen;
- c) die Fristen für die Einreichung des Zulassungsgesuches;
- d) das Programm der schriftlichen und der mündlichen Prüfungen sowie der allfälligen praktischen Prüfung;
- e) jeder andere vorgeschriebene Hinweis oder jede für zweckmäßig erachtete Mitteilung.

2. Die Gemeinden, ihre Konsortien und die von ihnen abhängigen Betriebe sind dazu angehalten, zumindest auszugsweise im Amtsblatt der Region alle Wettbewerbsausschreibungen und die Bekanntmachungen öffentlicher Selektionsprüfungen für die Einstellung des Personals zu veröffentlichen.

Articolo 16 (Bando di concorso)

1. Il bando di concorso o l'avviso di pubblica selezione per l'assunzione del personale deve indicare:

- a) il numero dei posti messi a concorso o a selezione;
- b) i documenti prescritti;
- c) i termini di presentazione della domanda di ammissione;
- d) il programma degli esami scritti e di quelli orali e dell'eventuale prova pratica;
- e) ogni altra prescrizione o notizia ritenuta opportuna.

2. I Comuni, i loro Consorzi e le Aziende da essi dipendenti sono tenuti a pubblicare, almeno per estratto, nel Bollettino Ufficiale della Regione tutti i bandi di concorso e gli avvisi di pubbliche selezioni per l'assunzione del personale.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Art. 16 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 3.

Damit ist der Art. 16 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno, allora passiamo alla votazione dell'art. 16. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Nessuno. Chi si astiene? 3 astensioni.

L'art. 16 è risulta quindi approvato.

Art. 17

(Kenntnis der Sprache, die nicht der Muttersprache entspricht)

1. Um in den Dienst bei den Gemeinden der Provinz Bozen aufgenommen zu werden, ist die Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache erforderlich; diese Kenntnis wird durch das Bestehen der Prüfung festgestellt, die von den im Dekret des Präsidenten der Republik vom 26. Juli 1976, Nr. 752 und den nachfolgenden Änderungen und Ergänzungen enthaltenen Bestimmungen vorgesehen ist. Diese Bestimmungen werden auch für die Erklärung über die Sprachgruppenzugehörigkeit angewandt. Für die Ernennung zum Gemeindebediensteten in Gemeinden, in denen ladinisch gesprochen wird, ist auch die Kenntnis der ladinischen Sprache erforderlich.

1 bis. Bei der Einstellung in die Stellenpläne der ladinischen Gemeinden des Fassatales werden jene Bewerber bevorzugt, welche die Kenntnis der ladinischen Kultur und Sprache nachweisen können, wobei diese durch eine eigens vom Schulamtsleiter der Provinz Trient ernannten Kommission festgestellt wird.

Articolo 17

(Conoscenza delle lingue non materne)

1. Per essere assunti in servizio nei Comuni della provincia di Bolzano è necessario avere la conoscenza delle lingue italiana e tedesca; tale conoscenza viene accertata mediante il superamento dell'esame previsto dalle norme contenute nel decreto del Presidente della Repubblica 26 luglio 1976, n. 752 e successive modificazioni ed integrazioni. Dette norme si applicano anche per la dichiarazione di appartenenza ai gruppi linguistici. Per la nomina a impiegato dei Comuni ove si parla ladino, è necessaria anche la conoscenza della lingua ladina.

1 bis. La conoscenza della lingua e cultura ladina, accertata da apposita Commissione nominata dal Sovrintendente scolastico per la Provincia di Trento, costituisce titolo di precedenza per l'assunzione negli organici dei Comuni ladini della Valle di Fassa.

PRÄSIDENT: Der Abg. Benedikter hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich weiß nicht, um welchen Artikel es geht, weil man versteht das Wort nicht, vor lauter Stimmengewirr.

(Non so quale articolo si stia trattando, poiché non si sente nulla).

PRÄSIDENT: Es wird Art. 17 behandelt. Aber ich bitte wirklich die Abgeordneten ruhiger zu sein, weil wir jetzt zwar interessanterweise eine etwas verbesserte Lautsprecheranlage haben, aber immer noch nicht die Ideallösung.

PRESIDENTE: Siamo trattando l'art. 17. Desidero tuttavia pregare i signori consiglieri di essere un po' più silenziosi: `E vero che ora gli autoparlanti funzionano meglio, tuttavia siamo ancora lontani dalla soluzione ideale.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Art. 17 ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 1. Wer enthält sich der Stimme? 5.

Bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen ist der Art. 17 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno, allora passiamo alla votazione dell'art. 17. Chi è a favore è pregato di alzare la mano. Voti contrari? Nessuno. Chi si astiene? 5 astenuti. Con 1 voto contrario e 5 astensioni l'art. 17 è approvato.

Art. 18
(Sprachgruppen)

1. In den Gesuchen um Zulassung zu den Wettbewerben für Stellen in den Gemeinden der Provinz Bozen müssen die Bewerber entsprechend der Erklärung bei der letzten allgemeinen Volkszählung die Zugehörigkeit zu einer der drei Sprachgruppen anführen und angeben, ob sie die Prüfung in italienischer oder in deutscher Sprache ablegen wollen.

Articolo 18
(Gruppi linguistici)

1. Nelle domande di ammissione ai concorsi per posti nei Comuni della provincia di Bolzano, i candidati debbono dichiarare l'appartenenza ad uno dei tre gruppi linguistici, in conformità alla dichiarazione resa all'ultimo censimento generale della popolazione, precisando in quale tra le due lingua italiana e tedesca intendono sostenere le prove d'esame.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abg. Pahl.

PRESIDENTE: La parola al cons. Pahl.

PAHL: Herr Präsident! Ich möchte die Regionalregierung hier auf ein Problem aufmerksam machen, das sich seit vielen Jahren stellt und allen bekannt ist. Ein Bewerber gibt bei der Volkszählung seine Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe an. Das ist nichts Neues. Danach aber kann er die Prüfung in italienischer oder in deutscher Sprache ablegen. Darüber entscheidet er selbst. Jetzt haben wir in der Vergangenheit immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß es – wenn auch nur einzelne – Fälle gibt, wo der eine oder der andere Bewerber sich zu einer bestimmten Sprachgruppe bekannt hat. Aufgrund dieses Sprachgruppenbekenntnisses bei einer bestimmten Sprachgruppe kann er antreten, obwohl er dieser letzteren in Wirklichkeit gar nicht angehört, was sich in dem Augenblick herausstellt, wo er die Prüfung nicht in der Sprache abzulegen wünscht, die er bei der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgegeben hat. Jetzt wissen wir schon, daß die Erklärung für die Sprachgruppe völlig frei ist. Es herrscht kein Zwang, aber logisch ist es nicht so, daß man nachher wiederum die Sprache eigentlich freistellt und so im Grunde einzelnen Bewerbern Tür und Tor öffnet, die aus rein opportunistischen Gründen bei der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung eine Sprachgruppe angeben können, die sie aus späteren Berufsabsichten wählen, mit dem ganz bestimmten Ziel, danach in eine öffentliche Stelle hineinzukommen, die eigentlich nicht für die betreffende Sprachgruppe reserviert ist.

Das Problem ist grundsätzlicher Natur. Deswegen wäre ich daran interessiert, was die Regionalregierung zu dieser Frage zu sagen hat.

(Illustrissimo signor Presidente! Vorrei richiamare l'attenzione della Giunta regionale su di un problema che esiste da anni e che tutti conoscono. Un candidato in sede di

censimento dichiara l'appartenenza ad un determinato gruppo linguistico. E questa non è una novità. In base a questa dichiarazione può sostenere l'esame in lingua tedesca o italiana. E' il candidato stesso a decidere. In passato abbiamo dovuto constatare che – anche se si tratta di casi isolati – esistono candidati i quali si sono dichiarati appartenenti ad un determinato gruppo linguistico e sulla base di questa dichiarazione di appartenenza a questo gruppo, possono concorrere per quel determinato gruppo, anche se di fatto non gli appartengono, cosa che risulta nel momento in cui non desiderano sostenere l'esame nella lingua indicata nella dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico. Oggi sappiamo che questa dichiarazione è completamente libera, non c'è alcun vincolo, ma logicamente non è che poi in seguito la lingua si possa decidere ancora una volta, lasciando quindi via libera ai candidati che per ragioni meramente opportunistiche, possono indicare un gruppo linguistico, scelto in considerazione delle future prospettive professionali, con lo scopo ben determinato di poter poi accedere ad un posto pubblico non riservato al gruppo linguistico in questione.

E' un problema di fondo. Di conseguenza mi interesserebbe sapere cosa ha da dire la Giunta regionale a questo riguardo.)

PRÄSIDENT: Der Abg. Tribus hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Tribus.

TRIBUS: Der Abg. Pahl weist auf ein Problem hin, daß zwar bekannt ist, aber das ganz einfach nicht lösbar ist. Entweder wir führen ein, daß sich eine Person nur aufgrund vom Ahnenpaß einer Sprachgruppe zugehörig erklären kann oder wir gehen davon aus, daß jeder freiwillig entscheidet, zu welcher Sprachgruppe er sich bekennt – Punkt und aus. Ganz nebenbei ist die Möglichkeit der Sprachfreiheit bei der Prüfung auch eine Garantie für die deutsche Sprachgruppe, im Gegensatz zu dem, was der Abg. Pahl insinuiert. Der Abg. Pahl insinuiert, daß durch diese Regelung die schlaunen Italiener sich in die deutsche Sprachgruppe einschleichen. Aber aufgrund einer Untersuchung, die gemacht worden ist, wissen wir, daß z.B. 90 Prozent der deutschsprachigen Beamten, Juristen zum Beispiel, größten Wert darauf legen, den Wettbewerb in italienischer Sprache abzulegen, weil sie nicht imstande wären, da sie das Studium gerade abgeschlossen haben, z.B. einen juristischen Wettbewerb in deutscher Sprache abzulegen. Also man muß nicht unbedingt immer nur den Nachteil von drei, vier sehen – man kann sie schlaun nennen, man kann sie weiß Gott was nennen –, aber ich glaube, daß das andere, im positiven, an Freiheit überwiegt. Weil die Beziehung zwischen Sprachgruppenzugehörigkeit und Prüfung ja nicht gegeben ist. Der Proporz ist eine Sache und der wird aufgrund der Sprachgruppenzugehörigkeit berechnet. Eine andere Sache ist die Wettbewerbsprüfung, wobei wir davon ausgehen müssen, daß die Grundvoraussetzung, um überhaupt am Wettbewerb teilnehmen zu können, ja die Zweisprachigkeitsprüfung ist. Theoretisch handelt es sich ja in jedem Fall um Personen, die zweisprachig sein müssen. Dies ist die Grundvoraussetzung. Also ich glaube, daß man sich damit abfinden muß, weil es keine andere Lösung gibt. Die andere Lösung wäre nur – Kollege Pahl – der Ahnenpass: Man sagt, zur deutschen Sprachgruppen können sich Menschen erklären, die folgende Voraussetzungen erfüllen und idem zur italienischen. Das aber hat damals auch der Landesrat Benedikter nicht gewollt oder nicht wollen dürfen und somit ist es mühsam, darüber zu streiten, ob jetzt durch die ganze Regelung zwei, drei, die freiwillig entschieden haben, sich zur einen oder zur anderen Sprachgruppe zu bekennen, zum Handkuß kommen.

Deshalb ist es richtig, wenn man an dieser Lösung festhält.

(Il collega Pahl ha sottolineato un problema che è noto a tutti ma che molto semplicemente non è risolvibile. O noi introduciamo una norma per cui una persona può dichiarare la sua appartenenza al gruppo etnico solo in base all'attestato di discendenza ariana, oppure partiamo dal presupposto che tutti possono decidere liberamente a quale gruppo linguistico appartenere. Punto e basta. Peraltro la possibilità di decidere liberamente in quale lingua sostenere l'esame costituisce una garanzia anche per il gruppo linguistico tedesco, contrariamente a quanto insinua il cons. Pahl. Il cons. Pahl insinua che con questa regolamentazione gli italiani furbi si inseriscono nel gruppo linguistico tedesco. Ma in base ad un'indagine che è stata svolta, sappiamo ad esempio che il 90% dei dipendenti pubblici di madrelingua tedesca, ad esempio i laureati in legge, ritengono importante sostenere l'esame in lingua italiana, perchè non sarebbero in grado, dal momento che hanno terminato da poco gli studi, di sostenere in lingua tedesca un concorso avente per oggetto materie giuridiche. Quindi non bisogna per forza di cose guardare agli svantaggi dovuti a tre o quattro persone – si possono definire furbi, oppure come meglio si crede –. Credo che gli altri aspetti positivi prevalgano proprio per la libertà. Perchè il rapporto tra appartenenza al gruppo linguistico ed esame non esiste. La proporzionale è una cosa, e viene calcolata sulla base della dichiarazione di appartenenza al gruppo etnico, l'esame concorsuale è un'altra cosa. E dobbiamo partire dal presupposto che per poter partecipare ad un concorso, il requisito principale è l'esame di bilinguismo. In teoria si tratta in ogni caso di persone che devono essere bilingui. Questo è il requisito principale. Quindi credo che ci si debba rassegnare, perchè non esiste altra soluzione. Una possibilità potrebbe essere costituita solo, collega Pahl, dall'attestato di discendenza ariana, dicendo che al gruppo linguistico tedesco possono dichiararsi appartenenti solo coloro che soddisfano questo requisito e idem dicasi per quello italiano. Ma questa soluzione a suo tempo non è stata voluta o non ha potuto volerla nemmeno l'Assessore Benedikter, di conseguenza è difficile discutere adesso, in base a tutta la regolamentazione in vigore, se due o tre persone debbano rispondere del fatto che hanno deciso su base volontaria di dichiararsi appartenenti all'uno o all'altro gruppo linguistico.

Di conseguenza è giusto mantenere questa soluzione.)

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort?

Die Abg. Franzelin hat das Wort.

PRESIDENTE: Chi altro intende intervenire?

La parola alla cons. Franzelin.

FRANZELIN: Herr Präsident! Das ist sicher ein großes Problem, aber wenn wir seit 9. November 1989 uns darüber gefreut haben, daß nun endlich die Gleichstellung beider Sprachen in unserem Lande in Kraft getreten ist, wäre es schon der Mühe wert, zumindest nachzudenken, wie es uns gelingen kann, tatsächlich das zu haben, was wir vom Gesetz her vorgesehen haben. Es ist immer noch so oder so, daß deutschsprachige Personen in der zweiten Sprache, in italienisch – soweit sie dieser Sprache mächtig sind –, diese auch in Wort und Schrift gebrauchen können. Leider Gottes ist es umgekehrt immer noch nicht so. Man könnte sich vielleicht überlegen, ob man eine Prüfung, einen Wettbewerb vorsehen könnte, wo zwei Themen sind, vielleicht eine Arbeit in deutsch und die andere Arbeit in italienisch, um draufzukommen, ob die Bediensteten tatsächlich, die diese Voraussetzungen erfüllen müssen, dann unabhängig von dem, was sie sich erklärt haben, ob sie dann tatsächlich den Dienst, den sie übernehmen müssen, zweisprachig auch durchführen können.

Vielleicht ist das noch ein Beitrag zur Überlegung, wie man es machen könnte.

(Egregio Presidente! Si tratta effettivamente di un difficile problema, ma dal 19

novembre 1989 è entrata in vigore l'equiparazione delle due lingue nella nostra Provincia, e quindi sarebbe forse il caso di riflettere su come potremmo effettivamente far sì che ambedue le lingue siano equivalenti, cosa prevista dalla legge. Spesso le persone di madrelingua tedesca riescono a esprimersi per iscritto o oralmente nella seconda lingua, quindi in italiano, meglio di quanto non accada al contrario. Si potrebbe forse pensare ad un esame, un concorso, che introduca il principio dello svolgimento di due temi, uno in tedesco ed uno in italiano, per capire se futuri dipendenti abbiano effettivamente i requisiti per coprire il posto per cui si sono candidati e quindi conoscono ambedue le lingue altrettanto bene, indipendentemente dal gruppo linguistico a cui hanno dichiarato di appartenere.

Forse questa proposta può rappresentare un piccolo incentivo affinché si rifletta su questo problema.

PRÄSIDENT: Der Abg. Viola hat das Wort.

PRESIDENTE: La parola al cons. Viola.

VIOLA: La questione toccata, come sappiamo, è estremamente delicata e per ragioni di tempo non è possibile certamente esaminarla a fondo, forse questa non è nemmeno l'occasione per farlo, tuttavia non c'è dubbio che, sia quanto sollevato dal collega Pahl sia quanto sollevato dal collega Tribus, abbia un fondamento di validità, il che significa che il problema è oggettivamente difficile, cioè non è una cosa che si può risolvere con estrema chiarezza e senza dubbio alcuno. Quanto ricordava il collega Tribus è assolutamente vero, sappiamo – non ricordo a memoria fino a quale data – che fino al 1981, mi pare, c'era l'obbligo di sostenere l'esame nella stessa lingua dichiarata e poi è stato tolto – così mi dicono – su una richiesta che trovo anche in qualche modo fondata, in modo particolare, e questo lo sa benissimo l'on. Riz, per esempio, da parte dei giuristi di lingua tedesca, i quali avendo studiato a Padova o a Firenze, come è ovvio in questo campo, si trovavano poi in difficoltà nel sostenere una prova scritta di diritto in una lingua, il tedesco in questo caso, quando avevano studiato il Codice in italiano ed a volte non c'erano neppure le traduzioni disponibili; quindi è chiaro che questo è un problema e questo ci dimostra come, per certi aspetti, la libertà di scelta della lingua può essere giustificata; nello stesso tempo è anche vero che quanto è stato sollevato dal cons. Pahl ha un suo fondamento, nel senso che i furbi ci sono, non so se sono di più in un gruppo o nell'altro, dipenderà a volte dalle occasioni, in ogni caso mi sono antipatici a qualunque gruppo appartengano, sia anche esso di tipo extra-europeo e quindi so che nelle scuole italiane sono successi casi, che mi sono molto dispiaciuti, di persone che – per carità, cercavano un posto di lavoro – nelle scuole di lingua tedesca si sono dichiarati di madrelingua tedesca, per esempio di ginnastica, sono casi comparsi sul giornale, sono andati ad occupare un posto che toccava a chi invece realmente apparteneva al gruppo linguistico tedesco e poi sono stati giustamente, sottolineo, allontanati non andando a vedere il passaporto degli antenati, come dice giustamente il cons. Tribus, ma sulla base di una considerazione elementare: "se ti sei dichiarato appartenente ad un gruppo etnico ed insegni in una scuola in cui la madre lingua è di un certo tipo, tu devi parlare agli alunni nella loro madre lingua, se non la sai, per favore, vattene" e gli ispettori italiani che sono venuti a controllare il caso li hanno allontanati giustamente per questa ragione.

Quindi dal mio punto di vista, comunque mi interessa conoscere la risposta della Giunta a questo riguardo, credo che nel caso di uno che sceglie una lingua perché ha studiato in quella lingua e quindi è in quella lingua che possiede il vocabolario specifico, questo non è un vero problema, perché la madre lingua del gruppo al quale si è dichiarato ufficialmente la conosce, se un giurista di madre lingua tedesca ha studiato a Firenze comunque conosce il

tedesco, quindi non è questo il punto; non sono a conoscenza di casi specifici, ma si sentono, nel caso ci fossero la furbizia e la scorrettezza da questo punto di vista credo che quanto avvenuto sul modello delle scuole sia molto interessante, nel senso che, se qualcuno si dichiara appartenente ad un gruppo linguistico e su questa base prende un posto e non padroneggia perfettamente questa lingua del gruppo linguistico a cui si è dichiarato, a mio avviso deve essere sottoposto ad ispezione professionale non sulla base della dichiarazione, non andandola a spolverare, ma perché deve essere in grado di scrivere e di parlare senza errori in quella lingua in modo perfetto, perché, qualunque sia il livello professionale in cui è inquadrato, uno deve essere in grado di scrivere, se è un dattilografo, in maniera perfetta in questa lingua di cui si è dichiarato parlante e se è un dirigente deve saperla perfettamente e quindi credo che attraverso questa strada eventualmente dovrebbe essere possibile localizzare ed invitare a svolgere altro lavoro le persone che avessero eventualmente commesso questa gravissima scorrettezza, che trovo grave da un punto di vista morale prima ancora che da quello legale.

Comunque questo è un problema reale e mi interessa molto conoscere sulla base di quali riflessioni e comunque di quali ragionamenti la Giunta o la Commissione hanno introdotto questo testo.

PRÄSIDENT: Der Abg. Benedikter hat das Wort.

PRESIDENTE: Prego, cons. Benedikter, Lei ne ha facoltà.

BENEDIKTER: Da ich neben Abg. Riz auch dabei war, als diese Durchführungsbestimmung erarbeitet worden ist, kann ich behaupten, daß sie immer dieselbe geblieben ist, Kollege Viola, sie ist nicht geändert worden. Sie ist so gemacht worden und dabei geblieben, obwohl diese Zweifel aufgetaucht sind, d.h. Zweifel auch in dem Sinne, daß es eigentlich besser wäre, man würde vorschreiben, gerade um diese Fälle zu erfassen, daß der Betreffende die Prüfung in seiner Muttersprache ablegen soll, um zu entdecken, ob er die falsche Muttersprache angegeben hat. Aber unsere Begründung war: die Erklärung der Sprachgruppenzugehörigkeit muß absolut frei sein, darf nicht überprüft werden, wie es sich seinerzeit in Böhmen—Mären usw. bewährt hat. Wir wissen, daß einer erklären kann, deutscher Muttersprache zu sein, obwohl er italienischer Muttersprache ist, das sind aber Ausnahmefälle. Wir wissen auch, daß man die Prüfung über die Zweisprachigkeit ablegen muß, und wer sich für eine Stelle bewirbt muß die ja bestanden haben. Also müßte der Prüfungskandidat mehr oder weniger gleich gut deutsch wie italienisch können. Daher müßte es ihm freistehen, so haben wir gefolgert, zu wählen. Wenn ich aber solche falsche Erklärungen noch einmal überprüfen möchte, dann müßte ich ja vorschreiben, daß der betreffende diese Prüfung, obwohl er die Zweisprachigkeitsprüfung bestanden hat, in der erklärten Muttersprache ablegen muß. Denn dann könnte man draufkommen, ob er nur Schlaugigkeit gesagt hat, daß er Deutscher ist und dabei fast nichts Deutsch kann usw. Andererseits müßte man vorsehen, daß die große Mehrheit, die deutscher oder italienischer Muttersprache ist, die Prüfung in der anderen Sprache ablegt, damit die Zweisprachigkeit, die vielleicht nicht so durch die eigentliche Prüfung erhärtet ist, überprüft wird. Man kann der Ansicht sein: Ja, es soll festgesetzt werden, entweder die Prüfung in der erklärten Muttersprache zu machen oder in der anderen Sprache, die nicht seine Muttersprache ist und um deren erworbene Kenntnis es eigentlich geht. Also es sind da zwei Alternativen, die man sich gut überlegen müßte, ob man sich für die eine oder für die andere entscheidet. Inzwischen ist es geblieben, daß man sagt, er soll wählen. Aber es ist nicht so einfach.

(Poiché ero con il senatore Riz quando è stata elaborata questa norma di

attuazione, posso assicurare, cons. Viola che nulla è stato cambiato. Così è stata concepita e come tale è rimasta, anche se sono stati sollevati dei dubbi, se non fosse stato meglio prevedere ad es. che il candidato debba sostenere l'esame nella sua madrelingua, per verificare poi, se questa è effettivamente la sua madrelingua o se l'ha solamente dichiarata come tale. La nostra motivazione, era la seguente: la dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico è assolutamente libera, non può venire verificata, come è successo in altri tempi in Boemia ed in Moravia. Noi sappiamo che tuttavia alcuni cittadini di madrelingua italiana dichiarano di essere di madrelingua tedesca, anche se questo non è vero, ma queste sono delle eccezioni. Sappiamo anche che è necessario sostenere l'esame di bilinguismo, e si presuppone che chi partecipa ad un concorso l'abbia superato, perchè altrimenti non avrebbe i requisiti necessari per venir ammesso allo stesso. Per cui il candidato in teoria dovrebbe conoscere altrettanto bene il tedesco quanto l'italiano. Per questo dovrebbe essere libero di scegliere in quale lingua sostenere l'esame. Se tuttavia volessimo verificare la corrispondenza della dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico con la madrelingua, allora dovremmo prevedere che il candidato sostenga l'esame nella lingua dichiarata come madrelingua, indipendente dall'esame di bilinguismo. Solo allora potremmo renderci conto del fatto se abbia dichiarato di essere di madrelingua tedesca anche se in effetti non lo è. D'altro canto si dovrebbe prevedere che la grande massa, debba sostenere l'esame nella seconda lingua, onde poter verificare l'effettiva conoscenza di tale lingua, cosa che forse così viene resa più difficile. Si può quindi stabilire di sostenere l'esame, o nella madrelingua o nella seconda lingua, la cui conoscenza è appunto oggetto di riflessioni. Ci sono quindi due alternative, su cui si dovrebbe riflettere e per cui si dovrebbe propendere. Nel frattempo però tutto è rimasto invariato, cosicché il candidato può scegliere liberamente in quale lingua sostenere l'esame.)

PRÄSIDENT: Wenn keine anderen Abgeordneten mehr das Wort ergreifen wollen, hat der Abg. Romano das Wort zur Replik.

PRESIDENTE: Se nessun altro oratore intende intervenire, concedo la parola al cons. Romano per la replica.

ROMANO: Intervengo brevemente. Il problema esiste e non ce lo possiamo nascondere, però non possiamo risolverlo con questa legge, perché a parte il fatto che una situazione di questo genere esiste già in Provincia di Bolzano, qui nell'art. 18 le situazioni sono due, per quanto riguarda la dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico e per tutto quello che deriva, la riserva dei posti ed altri benefici, appartenenti ai singoli gruppi linguistici, quindi riguarda solamente delle caratteristiche particolari, poi l'espressione linguistica in cui uno vuole svolgere il proprio compito è una cosa diversa dal dichiararsi appartenente per altri fini ad un gruppo linguistico, cioè dichiararsi appartenente ad un gruppo linguistico per determinati scopi, riserva di posti ed altro; poi la lingua in cui liberamente uno vuole sviluppare il proprio compito e quindi la propria libertà di espressione è una cosa diversa, capisco che ciò possa creare contraddizioni ed abusi, ma formalmente la dichiarazione di appartenenza serve per una cosa e la libertà di espressione serve per un'altra, quindi uno può scegliere liberamente, a qualsiasi gruppo linguistico appartenga, la forma in cui intende svolgere il proprio compito; il problema comunque non può essere affrontato in questa, ma semmai con una apposita legge.

PRÄSIDENT: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diesen Artikel. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 3. Wer enthält sich der Stimme? 2.

Damit ist der Art. 18 genehmigt.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sul presente articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? 3. Astenuti? 2.

L'art. 18 è approvato a maggioranza.

Art. 19

(Kultur- und ausbildungsbezogene Voraussetzungen)

1. Um zu den öffentlichen und zu den internen Wettbewerben sowie zu den öffentlichen Selektionsprüfungen zugelassen zu werden, müssen die Bewerber die für den Zugang zu den entsprechenden Berufsbildern vorgesehenen kulturellen Voraussetzungen besitzen, wie sie in den Personalordnungen nach Artikel 23 angeführt sind.

Articolo 19

(Requisiti culturali)

1. L'ammissione ai concorsi pubblici, a quelli interni ed alle pubbliche selezioni è subordinata al possesso da parte dei candidati dei requisiti culturali previsti per l'accesso ai profili professionali di riferimento, così come indicati nei regolamenti organici di cui all'articolo 23.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Dann stimmen wir über den Artikel ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 1.

Bei 7 Gegenstimmen ist der Art. 19 genehmigt.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire? Nessuno. Allora passiamo alla votazione sull'articolo 19. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Nessuno. Astenuti? 1.

Con 7 voti contrari l'art. 19 è approvato a maggioranza.

Art. 20

(Stellenvorbehalt)

1. In den einzelnen Berufsbildern wird das für die vertikale Mobilität notwendige Dienstalter angegeben. Ausgenommen davon sind jene Berufsbilder, deren Zugangsvoraussetzungen spezifische berufliche Kenntnisse vorschreiben.

2. Die vertikale Mobilität erfolgt im Rahmen eines öffentlichen Wettbewerbs oder anderer öffentlicher Auswahlverfahren, wobei der vorgeschriebene Studientitel mit einem besonderen Dienstalter ersetzt wird, das im Berufsbild vorgesehen ist, in welches der Übergang erfolgt.

3. Bei Fehlen des Studientitels darf das vorgeschriebene Dienstalter für die Zulassung zum öffentlichen Wettbewerb gemäß Absatz 2 nicht weniger als 4 Jahre im effektiven Dienst im Zugehörigkeitsrang betragen, unbeschadet des Besitzes des Studientitels, welcher für den Zugang zum Zugehörigkeitsrang vorgesehen ist.

4. In den Personaldienstordnungen der Gemeinden kann, im Ausmaß von nicht mehr als einem Drittel der mit Wettbewerb ausgeschriebenen Stellen, ein Stellenvorbehalt vorgesehen werden, wobei die Stellen im Wege der vertikalen Mobilität zu besetzen sind.

Articolo 20 (Mobilità verticale)

1. Salvo i profili professionali per l'accesso ai quali sono richieste specifiche professionalità, nei singoli profili professionali è indicata la anzianità di servizio necessaria per la mobilità verticale.

2. La mobilità verticale avviene nell'ambito del concorso pubblico o di altre pubbliche selezioni, sostituendosi il titolo di studio richiesto con una specifica anzianità indicata nel profilo cui si accede.

3. In difetto del titolo di studio, l'anzianità richiesta per l'ammissione al concorso pubblico ai sensi del comma 2 non può essere inferiore a quattro anni di effettivo servizio nella qualifica funzionale di appartenenza, salvo il possesso del titolo di studio previsto per l'accesso al profilo professionale di appartenenza.

4. Nei regolamenti organici dei comuni può essere prevista una riserva di posti, non superiore ad un terzo dei posti messi a concorso, da coprirsi mediante la mobilità verticale.

PRÄSIDENT: Wir stimmen ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme?

Bei 8 Enthaltungen ist der Art. 20 genehmigt.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione sull'art. 20. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Nessuno. Astenuti?

Con 8 astensioni l'art. 20 è approvato a maggioranza.

Art. 21 (Probezeit)

1. Die Dauer der Probezeit ist auf hundertachtzig Tage tatsächlich geleisteten Dienstes festgelegt und kann im Falle einer vor dem Ablauf abgegebenen ungünstigen Beurteilung mit begründetem Beschluß des Gemeindevausschusses um weitere hundertachtzig Tage verlängert werden.

2. Innerhalb von dreißig Tagen nach Vollendung der ursprünglichen oder verlängerten Probezeit bestätigt der Gemeindevausschuß bei Vorhandensein einer positiven Beurteilung die Ernennung. Im Falle eines erneuten ungünstigen Urteiles verfügt der Gemeindevausschuß innerhalb derselben Frist die Auflösung des Dienstverhältnisses.

3. Der Bedienstete erlangt auf jeden Fall die endgültige Ernennung, falls innerhalb der Frist nach Absatz 2 keine Bestätigungs- oder Auflösungsmaßnahme getroffen worden ist.

4. Die Probezeit wird für alle Wirkungen als planmäßiger Dienst angerechnet.

Articolo 21 (Periodo di prova)

1. La durata del periodo di prova è fissata in centottanta giorni di servizio effettivo ed è prorogabile, in caso di giudizio sfavorevole espresso prima della scadenza, di altri centottanta giorni con deliberazione motivata della Giunta comunale.

2. Entro trenta giorni dall'intervenuto compimento del periodo di prova originario o prorogato, la Giunta comunale, in presenza di giudizio favorevole, conferma la

nomina. In caso di ulteriore giudizio sfavorevole, la Giunta comunale dispone entro lo stesso termine la risoluzione del rapporto d'impiego.

3. Il dipendente consegue comunque la nomina definitiva, qualora non sia intervenuto il provvedimento di conferma o di risoluzione entro il termine di cui al comma 2.

4. Il periodo di prova è computato come servizio di ruolo a tutti gli effetti.

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)
(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 21? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 21. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi si astiene? Chi è contrario?

Con 5 voti di astensione, nessun contrario e tutti gli altri favorevoli, l'art. 21 è approvato.

Articolo 22
(Promessa solenne e giuramento)

1. Il personale assunto in prova deve prestare al capo dell'Amministrazione la promessa solenne e il personale che abbia conseguito la nomina in ruolo, il giuramento.

Art. 22
(Feierliches Versprechen und Eid)

1. Das auf Probe aufgenommene Personal muß vor dem Leiter der Verwaltung das Versprechen und das Personal, welches die Ernennung in den Stellenplan erlangt hat, den Eid ablegen.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire in merito all'art. 22? Nessuno.

Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 5 voti di astensione, nessun contrario e tutti gli altri favorevoli, l'art. 22 è approvato.

Articolo 23
(Regolamento organico)

1. Il regolamento organico dei Comuni deve prevedere norme relative ai diritti e doveri dei dipendenti ed in particolare a:

- a) obbligo di residenza;
- b) comportamento in servizio;
- c) segreto d'ufficio;
- d) orario di servizio;
- e) doveri e limiti dei doveri verso i superiori;
- f) responsabilità verso l'Amministrazione e verso terzi.

2. La Giunta comunale può, quando ciò sia conciliabile col pieno e regolare adempimento del servizio, consentire deroga all'obbligo di cui al punto a).

Art. 23
(Personalordnung)

1. Die Personalordnung der Gemeinden muß Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Bediensteten enthalten, und insbesondere über:

- a) Ansässigkeitspflicht;
- b) Verhalten im Dienst;
- c) Amtsgeheimnis;
- d) Dienstzeit;
- e) Pflichten und Pflichtgrenzen gegenüber den Vorgesetzten;
- f) Verantwortung gegenüber der Verwaltung und gegenüber Dritten.

2. Der Gemeindevorstand kann die Abweichung von der mit Buchstabe a) vorgesehenen Pflicht erlauben, wenn dies mit der vollen und ordnungsgemäßen Dienstaussübung vereinbar ist.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire in merito all'art. 23? Nessuno.

Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 8 voti di astensione, 1 voto contrario e tutti gli altri favorevoli, l'art. 23 è approvato.

Articolo 24
(Commissione di disciplina)

1. I regolamenti organici dei Comuni devono disciplinare la composizione della commissione di disciplina, adeguandosi ai criteri fissati nei commi seguenti.

2. La commissione di disciplina è costituita con deliberazione della Giunta comunale e dura in carica un biennio.

3. Essa è composta di tre membri di cui il Sindaco o suo delegato in qualità di Presidente e da altri due membri di cui uno deve appartenere all'amministrazione comunale, provinciale o regionale, avente grado non inferiore a quello di direttore d'ufficio.

4. La commissione stessa è integrata di volta in volta da due rappresentanti del personale designati dalle organizzazioni sindacali del personale più rappresentative nell'ambito di ogni singolo ente, di qualifica funzionale pari o superiore a quella del dipendente sottoposto a procedimento.

5. Per la validità delle riunioni è necessaria la presenza di tutti i componenti.

6. Un dipendente comunale di qualifica funzionale non inferiore alla sesta svolge le funzioni di segretario della commissione.

7. Per ciascuno dei membri permanenti della commissione è nominato un supplente con qualifica corrispondente a quella del titolare.

8. Qualora durante il biennio il presidente o taluno dei membri permanenti della commissione od il segretario vengano a cessare dall'incarico, si provvede alla sostituzione per il tempo che rimane al compimento del biennio.

9. Nessuno può far parte della commissione per più di quattro anni consecutivi.

Art. 24
(Disziplinarkommission)

1. Die Personalordnungen der Gemeinden müssen die Zusammensetzung der Disziplinarkommission in Anlehnung an die in den nachstehenden Absätzen festgelegten Maßstäben regeln.

2. Die Disziplinarkommission wird mit Beschluß des Gemeindevorstandes errichtet und bleibt für die Dauer von zwei Jahren im Amt.

3. Sie setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen, von denen der Bürgermeister oder sein Bevollmächtigter die Rolle des Vorsitzenden übernimmt, und weiteren zwei Mitgliedern, von denen einer der Gemeinde-, Landes- oder Regionalverwaltung angehören und mindestens den Rang eines Amtsdirektors bekleiden muß.

4. Die Kommission wird jeweils durch zwei Vertreter des Personals ergänzt, die von den am stärksten vertretenen Gewerkschaftsverbänden des Personals im Rahmen einer jeden einzelnen Körperschaft namhaft gemacht worden sind und denselben bzw. einen höheren Funktionsrang als jenen des dem Verfahren unterworfenen Bediensteten bekleiden.

5. Für die Gültigkeit der Sitzungen ist die Anwesenheit aller Mitglieder erforderlich.

6. Ein Gemeindebediensteter, der mindestens im sechsten Funktionsrang eingestuft sein muß, übt die Obliegenheiten eines Schriftführers der Kommission aus.

7. Für jedes ständige Kommissionsmitglied wird ein Ersatzmitglied ernannt, das denselben Rang des wirklichen Mitgliedes bekleidet.

8. Sollte während der zweijährigen Amtszeit der Vorsitzende oder irgendein ständiges Mitglied der Kommission oder der Schriftführer aus dem Amt ausscheiden, wird für die zur Vollendung des Zweijahreszeitraumes bleibende Zeit die Ersetzung desselben vorgenommen.

9. Niemand kann der Kommission für eine Zeitdauer von mehr als vier aufeinanderfolgenden Jahren angehören.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 24?

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich habe im Minderheitenbericht geltend gemacht, daß im diesem Artikel in den Absätzen 3 und 4 die Zusammensetzung der Disziplinarkommission der im Art. 51 Absatz 10 des Gemeindeautonomiereformgesetzes enthaltenen Grundsatzbestimmung widerspricht, es werden nämlich statt drei Mitglieder fünf vorgesehen, von denen drei der Landes- oder Regionalverwaltung angehören und zwei das Personal vertreten. Das ist gegen einen Grundsatz in dem Sinne, daß nicht die Vertreter des Personals vorherrschen dürfen. Bei dreien vertritt einer die Verwaltung, der andere das Personal, der dritte soll über den Parteien stehen und hier hingegen sind dann fünf vorgesehen, von denen zwei das Personal vertreten, was einem Grundsatz des Gemeindeautonomiereformgesetzes widerspricht.

(Nella relazione di minoranza ho fatto presente che all'art. 24, commi 3 e 4 la composizione della Commissione di disciplina non corrisponde alla norma di principio del comma 10 dell'art. 51 della legge 142: invece di tre i rappresentanti diventano cinque, di cui tre appartenenti al personale anche provinciale o regionale e 2 rappresentanti del personale, cosa che chiaramente contrasta con il principio di riforma della legge sulle autonomie comunali, in quanto non devono essere preminenti i rappresentanti del personale. Di questi tre rappresentanti uno dovrebbe rappresentare l'amministrazione pubblica, l'altro il personale e il terzo dovrebbe essere al di sopra delle parti. Invece qui sono previsti addirittura cinque rappresentanti, di cui due rappresentano il

personale).

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire sull'art. 24? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 24. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 5 voti di astensione, 1 voto contrario e tutti gli altri favorevoli, l'art. 24 è approvato.

Articolo 25 (Sanzioni disciplinari)

1. Il personale che violi i propri doveri è soggetto alle seguenti sanzioni disciplinari:

- a) censura;
- b) riduzione dello stipendio;
- c) sospensione dalla qualifica;
- d) destituzione.

2. Tutti i provvedimenti disciplinari, eccettuata la censura, sono adottati con deliberazione motivata della Giunta comunale, dopo aver sentito, il parere della commissione di disciplina.

3. Per le sanzioni disciplinari ed il procedimento innanzi alla commissione di disciplina si applicano le disposizioni contenute nel Titolo VII del decreto del Presidente della Repubblica 1 gennaio 1957, n. 3.

4. Il regolamento organico deve indicare per ogni sanzione le cause che ne determinano l'applicazione e gli effetti che ne derivano.

5. In ogni fase del procedimento disciplinare il dipendente deferito ha diritto alla difesa mediante persona di propria fiducia.

PRESIDENTE: Se nessuno si oppone pongo in votazione l'articolo così come è stato letto dal Presidente senza la lettura del testo tedesco.

E' arrivato il cons. Pahl ed allora il problema cade.

Art. 25 (Disziplinarstrafen)

1. Das Personal, welches die eigenen Pflichten verletzt, ist von den nachstehenden Disziplinarstrafen betroffen:

- a) Tadel;
- b) Kürzung des Gehaltes;
- c) Rangenthebung;
- d) Absetzung.

2. Alle Disziplinarmaßnahmen mit Ausnahme des Tadels werden mit begründetem Beschluß des Gemeindevausschusses nach Anhören des Gutachtens der Disziplinarkommission getroffen.

3. Für die Disziplinarstrafen und das Verfahren vor der Disziplinarkommission werden die im VII. Titel des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 1. Jänner 1957, Nr. 3 enthaltenen Bestimmungen angewandt.

4. Die Personalordnung muß für jede Strafe die Gründe, die zu deren

Anwendung geführt haben, sowie die Auswirkungen anführen, die daraus entstehen.

5. In jeder Phase des Strafverfahrens hat der belangte Bedienstete Anrecht auf Verteidigung durch eine Person seines Vertrauens.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'articolo? Cons. Montali lei prima aveva chiesto la verifica del numero legale? Sì, va bene. Il cons. Negherbon ha chiesto la votazione per appello nominale.

Si proceda con l'appello nominale.

MORELLI: Andreolli (sì), Andreotti (sì), Angeli (non presente), Bacca (sì), Bauer (ja), Bazzanella (non presente), Benedikter (enthalten), Benussi (sì), Berger (non presente), Betta (sì), Boato (astenuto), Bolognini (sì), Bolzonello (astenuto), Brugger (ja), Casagrande (sì), Chiodi-Winkler (astenuta), Craffonara (non presente), Degaudenz (sì), Duca (non presente), Durnwalder (non presente), von Egen (ja), Feichter (non presente), Ferretti (non presente), Franceschini (astenuto), Franzelin-Werth (ja), Frasnelli (non presente), Frick (non presente), Giacomuzzi (ja), Giordani (sì), Grandi (non presente), Holzmann (astenuto), Hosp (sì), Jori (non presente), Kaserer (ja), Klotz (non presente), Kofler (non presente), Kußtatscher (non presente), Leita (sì), Levegghi (non presente), Lorenzini (sì), Malossini (non presente), Marzari (non presente), Mayr (ja), Meraner (enthalten), Micheli (non presente), Montali (astenuto), Morandini (sì), Morelli (sì), Negherbon (sì), Nicolini (non presente), Oberhauser (ja), Pahl (ja), Pellegrini (sì), Peterlini (ja), Rella (non presente), Ricci (non presente), Romano (sì), Saurer (ja), Sfondrini (sì), Tarolli (sì), Taverna (no), Tonelli (astenuto), Tononi (non presente), Tretter (sì), Tribus (enthalten), Valentin (ja), Viola (astenuto), Zendron (astenuta), Achmüller (ja), Alber (ja).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'art. 25:

votanti	47
voti favorevoli	34
voti contrari	1
astenuti	12

Il Consiglio approva.

Articolo 26 (Sospensione cautelare)

1. Il dipendente sottoposto a procedimento penale può essere sospeso dal servizio con deliberazione della Giunta comunale.

2. Qualora sia stato emesso mandato od ordine di cattura, ovvero sia stato convalidato il fermo o l'arresto, il dipendente deve immediatamente essere sospeso dal servizio con provvedimento del Sindaco.

2 bis. Si applicano al personale dipendente dai Comuni ed ai segretari comunali le particolari disposizioni in materia di sospensione e decadenza dal servizio di cui all'articolo 15, commi 1, 2, 3 e 4 della legge 19 marzo 1990, n. 55, come sostituiti dall'articolo 1 della legge 18 gennaio 1992, n. 16

3. Quando la gravità dei fatti lo richieda, la Giunta comunale può ordinare la sospensione del dipendente dal servizio anche prima che sia iniziato od esaurito il procedimento disciplinare, per il periodo massimo di centottanta giorni. Il dipendente deve essere riammesso

in servizio ed ha diritto alla corresponsione degli assegni non percepiti, qualora il procedimento disciplinare non venga iniziato entro quaranta giorni dalla data di comunicazione del provvedimento di sospensione.

4. Il regolamento comunale deve disciplinare gli effetti della revoca della sospensione cautelare.

Art. 26 (Vorsichtsbezogene Enthebung)

1. Der einem Strafverfahren unterworfenene Bedienstete kann mit Beschluß des Gemeindevausschusses vom Dienst enthoben werden.

2. Sollte ein Haftbefehl erlassen oder die Festnahme bzw. die Verhaftung bestätigt worden sein, muß der Bedienstete sofort mit Maßnahme des Bürgermeisters vom Dienst enthoben werden.

2 bis. Den Bediensteten der Gemeinde und den Gemeindevsekretären werden die besonderen Bestimmungen betreffend die Amtsenthebung und der Amtsverfall gemäß Artikel 15, Absätze 1, 2, 3 und 4 des Gesetzes Nr. 55 vom 19. März 1990, die durch den Art. 1 des Gesetzes Nr. 16 vom 18. Jänner 1992 ersetzt wurden, angewandt.

3. Wenn es die Schwere der Tatbestände erfordert, kann der Gemeindevausschuß die Enthebung des Bediensteten aus dem Dienst auch vor Beginn oder Erledigung des Disziplinarverfahrens für den Zeitraum von höchstens hundertachtzig Tagen anordnen. Der Bedienstete muß wieder zum Dienst zugelassen werden und hat Anrecht auf die Auszahlung der nicht bezogenen Zuwendungen, falls das Strafverfahren nicht innerhalb von vierzig Tagen ab dem Zeitpunkt der Mitteilung über die Enthebungsmaßnahme eingeleitet wird.

4. Die Gemeindeordnung muß die Wirkungen des Widerrufs der vorsichtsbezogenen Enthebung regeln.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire in merito all'art. 26? Nessuno.

Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 11 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 26 è approvato.

Articolo 27 (Destituzione di diritto)

1. Il dipendente comunale non può essere destituito di diritto a seguito di condanna penale.

2. La destituzione può sempre essere inflitta all'esito del procedimento disciplinare che deve essere proseguito o promosso entro centottanta giorni dalla data in cui l'amministrazione ha avuto notizia della sentenza irrevocabile di condanna e concluso nei successivi novanta giorni. Quando vi sia stata sospensione cautelare dal servizio a causa del procedimento penale, la stessa conserva efficacia, se non revocata, per un periodo di tempo comunque non superiore ad anni cinque. Decorso tale termine la sospensione cautelare è revocata di diritto.

Art. 27 (Absetzung von Rechts wegen)

1. Der Gemeindebedienstete kann infolge einer strafrechtlichen Verurteilung nicht von Rechts wegen entlassen werden.

2. Die Strafe der Entlassung kann immer bei Abschluß des Strafverfahrens verhängt werden, das innerhalb von hundertachtzig Tagen ab dem Zeitpunkt, an dem die Verwaltung von dem rechtskräftigen Strafurteil in Kenntnis gelangt ist, fortgesetzt bzw. eingeleitet und in den nachfolgenden neunzig Tagen abgeschlossen werden muß. Wenn aufgrund des Strafverfahrens eine Enthebung aus dem Dienst als Vorsichtsmaßnahme erfolgt ist, bleibt dieselbe, sofern sie nicht widerrufen werden sollte, für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren wirksam. Nach Ablauf dieser Frist wird die vorsichtsbezogene Enthebung von Rechts wegen widerrufen.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire in merito all'art. 27? Nessuno.

Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 11 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 27 è approvato.

L'articolo 28 è stato soppresso dalla commissione.

Articolo 29 (Nota di demerito)

1. Nel caso in cui l'attività prestata dal dipendente comunale sia stata di scarso rendimento, senza valida giustificazione, il segretario comunale ha l'obbligo di presentare alla Giunta comunale apposita relazione motivata, accompagnata dalle controdeduzioni dell'interessato.

2. Detta relazione deve essere notificata al dipendente entro il mese di gennaio successivo all'anno considerato e le controdeduzioni devono pervenire al segretario comunale entro il successivo mese di febbraio.

3. La Giunta comunale può deliberare a carico del dipendente interessato una nota di demerito, che produrrà gli stessi effetti di quanto disposto dal comma 1 dell'articolo 18 della legge 11 luglio 1980, n. 312.

Art. 29 (Vermerk über Leistungsmängel)

1. Sollte der Gemeindebedienstete in seiner durchgeführten Tätigkeit ohne triftige Rechtfertigung eine schwache Leistung erbracht haben, ist der Gemeinsekretär verpflichtet, dem Gemeindeausschuß einen eigenen begründeten Bericht vorzulegen, dem die Gegenäußerungen des Betroffenen beigelegt werden müssen.

2. Dieser Bericht muß den Bediensteten innerhalb Jänner nach dem in Betracht gezogenen Jahr zugestellt werden, und die Gegenäußerungen müssen beim Gemeinsekretär innerhalb des nachfolgenden Monats Februar einlangen.

3. Der Gemeindeausschuß kann zu Lasten des betroffenen Bediensteten einen Vermerk über Leistungsmängel beschließen, der dieselben Folgen nach sich zieht, die im Artikel 18 Absatz 1 des Gesetzes vom 11. Juli 1980, Nr. 312 vorgesehen sind.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire in merito all'art. 29? Nessuno.

Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con 1 voto contrario, 7 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 29 è approvato.

Articolo 30 (Lavoro straordinario)

1. Quando esigenze eccezionali ed indifferibili dell'Amministrazione lo richiedano il dipendente è tenuto a prestare servizio, anche in ore non comprese nell'orario normale, con diritto alla retribuzione per lavoro straordinario, salvo che sia esonerato per giustificati motivi.

2. Il personale può chiedere, in alternativa alla corresponsione del compenso per lavoro straordinario, il recupero delle ore lavorate in eccedenza al normale orario di servizio, secondo modalità stabilite dagli accordi di cui all'art. 3.

Art. 30 (Überstundenarbeit)

1. Wenn es außerordentliche und unaufschiebbare Erfordernisse der Verwaltung verlangen, ist der Bedienstete dazu angehalten, auch in den außerhalb der normalen Arbeitszeit liegenden Stunden seinen Dienst zu leisten, wobei er Anrecht auf die Vergütung der Überstundenarbeit hat, sofern er nicht aufgrund triftiger Gründe davon befreit sein sollte.

2. Das Personal kann anstelle der Vergütung für Überstundenarbeit den Zeitausgleich für die zusätzlich zur normalen Dienstzeit geleisteten Überstunden nach den in den Abkommen nach Artikel 3 festgelegten Einzelheiten verlangen.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire in merito all'art. 30?
La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich habe hier geltend gemacht daß gemäß Artikel 3 des Rahmengesetzes über den öffentlichen Dienst die Überstundenarbeit durch gewerkschaftliche Abkommen zu regeln ist und nicht durch Gesetz.

(Ho già fatto presente che ai sensi dell'art. 3 della legge-quadro sul pubblico impiego, la disciplina del lavoro straordinaria dev'essere riservata agli accordi sindacali.)

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire in merito all'art. 30? Nessuno.
Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?
Con 1 voto contrario, 10 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 30 è approvato.

Articolo 31 (Copertura previdenziale ed assistenziale)

1. Tutto il personale comunale, compreso quello assunto con contratto a termine, è regolarmente iscritto ai fini assistenziali e previdenziali agli Istituti che forniscono

dette prestazioni, secondo quanto disposto dalle vigenti disposizioni in materia.

Art. 31
(Pension und Krankenfürsorge)

1. Das gesamte Gemeindepersonal, einschließlich des mit Vertrag auf bestimmte Zeit eingestellten Personals, wird ordnungsgemäß für die Pensionszwecke und für die Zwecke der Krankenfürsorge bei den Instituten eingeschrieben, die diese Leistungen erbringen, wie es von den geltenden einschlägigen Bestimmungen festgelegt wird.

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'art. 31? Nessuno.

Pongo in votazione l'articolo. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Con nessun voto contrario, 11 astensioni e tutti gli altri favorevoli, l'art. 31 è approvato.

Articolo 32
(Congedo straordinario retribuito)

1. Il dipendente comunale ha comunque diritto a congedi straordinari retribuiti nei seguenti casi, oltre a quelli disciplinati da norme speciali o dagli accordi sindacali di cui all'articolo 3, documentandone la relativa causale:

- a) per matrimonio: quindici giorni consecutivi, compreso quello della celebrazione del rito;
- b) per esami: nei giorni in cui le singole prove sono sostenute; qualora la sede ove si effettua l'esame disti oltre 100 km dal Comune di residenza, il congedo viene concesso anche nella giornata immediatamente precedente e in quella seguente;
- c) per gravi motivi;
- d) per cure ai figli gravemente handicappati, qualora l'altro genitore non fruisca contemporaneamente di analoga agevolazione;
- e) per richiamo alle armi, nei termini, alle condizioni e con le modalità previste dalle leggi vigenti;
- f) per interventi di soccorso dei vigili del fuoco volontari, in caso di incendi, disastri e calamità naturali, e degli appartenenti al Corpo di soccorso alpino.

2. I congedi straordinari sono concessi dal Sindaco. In ogni caso il congedo straordinario non può superare complessivamente, nel corso dell'anno, la durata di due mesi.

3. Durante il primo mese di congedo straordinario spettano al dipendente tutti gli assegni, escluse le indennità per i servizi e le funzioni di carattere speciale; per il secondo mese di congedo straordinario, gli assegni predetti sono ridotti di un quinto. Sono fatte salve le norme vigenti in materia di richiamo alle armi di cui alla lettera e).

4. I periodi di congedo straordinario sono utili a tutti gli effetti.

5. Le norme di cui al presente articolo si applicano anche al personale non di ruolo, limitatamente alla durata del rapporto di servizio.

Art. 32
Bezahlter Sonderurlaub

1. Der Gemeindebedienstete hat in den nachfolgenden Fällen, zusätzlich zu den von den Sonderbestimmungen oder durch die Gewerkschaftsabkommen nach Artikel 3

geregelten Fällen auf jeden Fall Anrecht auf bezahlten Sonderurlaub, wobei die entsprechenden Begründungen zu belegen ist:

- a) bei Eheschließung: fünfzehn aufeinanderfolgende Tage, einschließlich des Tages der Trauung;
- b) wegen Prüfungen: in den Tagen, an welchen die einzelnen Prüfungen abgelegt werden; falls die Prüfung an einem Ort stattfindet, der mehr als 100 Kilometer von der Ansässigkeitsgemeinde entfernt ist, wird der Urlaub auch an dem unmittelbar vorhergehenden und nachfolgenden Tag gewährt;
- c) aus schwerwiegenden Gründen;
- d) wegen Pflege schwerbehinderter Kinder, falls dem anderen Ehegatten nicht gleichzeitig eine ähnliche Begünstigung zuerkannt wird;
- e) wegen Einberufung zum Wehrdienst, gemäß den in den geltenden Gesetzen vorgesehenen Bedingungen und Einzelheiten;
- f) wegen Hilfeleistungen der freiwilligen Feuerwehr bei Feuerausbruch, schweren Unfällen und Naturkatastrophen und der Angehörigen der Bergrettungsdienste.

2. Die Sonderurlaube werden vom Bürgermeister gewährt. In jedem Fall darf der Sonderurlaub insgesamt im Laufe des Jahres die Dauer von zwei Monaten nicht überschreiten.

3. Während des ersten Monats des Sonderurlaubes stehen dem Bediensteten alle Zuwendungen, mit Ausnahme der Vergütungen für Sonderdienste und –funktionen zu; für das zweite Monat des Sonderurlaubes werden die genannten Zuwendungen um ein Fünftel gekürzt. Unbeschadet bleiben die geltenden Bestimmungen betreffend die Einberufung zum Wehrdienst gemäß Buchstaben e).

4. Die Zeiträume des Sonderurlaubes werden für alle Wirkungen angerechnet.

5. Die Bestimmungen nach dem vorliegenden Artikel werden auch für das außerplanmäßige Personal angewandt, und zwar unbeschränkt auf die Dauer des Dienstverhältnisses.

PRESIDENTE: all'art. 32 è stato testé presente un emendamento che recita: "Aggiungere alla terza riga dopo la parola "volontari", "ai volontari dei servizi di soccorso sanitario". Cons. Franceschini, intende illustrarlo? A lei la parola.

FRANCESCHINI: Signor Presidente, ho presentato ora l'emendamento, perché ho notato che nel testo originario della Giunta era indicato il personale del Corpo di Soccorso Alpino C.A.I. – S.A.T., giustamente la Commissione ha modificato la dizione con le parole: "e gli appartenenti al corpo del soccorso alpino", per includervi pure i componenti dell'Alpenverein.

Con questo emendamento intendo proporre anche l'inserimento dei volontari della Croce Rossa e della Croce Bianca, affinché anche questi possano fruire della giornata retributiva e di congedo straordinario in caso di concreto intervento. Ritengo che anche gli operatori volontari della Croce Rossa, Croce Bianca o di qualsiasi altra associazioni volontaristica che opera nella nostra Regione, abbiano diritto a questa tutela alla pari degli altri volontari.

PRESIDENTE: Riguardo al Regolamento, ha ragione il cons. Benedikter. Se lei o il Consiglio non si oppongono di trattare l'emendamento senza traduzione in lingua tedesca, lo pongo in discussione, diversamente, essendo le ore 17.45, chiudo i lavori del Consiglio.

La seduta è tolta, il Consiglio verrà convocato a domicilio, vi ringrazio e buona Pasqua a tutti.

(ore 17.46)